Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 47 – 25. November 2006 — UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND — C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

Wer bleiben darf und wer nicht

Die Innenminister der Länder haben sich auf eine Lösung in der Bleiberechtfrage geeinigt. Ausländer, die seit Jahren geduldet und integriert sind, sollen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt bekommen. Die Hintergründe zum Asylverfahren und den verschiedenen Varianten des erlaubten oder geduldeten Aufenthalts von Ausländern in Deutschland erfahren Sie auf **Seite 4**

Zur Lage der Landsmannschaft

Einen kurzen Lagebericht und eine Standortbestimmung gab der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg, vor der Ostpreußischen Landesvertretung ab. Dabei ging er auf Gegenwart und Zukunft der Vertriebenen und deren gesellschaftliche Aufgaben ein. **Seite 21 / 22**

Andere Sicht der Dinge

Seit einigen Tagen gibt es die Möglichkeit, als jemand, der nicht der arabischen Sprache mächtig ist, den Sender „El-Dschasira“ zu verfolgen. Eine neue Informationsquelle **Seite 5**

Parteien und ihre Jugend

Nicht nur die SPD ist „unterjüngt“, wie es ihr Generalsekretär Hubertus Heil unlängst so schön ausdrückte, auch die anderen großen Parteien kranken am Nachwuchsmangel. Doch was machen eigentlich die Parteien beziehungsweise Nachwuchsorganisationen, worin unterscheiden sie sich und warum können sie die Jugend von heute nicht an sich binden? **Seite III**



Gebrannte Mandeln, Glühwein und mehr: In den nächsten Tagen öffnen deutschlandweit die Weihnachtsmärkte. In Berlin können Bewohner und Touristen ab dem 27. November im Lichtermeer der Buden und Zelte gemütliche Stunden verbringen. Einer der schönsten ist der Weihnachtszauber auf dem Gendarmenmarkt, wo zwischen Deutschem und Französischem Dom Akrobaten und Weihnachtschöre eine besondere Atmosphäre schaffen.

Foto: pa

Eltern sind ahnungslos

Nach Amoklauf von Emsdetten: Wer schützt die Jugend vor Computerspielen?

Von KLAUS D. VOSS

Was unternimmt der Staat eigentlich zum Schutz seiner Jugend? Nach dem blutigen Überfall eines 18jährigen auf die Realschule in Emsdetten geht an dieser Frage kein Weg mehr vorbei: Der junge Waffennarr war ein fanatischer Computerspieler – er bevorzugte Gewaltspiele wie „Counter-Strike“, in denen das Töten zelebriert wird. Was muß noch geschehen?

Der brandenburgische Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) wetterte, es sei unerträglich, daß Spiele in den Handel gelangen könnten, die brutaler als die indizierten Vorgänger seien. Ein wirksamer Jugendschutz könne offenbar nur erreicht werden, wenn besonders schädliche Computerspiele nicht mehr hergestellt oder der Zugriff für Jugendliche erheblich erschwert werde. Unterstützung bekommt Schönbohm dieses Mal aus den Fraktionen der Großen Koalition in Berlin. Die Innen-Experten Wolfgang Bosbach (CDU) und Dieter Wiefelspütz (SPD) meinten, der Gesetzgeber müsse jetzt die Sache prüfen und „endlich handeln“.

Nur die Grünen weigern sich, Killerspiele verbieten zu lassen. Fraktionsgeschäftsführer Volker Beck meinte, Verbotenes sei für Jugendliche besonders reizvoll; die Forderungen nach einem Verbot seien „einfältig“.

Aus dieser Ecke ist keine Abhilfe zu erwarten, schließlich verantwortet die rot-grüne Regierung die unzulängliche Novelle zum Jugendschutzgesetz von 2003. Nach diesem Gesetz kümmert sich nicht etwa die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften um die Beurteilung der Computerspiele, sondern die „Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle“ (USK). Die USK wird von dem „Förderverein für Jugend und Sozialarbeit e. V.“ in Berlin getragen. Die Spielehersteller können gegen Gebühr ihre Produkte von der USK nach Altersklassen einstufen lassen – von „Jugendfrei“ bis „Keine Jugendfreigabe“. Eltern werden in der Regel mit diesen Altersangaben nicht viel anfangen können, weil sie nicht ahnen, worum es in diesen Spielen geht. So beschrieb ein Spielekenner in der „Zeit“ den Ablauf von „Backyard Wrestling“, es ist grauenhaft: „Du mußt deinen Gegner mit allen Mitteln ausschalten. Benutze alle herumliegenden Gegenstände als Waffen. Sei kreativ: Treibe ihm eine Bohrmaschine in den Kopf, benutze den Tacker, um ihn außer Gefecht zu setzen, drücke ihn auf den glühend heißen Ofen. Verletze ihn mit einem Kantenschneider, tauche seinen Kopf in heißes Frittierfett! Am Ende winkt dir eine Million Dollar Belohnung.“ Das Spiel ist übrigens nach dem geltenden Recht frei ab 16 Jahren. Begehrte Computerspiele werden aber, wie der bekannte Kriminologe Christian Pfeiffer herausfand, oft jüngeren Kindern zugänglich gemacht.

Pfeiffer und sein „Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen“ hatten die Verheerungen in den Köpfen der Kinder durch Computerspiele nachweisen können, besonders durch die äußerst negativen Leistungen in der Schule (*PAZ* berichtete im Juni).

Kritiker werfen der USK und ihrem Trägerverein eine zu enge Beziehung zu den Herstellern vor. Computerspiele werden in der Regel von externen Prüfern bewertet, die zur Szene gehören.

KLAUS D. VOSS:

Geschmiert

Um die Dinge einmal beim Namen zu nennen: VW, BMW, Opel, DaimlerChrysler und jetzt auch Siemens, es sind die ersten Adressen der deutschen Wirtschaft, an denen der Makel der Korruption klebt.

Die Manager mögen es „Beziehungspflege“ nennen oder eine besondere Form der „Marktaufbereitung“ – was die Staatsanwälte an Verdachtsmomenten zutage gefördert oder schon in Anklageschriften gefaßt haben, läßt auf ein weit verzweigtes kriminelles Netzwerk schließen. Es geht nicht allein um den tadellosen Ruf der deutschen Unternehmen. Es geht darum zu verhindern, daß die Bundesrepublik zum Land der Trickser und Schieber wird.

Wenn große Konzerne in ihren schwarzen Kassen mehr Geld haben als gesunde Mittelständler im Jahr Umsatz machen können, dann merkt man schnell, wohin es läuft: Gekaufte Manager, gekaufte Märkte, gekaufte Bilanzen.

Das System Bestechung löst Verwerfungen im Wirtschaftsleben aus, deren Folgen man kaum abschätzen kann. Wie lange werden die korrekt arbeitenden Unternehmen sich behaupten, wenn um sie herum alles wie geschmiert läuft?

Hätten wir nicht ein Dutzend unerschrockene Staatsanwälte, die den schwarzen Millionen hinterherspüren, dann müßten wir uns wirklich dem Urteil von „Transparency International“ beugen: Deutschland hat bei der Korruptionsbekämpfung keinerlei Fortschritte gemacht.

Erstaunlicherweise ist Korruption auch kein Punkt auf der politischen Tagesordnung. Unserem gemütlichen Bundeswirtschaftsminister Michael Glos ist in den letzten Tagen das böse Wort noch nicht einmal in den Sinn gekommen.

Ein Lichtblick

Zahlungsmoral wird wieder besser

Die gute Nachricht: Die bisher miserable Zahlungsmoral in Deutschland hat sich gebessert. Jedenfalls sieht die „Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung“ (Schufa) eine Trendwende. In ihrem „Schuldenbericht 2006“, der die Entwicklung im Jahr 2005 auswertet, glaubt die Organisation, daß vor allem die kleineren Handwerksbetriebe auf Besserung hoffen können. Mittelstandsunternehmen sind von Zahlungsausfällen besonders hart betroffen.

Die schlechte Nachricht: Die Bundesregierung läßt den Mittelstand auch in dieser Frage im Stich. Das seit zwei Jahren geplante Forderungssicherungsgesetz soll die Betriebe besserstellen, aber das Gesetzgebungsverfahren kommt nicht recht voran. Seit der ersten Lesung im Bundestag und den Beratungen im Bundesrat im Frühjahr hat Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) keine Eile an den Tag gelegt.

Dabei warten viele Betriebe auf diese Neuregelung: Bisher können Kunden durch Mängelrügen die Zahlungen an die Handwerksbetriebe aufhalten; erst muß in meist langwierigen Verfahren geklärt werden, ob die Beanstandungen überhaupt berechtigt sind. Nach dem geplanten Gesetz sollen Handwerker „vorläufige Zahlungsanordnungen“ erwirken können – das würde im Ernstfall die Liquidität bedrohter Betriebe sicherstellen. Zugleich soll durch die Neuregelung die rechtliche Position von Subunternehmern deutlich verbessert werden. *vs*

Der Klimawandel hat noch Zeit

Umweltschützer auf der Konferenz in Nairobi vertagen sich – Ärger für Gabriel

Von KLAUS APFELBAUM

Die Klima-Warner nehmen die ganze Angelegenheit offenbar doch nicht so ernst – jedenfalls hat die beschworene Furcht vor einem „weltweiten Klimawandel“ die versammelten Experten in Nairobi nicht zur Eile oder zur Einigung getrieben.

189 Nationen waren in den vergangenen zwei Wochen auf dem Weltklimagipfel am Sitz der Uno-Umweltorganisation vertreten, 100 Fachminister – darunter der Deutsche Sigmar Gabriel (SPD) – unterstützt von 6000 Fachbeamten. Die Beratungen über eine mögliche Ausweitung des Kyoto-Protokolls, mit dem die Freisetzung von Kohlendioxid reduziert werden soll, wurden auf die Jahre 2008 oder 2009 vertagt. Im Jahr 2012 laufen die Kyoto-Vereinbarungen aus.

Es blieb bei einer Reihe von Beschlüssen im kleinen Rahmen, so erhalten Forscher und Funktionäre, die sich dem Thema Klimawandel verschrieben haben, über Uno-Kanäle ausreichend Mittel für die nächsten fünf Jahre. Ein Teil der Gelder geht an Entwicklungsländer, um dort die Folgen von Dürren und Überschwemmungen zu lindern. Ein neu geschaffener Fonds für den Technologietransfer aus den Industriestaaten in die Entwicklungsländer wurde mit reichlichen 100 Millionen Euro ausgestattet.

Bundesumweltminister Gabriel meinte nach der Rückkehr, in Nairobi seien „kleine Schritte“ erzielt worden, wo man „Sieben-Meilen-Stiefel bräuchte“. Allerdings sei der Gipfel „kein Abgesang auf den Klimaprozeß“ gewesen, tröstete sich der Minister. Damit spielte Gabriel auf die Meinung vieler Wissenschaftler an, die der These vom „Treibhaus-Effekt“ durch das vom Menschen freigesetzte Kohlendioxid nicht folgen wollen. Die wissenschaftlichen Gegenmeinungen finden sich etwa im Heidelberger Appell von 1992 oder in der Oregon-Deklaration, dem Gegenstück zum Kyoto-Protokoll der Klimaschützer.

Den Umweltminister Gabriel, der in Nairobi die führende Rolle Deutschlands beim Umweltschutz reklamiert und sich vehement für die Verschärfung der Kyoto-Ziele eingesetzt hatte, erwartete zu Hause spezieller Umwelt-Ärger: Die EU ist unzufrieden mit den Ergebnissen der deutschen Umweltpolitik. In einem Blauen Brief aus Brüssel wird moniert, daß Deutschland die selbstgesetzten Ziele verfehle – in den Jahren 2003 und 2004 habe das Land jeweils 13,5 Millionen Tonnen Kohlendioxid mehr ausgestoßen als nach dem Umwelt-Vereinbarungen vorgesehen war. Die Europäische Union hält dem Minister vor, er fördere zu sehr den Bau von umweltschädlichen Kohlekraftwerken und schone die Industrie vor Auflagen zum Klimaschutz. Gemeint ist vor allem der Umgang mit Kohlendioxid-Zertifikaten nach dem Kyoto-Protokoll, die in Deutschland überwiegend verschenkt statt versteigert werden.

DIESE WOCHE

Kontakt: 040/414008-0

Redaktion: -32
Anzeigen: -41
Abo-Service: -42
www.preussische-allgemeine.de

Überleben im Alter bald Privatsache

Die staatliche Rente reicht in Zukunft nicht mehr aus, die Bürger müssen selbst vorsorgen

Von SVERRE GUTSCHMIDT

Die Rente ist sicher, sagte einst CDU-Arbeitsminister Norbert Blüm (1982–1998). Was für seine Generation bedingt gilt, ist heute Berufstätigen nicht mehr vorherzusagen. Die Gesetzliche Rentenversicherung, um die es Blüm ging, reicht nicht, um den Alten von morgen ein Leben über Sozialhilfeniveau zu garantieren. Konnte ein Erwerbstätiger früher bei lebenslangem Arbeiten (45 Arbeitsjahre) noch mit einer staatlichen Rente von zirka 70 Prozent seines letzten Bruttoeinkommens rechnen, so ist das Niveau bereits auf knapp über 60 Prozent gesunken – Tendenz fallend.

Die künftige Inflation sowie die heute längeren Ausbildungszeiten, kurzum kürzere Lebensarbeitszeiten, schmälern diese Alterssicherung zusätzlich. Privat vorzusorgen ist daher sinnvoll. Ein gesunder Mix aus staatlicher, betrieblicher und privater Rentenvorsorge gilt Experten als ideal, um Risiken zu streuen – der Mix macht's. Zu den Möglichkeiten eigenständig vorzusorgen gehören die Betriebsrente, die Riester- beziehungsweise Rürup-Rente, fondsgebundene Renten, Lebensversicherungen (die in Renten umgewandelt werden können) sowie ausländische Rentenmodelle wie die Britische Rentenversicherung.

Die betriebliche Altersversorgung nach dem Betriebsrentengesetz wird unternehmensabhängig vom Arbeitgeber und / oder Arbeitnehmer finanziert (Mischformen der Finanzierung sind üblich). Dafür werden Teile des Gehalts nicht gleich ausbezahlt, sondern „zurückgelegt" (Entgeltumwandlung). Diese Form bindet den Arbeitnehmer an die Firma, hängt von der Verantwortung des Arbeitgebers ab, denn der handelt treuhänderisch für den Arbeitnehmer. Umsetzen läßt sie sich über eine direkte verpflichtende Zusage des Arbeitgebers (Pensionsrückstellungen in der Bilanz) oder durch eine Unterstützungskasse (formal kein Rechtsanspruch auf Rente, rückgedeckt oder über eine Reserve finanziert) beziehungsweise einen Pensionsfond, (Rechtsanspruch, geringe Garantieleistung) oder aber eine Pensionskasse (Rechtsanspruch, Leistung entsprechend Einzahlung, steuerliche Begrenzung). Das Einkommenssteuergesetz regelt die steuerliche Förderung. Vorteilhaft sind dabei vor allem eventuelle Arbeitgeberbeiträge sowie dessen Haftung (bei Direktversicherungen und Pensionskassen garantierte Verzinsung).

Die Riester-Rente, benannt nach Walter Riester (SPD), dem Nachfolger Blüms (bis 2002), wurde anläßlich der Reform gesetzlicher Renten 2001 ins Leben gerufen. Sie sollte auf freiwilliger Basis kompensieren, daß seinerzeit die (Netto-)Rente des idealtypischen Rentners (45 Jahre lang Sozialversicherungsbeträge eingezahlt) auf 67 Prozent gesenkt wurde. Sie beruht auf dem Altersvermögensgesetz. Der besondere Charakter: Staatliche Zulagen und Abzugsmöglichkeiten sind mit der Anlage der Beiträge am Kapitalmarkt kombiniert (kein Umlageverfahren wie bei der gesetzlichen Rentenversicherung). Zulagen bedeutet vor allem die Altersvorsorgezulage: Betriebe wurden verpflichtet, Angestellten eine staatlich förderfähige Altersvorsorge anzubieten (Entgeltumwandlung). Diese Umwandlung ist steuerlich begünstigt. Das Verfahren ist kompliziert, die Verwaltungskosten zehren oft einen Teil der Beiträge auf, die Rendite ist dementsprechend niedrig. Doch ist „Riester" risikoarm und dank staatlicher Förderung gerade für Geringverdiener reizvoll. Der Anbieter muß schon ab Beginn des Auszahlungszeitpunktes mindestens die Summe der eingezahlten Beiträge garantieren. Um Wohneigentum zur Alterssicherung zu erwerben, können Einlagen des Riester-Vertrages zinslos entnommen werden. Im Vertrag gebundenes Kapital muß bei Arbeitslosigkeit nicht aufgebraucht werden, wird auf Vermögen nicht angerechnet. Durch das Alterseinkünftegesetz wurden die Bedingungen weiter vereinfacht. Nachteilig wirkt sich dagegen aus, daß die spätere Rente voll steuerpflichtig ist, Zulagen eventuell zurückbezahlt werden müssen.

Die Rürup-Rente, benannt nach dem Volkswirtschaftler Bert Rürup, verbessert als Gegenstück zur Riester-Rente die Altersversorgung von Selbständigen durch steuerliche Begünstigung und ist als Basis-Rente konzipiert. Es gibt sie fondsgebunden aber auch als festverzinste Rente. Wer nicht gesetzlich pflichtversichert ist, kann mit ihr Steuern in der Beitragsphase sparen. Wie bei der Riester-Rente darf der angesparte Betrag nicht einmalig ausgezahlt werden, sondern nur als lebenslange Rente. Vor- und Nachteile entsprechen weitgehend dem Riester-Modell. So ist der Vertrag sicher vor Pfändung (in der Ansparphase), bietet staatliche Steuervorteile – wenn auch nur geringe staatliche Förderung. Eine garantierte Rentenzeit gibt es nicht. Beim Tod des Einzahlers verfällt das gesamte Eingezahlte. In solchen Fällen sind aber vorher extra zu vereinbarende Hinterbliebenenrenten möglich.

Der entscheidende Vorteil von Lebensversicherungen ist, daß sie nicht zur Alterssicherung verwendet werden müssen. Sie können jederzeit in Kapital umgewandelt werden, der Versicherte kann frei über sie verfügen. Dafür ist die steuerliche Belastung hoch. Das Risiko ebenso, gerade wenn vorrangig Beiträge am Aktienmarkt angelegt werden. Die Rendite ist über lange Zeiträume möglicherweise schwer kalkulierbar.

Die Britische Rentenversicherung (zirka 18 Prozent des EU-Versicherungsmarktes) ist als Lebensversicherung zur Altersvorsorge angelegt und dank EU auch in Deutschland erhältlich. Dabei dominieren die kapitalbildenden Lebensversicherungen. Allerdings dürfen Deutsche bei dieser Lebensversicherung maximal 35 Prozent des Kapitals in Aktien anlegen. Anders als bei deutschen Lebensversicherern garantiert sie oft keine Mindestverzinsung (für deutsche Anbieter verbindlich auf 2,75 Prozent festgesetzt), dafür sind kaum Zinsobergrenzen gesetzt. Sie ist somit möglicherweise profitabel aber riskant. Da die an Finanzmärkten angelegten Policen dortigen Schwankungen unterworfen sind, erhält der Policeinhaber nur teilweise die Wertsteigerung, ein Teil wird zurückgelegt, so daß die Anlagerendite ähnlich klassischen deutschen Lebensversicherungen geglättet wird. Erträge fallen großteils gegen Ende der Laufzeit an, der Rückkaufwert ist damit geringer und auch der britische Insolvenzschutz gilt nur für in Großbritannien abgeschlossene Verträge.



Schon in jungen Jahren an die Rente denken: Zwei Jugendliche sprechen mit einem Bankberater. Foto: Visum

Die Schulden-Uhr:

Wer fragt, der zahlt

Die Empörung kommt von vielen Seiten: Ab 2007 sollen die Steuerzahler für verbindliche Antworten vom Finanzamt mindestens 100 Euro an Gebühren entrichten. Angesichts der Tatsache, daß das deutsche Steuerrecht trotz gegenteiliger Versprechen immer komplizierter und umfassender wird, kommt eine derartige Gebührenordnung einem Betrug am Steuerzahler gleich: Man nimmt ihm sein Geld, gibt ihm aber keine Informationen.

1.536.571.114.326 €

(eine Billion fünfhundertsechsunddreißig Milliarden fünfhunderteinundsiebzig Millionen einhundertvierzehntausend und dreihundertsechsundzwanzig)

Vorwoche: 1.535.294.334.079 €
Verschuldung pro Kopf: 18.625 €
Vorwoche: 18.609 €

(Stand: Dienstag, 21. November 2006, 12 Uhr. Zahlen: www.steuerzahler.de)

»Es gibt keine Gratismahlzeit«

Gedanken zum Tod von Milton Friedman – Er hat Ronald Reagans Schuldenpolitik nicht gebremst

Von KLAUS D. VOSS

Auch klügste Köpfe sind nicht davor geschützt, mißverstanden zu werden – selbst Milton Friedman nicht. Seit das letzte Datum zu seinem Leben gesetzt ist – Friedman starb am 16. November in San Francisco –, ist die Lebensleistung vielfach nachgezeichnet worden.

Der Mann, der zu den großen Vier der Weltökonomie zählt und 1976 mit dem Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften geadelt wurde, stand und steht in der Erinnerung der Menschen als strenger Verfechter der Marktwirtschaft ohne jeden Hang zur Regulierung.

Faszinierend anschaulich gelang ihm der wissenschaftliche Beweis, wie staatliche Eingriffe, etwa Preiskontrollen, Lohnvorschriften oder Subventionen im Wohnungsbau, die wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig stören können: Interventionen des Staates gehen regelmäßig schief und führen zu dem, was die Bürger am meisten fürchten müssen: Inflation. „Inflation ist Besteuerung ohne gesetzliche Grundlage", pflegte Friedman zu sagen.

Seine Abneigung gegen jede Art von staatlicher Wohlfahrt belegte Milton Friedman mit seinem eigenen Lebensweg. Er war ein Kind jüdischer Einwanderer aus einem Gebiet, das heute zur Ukraine zählt; seine Eltern hatten sich aus ärmlichen Verhältnissen ohne jede Integrationshilfe und Sozialverwöhnung auf den Weg in die Mitte der amerikanischen Gesellschaft gemacht. Milton Friedmans Universitätskarriere bis in die Weltspitze der Ökonomie ist ein Beispiel für Leistungswillen und Befähigung, ohne jeden Auswuchs von Bildungssubvention.

Eine Abneigung gegen jede Art von staatlicher Wohlfahrt

Sein rigoroses Eintreten gegen jede Art von Beschränkung oder Regulierung dehnte er auch auf die völlige Freigabe von Drogen, die Legalisierung jeder Art von Prostitution oder etwa Aufhebung der Wehrpflicht aus. Er liebte die Debatte vor großem Publikum. Seine Wortmeldungen wurden kontrovers bis hitzig diskutiert, die Kritiker ließen aber meistens außer acht, daß Friedman ein intellektueller Theoretiker war und auch bleiben wollte. Den Schritt in die Praxis, selbst Verantwortung zu übernehmen, hat er nie getan – eine der Ursachen für die Mißdeutungen, die sich mit seinem Namen verbinden.

Friedman stand einer ganzen Reihe von Staatschefs mit guten Ratschlägen zur Seite, im schlechteren Fall ließ er es zu, daß sie sich mit seiner weltweit anerkannten Kompetenz schmückten und damit ihre Politik zu begründen versuchten. Themen wie Geldmengensteuerung oder „Stagflation" werden kaum verstanden, da vertraut man besser dem Papst des Monetarismus und seinen anschaulichen Reden zur „drohenden Unterfinanzierung".

Friedmans geistige Freundschaft zu Margaret Thatcher und Ronald Reagan kam die Welt teuer zu stehen.

Reagan hielt sich eine Weile an die Ratschläge seines Beistandes, deregulierte viele Märkte und senkte den Spitzensteuersatz von 77 auf 33 Prozent. Als der US-Präsident dann doch „die fette Katze fütterte" und immer mehr Schulden für Rüstungs- und Subventionsprogramme machte, distanzierte sich Friedman nicht öffentlich von dieser Form der „Reaganomics". Die Folge: Reagan verdreifachte die Staatsschulden der USA auf heute astronomische 8,5 Billionen Dollar – nur der erzwungen günstige Dollarkurs verschleiert, daß die Verschuldung der USA umgerechnet auf deutsche Verhältnisse um 40 Prozent höher liegt – ohne die Kosten der Wiedervereinigung. Ein irreparabler Schaden im Währungsgefüge – und das hatte Milton Friedman niemals gewollt.



Theoretiker: Milton Friedman

Vor einem weiteren Mißverständnis sollte man Friedmans Andenken heute bewahren, wenn linke Kreise sich auf ihn berufen: Sein Vorschlag, Bedürftigen mit einer negativen Einkommenssteuer zu helfen, hat nichts mit sozialen Umverteilungsaktionen wie „Grundsicherung für alle" zu tun. Friedman wollte, daß der Staat Geringverdienern aus dem Steuersäckel Zuschüsse zum Lohn zahlt statt Steuern abzuziehen – aber Grundbedingung für jede Art von Hilfe sollte sein, daß die Menschen wirklich für ihren Lebensunterhalt arbeiten. Milton Friedmans Lehrsatz dazu war anschaulich wie immer: „Es gibt keine Gratismahlzeit."

Täter ohne Abstammung

Von HARALD FOURIER

Ich weiß noch genau, wie ich am 30. Juni abends am Schlesischen Tor aus meinem Auto gestiegen bin. „Normale" Berliner halten sich nicht gerade in dieser Gegend auf, schon gar nicht nach Einbruch der Dämmerung. Klingt dramatisch, ist es auch. Der Mitteleuropäer ist in dieser Ecke Angehöriger einer nationalen Minderheit.

An dem letzten Juniabend aber war alles anders: Unbeschadet ließ sich der Weg zu einem Biergarten zurücklegen. Dort lief das Spiel Italien gegen Ukraine. Deutschland hatte gerade zuvor gegen Argentinien gewonnen.

Doch das wirklich Berauschende war das einmalige Gefühl, mit einer Deutschlandfahne durch die Schlesische Straße zu laufen. Im Traum hätte ich mir nie einfallen lassen, daß das noch mal möglich sein würde.

Und wie sich jetzt zeigt, war es tatsächlich eine Ausnahmesituation. Längst sind die altbekannten Verhaltensmuster in die Problemkieze mit hohem Einwandereranteil zurückgekehrt. Dienstag vergangener Woche eskalierte ein Polizeieinsatz in der Wrangelstraße, einer Parallelstraße der Schlesischen Straße. Zwei Polizisten wurden verletzt.

Angefangen hatte alles mit zwei Zwölfjährigen, die versucht hatten, einem 15jährigen seinen MP3-Spieler abzunehmen. Als die Polizei die beiden kriminellen Kinder am Schlafittchen greifen wollte, rotteten sich an die 100 Passanten – vor allem Jugendliche – zusammen und gingen gegen die Polizisten vor. Die Beamten mußten Verstärkung anfordern.

Zwei Tage später drang eine Gruppe bewaffneter Türken in die nahegelegene Eberhard-Klein-Oberschule (Zuwandereranteil 100 Prozent) ein. Die acht zum Teil maskierten Täter gingen auf einen Schüler los, den sie mit Messerstichen verletzten.

Die Massenmedien berichteten über diese und eine Vielzahl kleinerer Ereignisse zunächst wie gewohnt: ohne die Herkunft der Täter zu erwähnen. Allerdings ahnt der Durchschnitts-Berliner, daß, wenn im Radio oder in der Zeitung gemeldet wird, „100 Personen greifen in Kreuzberg eine Polizeistreife an", sich dahinter nicht der deutsche Michel verbirgt.

Inzwischen sind die Medien dazu übergegangen, von „Tätern mit Migrationshintergrund" zu reden. Als ob wir nicht alle wüßten, daß es sich fast ausnahmslos um Türken und Araber handelt.

Aber die Annahme, daß ängstlich auf „politische Korrektheit" bedachte Medien irgendwann einmal dazu übergehen, die Probleme bestimmter Einwanderergruppen offen zu benennen, ist wohl genau so abwegig wie die Hoffnung, daß ich jemals wieder mit einer Deutschlandfahne durch Kreuzberg laufen kann, ohne schief angeschaut zu werden.

100 Millionen ausgeschlagen

»Vollstrecker Ulbrichts«: Potsdams Stadtverordnete lehnen Aufbau des Stadtschlosses überraschend ab



Die Kommunisten hinterließen eine Wüste im Zentrum der alten Residenzstadt: Hier soll das Potsdamer Stadtschloß neu erstehen.

Foto: pa

Von PATRICK O'BRIAN

Selten wurde Potsdams Oberbürgermeister Jann Jakobs so erzürnt gesehen. Er beschimpfte die eigenen Stadtverordneten regelrecht. „Sie sind politische Verräter", donnerte er ihnen entgegen. „Das wirft uns um Jahre zurück." Was den Mann so aufgebracht hat, war die wohl schwerste Abstimmungsniederlage seiner Amtszeit.

Es geht um den Alten Markt in Potsdam, einen trostlosen Ort. Wenn im Alten Rathaus getagt wird oder in der Nikolaikirche eine Messe stattfindet, dann gibt es ein wenig Leben auf dem Platz. Ansonsten verirrt sich hierher aber niemand. Außer ein paar Jugendlichen vielleicht, die mit ihren Skateboards Kunststücke üben.

Dieser tote Fleck mitten in der brandenburgischen Hauptstadt sollte mit Leben gefüllt werden. Doch fand sich einfach kein privater Investor, um den Ort, an dem früher das Stadtschloß gestanden hatte, zu neuer Blüte zu führen. Deswegen beschloß der Landtag, an eben jener Stelle sein neues Parlamentsgebäude in der Form des alten Schlosses zu errichten und 100 Millionen Euro dafür auszugeben. Ein einmaliges Geschenk für die von den Narben der Geschichte stark versehrte Residenzstadt, jubelten die Freunde des Schlosses. Nun der Schock: Die Stadtverordneten lehnten den Bebauungsplan überraschend ab. Das Votum der Abgeordneten kommt einem kleinen politischen Erdbeben gleich und löste Fassungslosigkeit aus.

Die Ursachen für das Debakel um das Landtagsgebäude reichen zurück bis ins Jahr 1945: In einer schweren Bombennacht richteten alliierte Geschwader erheblichen Schaden in der heutigen Landeshauptstadt an. Auch das Potsdamer Stadtschloß wurde dabei so gut wie zerstört.

Die Kommunisten verfuhren so barbarisch, wie sie es häufig taten, wenn es um architektonische Überreste der Monarchie ging: Ulbricht ließ die Reste des Potsdamer Schlosses 1959/60 abräumen.

Mit der Wende 1989/90 und der Neugründung des Landes Brandenburg mußte ein Landtagsgebäude her. Provisorisch zog das Parlament in ein Gebäude am Brauhausberg, in dem zuvor ausgerechnet die SED ihre Bezirksleitung untergebracht hatte – provisorisch, wie es hieß, bis ein geeigneter Standort für einen richtigen Landtag gefunden sei. Doch das Provisorium geriet zum Dauerzustand.

Zehn Jahre nach der Vereinigung aber schien die Zeit endlich reif für einen neuen Landtag – und zwar in einem neu zu errichtenden Potsdamer Stadtschloß. Der schöne Plan gewann sofort zahlreiche Anhänger. Doch von Anfang an gab es Streit darum, wie detailgetreu das Gebäude wiederauferstehen solle. Lediglich auf dem Grundriß des alten Gebäudes solle das neue entstehen, forderten führende Landespolitiker. Dies ging manchen – wie erwartungsgemäß der PDS – bereits zu weit, anderen indes nicht weit genug, weil sie das alte Schloß 1:1 wiederhergestellt haben wollten, um die städtebauliche Wunde zu schließen.

2001 entschied sich die Stadt trotzig, das Schloß mitsamt der historischen Fassade wiederaufzubauen. Der Landtag aber beschloß den Wiederaufbau im vergangenen Jahr nur auf dem alten Grundriß, nicht aber mit der historischen Fassade. Um einen Konsens zwischen Stadt und Land herzustellen, mußten drei Verträge geschlossen werden. Aber noch immer waren längst nicht alle Fragen zur Zufriedenheit geklärt.

Der Kompromiß, der nun den Stadtverordneten vorgelegt worden war, sah so aus: Bis 2010 sollte das neue Schloß- und Landtagsgebäude errichtet werden, und zwar auf dem Grundriß des zerstörten Stadtschlosses, weitgehend auch seinem Baukörper folgend. Alles natürlich auf Kosten des Landes. Das heißt, daß sowohl der Neubau für rund 85 Millionen als auch notwendige Erneuerungen im Umfeld (eine Brücke, eine Straßenbahnlinie etc.) vom Land getragen würden.

Der Neubau sollte sich bloß teilweise an seinem historischen Vorbild orientieren: Allein den nördlichen Teil, der sich dem Alten Markt und der Nikolaikirche zuwendet, wollten die Antragsformulierer weitgehend korrekt rekonstruieren und das bereits aus Spenden originalgetreu wiedererrichtete Fortunaportal in den Neubau einbetten.

Für dieses Portal, das als einziges Bauelement bereits steht, hatte sich Günter Jauch, einer der prominentesten Potsdamer, mächtig ins Zeug gelegt und drei Millionen Euro gesammelt. Der „RTL"-Moderator reagierte nun entsprechend enttäuscht auf die Entscheidung der Stadtverordneten.

Und es war bereits der zweite Anlauf: Am 1. November scheiterte der Antrag bei Stimmengleichheit. Diesmal waren es in geheimer Wahl sogar 27 Nein- und nur 24 Ja-Stimmen. Die PDS-Fraktion hat mit ihren 19 Stimmen offenbar geschlossen dagegen gestimmt.

Die Frage, wer die anderen fünf Abweichler aus dem CDU-FDP-Grüne-SPD-Familienpartei-Bündnis sind, wird wohl ungeklärt bleiben. Tatsache ist, daß sich die Stadtverordneten übergangen fühlten und ihren Frust über die Haltung der Landespolitiker in die Waagschale warfen.

Deswegen plant Jakobs nun, sein Vorhaben trotz des Vetos der Stadtverordnetenversammlung durchzusetzen – ein heikles Unterfangen. Finanzminister Rainer Speer spricht sich nun dagegen für die Sanierung des jetzigen Landtagsgebäudes aus. Eine nachvollziehbare Reaktion, nachdem sein 100-Millionen-Euro-Geschenk von der Stadt brüsk abgelehnt worden ist.

Ministerpräsident Matthias Platzeck ließ seinem Zorn auf die Linkspartei freien Lauf. Der PDS-Fraktionschef Hans Jürgen Scharfenberg habe sich als „als später Vollstrecker der Kahlschlagpolitik Ulbrichts" erwiesen.

Lafontaine: Jederzeit zum Ausstieg bereit

Berliner Linkspartei beschließt unter Bauchschmerzen die Fortsetzung der rot-roten Rathauskoalition

Von MARKUS SCHLEUSENER

Für die neue Linkspartei war die zentrale Frage des vergangenen Wochenendes nicht, ob und wie die Vereinigung mit der WASG stattfinden soll. Die für die einstige SED weit bedeutendere Frage wurde auf ihrem Landesparteitag in Berlin geklärt: Rot-Rot in der Hauptstadt – weiter oder nicht?

Nach der Wahlniederlage der Postkommunisten mit Einbußen von bis zu 20 Prozentpunkten im Ostteil stand die Koalition auf dem Spiel. Der Sparkurs von SPD-Finanzsenator Thilo Sarrazin hatte die ultralinke Klientel schwer vergrätzt. Und es könnte noch schlimmer kommen: Das Karlsruher Urteil, nach dem Berlin auf seinen Schulden sitzen bleiben soll, könnte zu weiteren Sparbeschlüssen zwingen, die dann auch die SED-Erben erneut mitzutragen hätten.

Nach wochenlangen Verhandlungen legte der Linke-Vorstand den Delegierten einen mit der SPD ausgehandelten Koalitionsvertrag vor. Die Basis zeigte sich skeptisch.

Über fünf Stunden waren für die Aussprache vorgesehen. Die Mehrzahl der Diskussionsteilnehmer entpuppte sich als Bedenkenträger und warb für eine Ablehnung des Vertrags. Eine der ersten Rednerinnen lobte zwar seinen Inhalt, fügte aber hinzu, sie glaube, daß die SPD weiterhin mit der Linkspartei Schlitten fahren würde. Die Delegierte faßte es mit Johann Wolfgang von Goethe zusammen: „Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube."

Andere Delegierte kritisierten insbesondere die „überhastete Freigabe" des Ladenschlusses. „Das ist doch unsozial, daß die Verkäuferinnen bei Dussmann jetzt nachts arbeiten müssen", meckerte ein Linkssozialist. Ein anderer Delegierter gab sich offen als Anhänger der Stasi-Offiziere zu erkennen, die gegen die Aufarbeitung des SED-Unrechts polemisieren. Im Koalitionsvertrag – behauptete der aufgeregte Genosse – stehe nicht drin, „wie wir berechtigte Kritik an der Gedenkstätte leisten können". Gemeint war die Gedenkstätte für SED-Opfer in Berlin-Hohenschönhausen, ein Dorn im Auge der Kommunisten.

So plätscherte der realexistierende Parteitag vor sich hin. Als Ex-Parteichef Lothar Bisky ans Mikrofon trat, war der Tiefpunkt erreicht. Er fragte: „Bleibt Rot-Rot als soziale Alternative – und nicht als machtpolitische Option – im Geschäft?" Als ob es bei einer Regierungsbeteiligung um etwas anderes ginge als vorrangig um Macht! Der Beifall hielt sich daher in Grenzen.

Erst Oskar Lafontaine weckte die Delegierten auf. Auch er hielt es mit Goethe und trug nach dem Motto „Das Gleiche läßt uns in Ruhe, aber der Widerspruch ist es, der uns produktiv macht" eine Sowohl-als-auch-Rede vor.

Lafontaine sprach sich für drastischere Steuer- und Abgabenerhöhungen aus. Gleichzeitig aber kritisierte der frühere SPD-Chef die Koalitionsvereinbarung, weil sie eine Grund- statt einer Gewerbesteueranhebung vorsehe. Auch die Ladenschluß-Freigabe findet er nicht richtig: „Wenn in der Presse steht, daß Berlin jetzt die liberalste Regelung hat, dann schmerzt das die Linke."

Statt sich klar für den Koalitionsvertrag auszusprechen, forderte der Saarländer seine Berliner Genossen auf: „Wir dürfen das nur machen, wenn wir auch bereit sind, jederzeit wieder aus dem Senat rauszugehen." Zum ersten Mal erhielt ein Redner tosenden Beifall.

Soviel vorsorgliche Ausstiegsbegeisterung rief Gregor Gysi auf den Plan. Der Oskar habe sich – das müsse allen klar sein, so Gysi – natürlich für und nicht gegen den Vertrag ausgesprochen. Lafontaine und Gysi sind ein eingespieltes Team – einer für die Gefühle, der andere für den Machtinstinkt.

Mit ihrer Sowohl-als-auch-Strategie ist es den beiden gelungen, die Kritiker, unter ihnen auch der gerade geschaßte Kultursenator Thomas Flierl, im Zaum zu halten. Am Ende stimmte der Parteitag der nächsten rot-roten Koalition mit großer Mehrheit zu, so daß der Wahl des Regierenden Bürgermeisters nichts mehr im Wege stand.

Ab jetzt ernennt der Regierende Bürgermeister übrigens auch die Senatoren, die früher das Landesparlament wählen durfte. Wowereit ist durch die Neuregelung, die von SPD und PDS in der vergangenen Legislaturperiode beschlossen worden war, noch mächtiger als zuvor. Egal, was die Basis der Linkspartei darüber denken mag.

»Rot-Rot wird bald zerbrechen«

Rot-Rot sei eine morsche Schönwetterkoalition, die an den ersten Herausforderungen zerbrechen werde, prognostiziert Berlins FDP-Landtagsfraktionschef Martin Lindner in der Lokalausgabe der Zeitung "Die Welt". Sobald sich etwa herausstelle, daß nicht soviel Steuern eingenommen würden wie veranschlagt, weiter Privatisierungen oder Verwaltungsreformen anstünden, sei es mit der Ehe aus SPD und Linskpartei schnell vorbei.

Lindner äußert die Vermutung, daß SPD-Bürgermeister Klaus Wowereit die erneute rot-rote Koalition nur eingegangen sei, „um die PDS ein für alle Mal kaputtzumachen". Das sei an sich kein schlechtes Ziel, nur dürfe dabei das Land Berlin nicht mit ruiniert werden. Die Koalition mit der Linkspartei blockiere notwendige Reformen und die Möglichkeit, die Krise der bankrotten Stadt als Chance zum Umbau zu nutzen, indem man Berlin von der „Stadt des Staatsmonopols zur Stadt des Wettbewerbs" mache. *H.H.*

Herkunftsländer



Irak – Ende 2005 hatten zirka 7200 Iraker in Deutschland den Status „geduldet“. Von Januar bis Juni 2006 stellten knapp 1000 Iraker einen Asylantrag. Vor dem Sturz des Saddam-Regimes 2003 war die Zahl (Erstantrag Asyl) noch höher: zirka 11 600 im Jahr 2000. Nach jüngsten richterlichen Entscheidungen sind Abschiebungen möglich.



Türkei – Türken bilden die größte Zuwanderergruppe in Deutschland. Sie kamen ab 1961 vor allem aus ökonomischen Gründen in die Bundesrepublik. Seit den 80er Jahren dominieren kurdische Flüchtlinge sowie Türken, die im Rahmen der Familienzusammenführung zuziehen. Über 40 Prozent der türkischen Staatsangehörigen leben seit mehr als 20 Jahren hier. Vergleichsweise wenige kehren in ihre Heimat zurück. Aufgrund des geänderten Staatsangehörigkeitsrechts wurden zirka 600 000 eingebürgert. Zusätzlich leben zirka 1,8 Millionen Türken mit türkischem Paß hier.



Ex-Jugoslawien – Serbien und Montenegro sind mit zirka 1800 Asylantragstellern (Januar bis Juni 2006) Hauptherkunftsgebiet beim Asyl. Die hier lebenden Jugoslawen machen insgesamt 7,3 Prozent aller hier lebenden Ausländer aus. Zirka 40 Prozent der Zuzügler von dort sind derzeit Albaner. Als Asylanten anerkannt werden Angehörige dieser Herkunftsgruppe derzeit fast nie. Die Verfolgung im Rahmen des kriegerischen Zerfalls Jugoslawiens in den 90er Jahren gilt als beendet.



Libanon – Mit den Flüchtlingen infolge des Bürgerkrieges (Mitte der 70er bis 1990) begann der Zuzug von Libanesen. Im Jahr 2000 lebten 54 000 Libanesen in Deutschland (280 000 Araber). Sie sind die nach den Marokkanern (zirka 80 000) größte arabische Zuwanderergruppe hier. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer ist mit zwölf Jahren geringer als die der Türken (19).



Afghanistan – 2004 hielten sich zirka 65 000 Afghanen in Deutschland auf. Bis 1978 waren vor allem wirtschaftliche Beziehungen oder ein Studium Zuzugsgründe. Seit dem sowjetischen Einmarsch 1979 und erst recht seit der Talibanherrschaft ab 1995 kamen vorrangig geringqualifizierte Flüchtlinge nach Deutschland. Sie sind kaum in Vereinen organisiert. Durchschnittlich bleiben die Zuwanderer von dort neun Jahre in der Bundesrepublik.

Nicht verfolgt, aber geduldet

Ausländer in Deutschland – Erläuterungen zum Asyl- und Aufenthaltsrecht

Von Bernhard Knapstein

Ab sofort gilt: Geduldete Ausländer, die sich seit acht Jahren in Deutschland aufhalten – Familien schon ab sechs Jahren – können eine Aufenthaltsgenehmigung beantragen, wenn sie bis zum 30. September 2007 Arbeit haben – so daß der Lebensunterhalt „auch in Zukunft gesichert ist“ –, ausreichend die deutsche Sprache beherrschen und nicht im größeren Stil straffällig geworden sind oder extremistischen Gruppen angehören. So lautet der zwischen den Innenministern der Bundesländer geschlossene Kompromiß zum sogenannten Bleiberecht. Die Regelung bleibt bis zu einer bundesgesetzlichen Regelung gültig. Davon betroffen sind 2,8 Prozent der 6,8 Millionen Ausländer in Deutschland, also eine verschwindend geringe Zahl.

Die Regelungen zum Aufenthaltsrecht: Wenn man den Grad der Erlaubnis zum Aufenthalt einteilte, so stünden die Geduldeten auf der untersten Stufe: Sie werden dafür, daß sie sich unerlaubt in Deutschland aufhalten, nicht bestraft. Das Aufenthaltsgesetz kennt 45 Gründe für eine wenigstens sechsmonatige Aufenthaltserlaubnis, darunter beispielsweise das Asylrecht, das Studium an einer deutschen Hochschule, den Ehegattenstatus oder die Anstellung eines Hochqualifizierten – wir erinnern uns an die Debatte um die „Greencard“-Inder. Asylberechtigte haben nach 36 Monaten einen Anspruch auf eine unbefristete Niederlassungserlaubnis. Mehr als diese berechtigt nur noch die Einbürgerung zum Aufenthalt in Deutschland. Allerdings erlebt dies nur ein verschwindend geringer Teil der Asyl begehrenden Ausländer.

So verlautete vor zwei Wochen das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), im Oktober sei über 2118 Asylanträge entschieden worden. Nur acht Antragstellern wurde Asyl gemäß Artikel 16a des Grundgesetzes wegen politischer Verfolgung und in Folge dessen eine Aufenthaltserlaubnis gewährt.

1254 Anträge seien abgelehnt worden, 767 Anträge seien zurückgezogen worden oder hätten sich auf sonstigem Wege erledigt und für 89 Personen gelte der sogenannte Abschiebeschutz nach Paragraph 60 des Aufenthaltsgesetzes.

Acht von 2118 Antragstellern genießen Asylrecht

Abschiebeschutz ist dem Asylrecht ähnlich und führt gleichfalls zur Aufenthaltserlaubnis. Davon sind Personen betroffen, denen aufgrund ihrer Religion, Rasse oder ihres Geschlechts Gefahr für Leib und Leben droht. Es kommt in diesem Zusammenhang nicht darauf an, ob eine staatliche Verfolgung vorliegt, denn auch die Verfolgung durch eine Partei, eine Organisation oder Gruppe, die das Heimatland in „wesentlichen Teilen“ beherrscht, genügt. Das gilt aber auch für Ausländer, die in ihrer Heimat durch Strafverfolgung mit dem Tod rechnen müssen, was beispielsweise auf Muslime aus Ländern, in denen der muslimische Rechtskodex Scharia gilt, zutrifft, die zum Christentum konvertieren. Den Glaubenswechsel könnte auch ein bereits unmittelbar vor der Abschiebung stehender Muslim vollziehen (wenn er es denn glaubhaft machen kann).

Dieses „kleine Asylrecht“ resultiert aus den völkerrechtlichen Normen der Genfer Flüchtlingskonvention.

Bei den Herkunftsländern, aber auch bei den sonstigen „humanitären Gründen“ im Sinne des kleinen Asyls wird am meisten gelogen. Ein Leipziger Justizbeamter schildert gegenüber der *Preußische Allgemeinen Zeitung* die Verhältnisse sehr deutlich: „Als Verwaltungsrichter hatte ich viel nach dem Aufenthaltsgesetz zu entscheiden. In keinem einzigen Fall konnte ich ein Abschiebehindernis feststellen.“

In keinem Fall ein Abschiebehindernis festgestellt

In vielen Fällen liegt das Problem darin, daß Ausländer zwar einen „humanitären Grund“ für ein kleines Asylrecht vorweisen könnten, aber die Behörden im Asylverfahren über ihre Herkunft oder über andere wesentliche Details zu täuschen versucht und dadurch ihren Anspruch auf das kleine Asyl verwirkt haben. Auch diesen Ausländern droht, sollten sie nicht freiwillig ausreisen, die Abschiebung.

Eine Abschiebung kann oder darf manchmal aber nicht durchgeführt werden, weil der Abzuschiebende – wie bei vielen Palästinensern der Fall – staatenlos ist oder mit dem Herkunftsland – wie im Falle einzelner afrikanischer Staaten – kein Rückführungsabkommen besteht und diese Länder schlicht ihren Landsmann ablehnen. Nicht abgeschoben werden darf in Kriegsgebiete. Die Aussetzung der Abschiebung erfolgt aber auch aus Gründen der medizinischen Versorgung, wenn der Ausländer so schwer erkrankt ist, daß seine Abschiebung durch eine Unterversorgung im Herkunftsland zum Tode führen kann. Diese Nicht-EU-Ausländer, die sich nicht in Deutschland aufhalten dürfen und nicht ausreisewillig sind, deren Abschiebung aber nach Paragraph 60a des Aufenthaltsgesetzes ausgesetzt wird, werden „Geduldete“ genannt.

Die Aussetzung erfolgt dabei immer nur kurzfristig und kann verlängert werden. Geduldete dürfen sich nur an ihrem Meldeort aufhalten und sind nur eingeschränkt arbeitsberechtigt. Nach 18 Monaten Duldung kann – eine Neuregelung des am 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Zuwanderungsgesetzes – eine gleichfalls befristete Aufenthaltserlaubnis zwar erteilt werden. Dies gilt aber nicht, wenn der Ausländer die Versagung der Aufenthaltserlaubnis selbst durch Täuschung verursacht hat. Es kommt hier also zur Kettenduldung, bis zur möglichen Abschiebung. Auf diesem oder ähnlichem Wege haben sich jene 200 000 Geduldeten in Deutschland angesammelt, über deren Möglichkeit zur Erlangung einer Aufenthaltserlaubnis jetzt unter dem Schlagwort „Bleiberecht“ kontrovers diskutiert und durch den Kompromiß befunden worden ist.

Zwar kritisieren Gegner dieser Lösung, es gebe zu viele Flüchtlinge, die jetzt durch das Raster fielen. Übersehen wird dabei jedoch: Das deutsche Aufenthaltsrecht für Ausländer ist trotz leerer Kassen kaum zu überbieten.

Zwischen Bleiben und Gehen: Ayse, Bilal und Sunay sind in Deutschland nur geduldet. Foto: epd

Leistungen an Asylbewerber

Asylbewerber sind in aller Regel mittellos, wenn sie in der Bundesrepublik Deutschland ankommen. Vorhandenes Vermögen ist zuerst aufzubrauchen. Den weiteren Unterhalt durch den Staat regelt das Asylbewerberleistungsgesetz.

Das Gesetz sieht Grundleistungen in Höhe von 360 Mark monatlich vor – das Gesetz kennt noch die alte Währung. In diesen Grundleistungen enthalten sind Unterkunft und Nebenkosten, Ernährung, Kleidung, Hygienebedarf und Hausrat, also auch einmalige Anschaffungen wie Elektrogeräte und ähnliches. Der Bedarf soll durch Sachleistungen und Wertgutscheine gedeckt werden, soweit das möglich ist. Darunter fallen etwa die Unterbringung im Asylbewerberheim, der Bezug von Textilien durch Kleiderkammern und bei Bedarf Möbeln von Sozialeinrichtungen.

Nach Möglichkeit nur Sachleistungen und Gutscheine

Hinzu kommt ein Taschengeld in Höhe von 80 Mark beziehungsweise 20,45 Mark für Kinder bis zum 13. Lebensjahr. Auch Personen in Abschiebehaft haben Anspruch auf ein kleines Handgeld in Höhe von 28,63 Mark.

Die Unterbringung erfolgt nach Möglichkeit in kommunalen Aufnahmeunterkünften. Die medizinische und etwaig erforderliche psychologische Versorgung trägt gleichfalls der Fiskus.

Die Asylbewerber sollen zu Arbeiten für 1,05 Euro je Stunde in den Unterkünften oder bei öffentlichen Einrichtungen herangezogen werden, wenn die Arbeit sonst liegenbleibt. Ablehnung kann zu Kürzung der Leistungen führen. Sonstige Leistungen im Einzelfall sind Eingliederungshilfen für Behinderte, Brillen und Pflegeleistungen.

Um einen Vergleich bei aktueller Währung zu ziehen: Eine Familie mit zwei Kindern im Alter von sechs und 14 Jahren würde in Westdeutschland 1104 Euro Sozialhilfe nach SGB XII beziehen oder 756,70 Euro nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, jeweils zuzüglich Miet- und Heizkosten.

Hält sich ein Asylbewerber unerlaubt nicht am zugewiesenen Aufenthaltsort auf, so erhält er nur die „unabweisbar gebotene Hilfe“, womit in erster Linie die medizinische Notfallversorgung gemeint ist.

B. Knapstein

Bleiberecht mit Folgen

Der Kompromiß der Innenminister und was er für die verschiedenen Geduldeten bedeutet

Von Hans Heckel

Die Einigung der Innenminister von Bund und Ländern zum Bleiberecht von nur geduldeten Ausländern mündet in eine harte Formulierung: Der Aufenthalt von Ausländern mit Duldung, die bis zum 30. September 2007 keine Arbeitsstelle gefunden haben und daher weiterhin auf Unterstützung aus Steuergeldern angewiesen bleiben, solle „konsequent beendet werden“. Derzeit leben etwa 200 000 Ausländer mit Duldung in Deutschland.

Mit der Regelung wollen die Innenminister zweierlei erreichen: Erstens soll die Zahl von geduldeten Ausländern, die sich auf Kosten der deutschen Sozialsysteme ohne triftigen Grund im Lande aufhalten, drastisch reduziert werden. Andererseits soll solchen bloß Geduldeten, die arbeitswillig sind, eine dauerhafte Perspektive gegeben werden. Das Leben von einer Duldungsverlängerung zur nächsten gilt als Hindernis für den Aufbau einer stabilen Existenz.

Laut dem Sprecher des Hamburger Einwohnerzentralamts, Norbert Smekal, werden solche Duldungen im Regelfall um jeweils ein halbes Jahr verlängert. Auch wenn es sich in den meisten der in Hamburg rund 10 500 Fälle um Routineverlängerungen handele, wie Smekal betont, bleibt für die Betroffenen eine Restunsicherheit. Zudem entsteht bei jeder Verlängerung Verwaltungsaufwand, auch wenn dieser bei unproblematischen Fällen gering sei.

Bloß geduldete Ausländer dürfen bislang nur dann eine Arbeit aufnehmen, wenn kein Deutscher oder in Deutschland arbeitsberechtigter Ausländer für die Stelle zu finden ist. Einem Geduldeten, der bislang noch keine Arbeitsstelle hat, aber bis zum 30. September 2007 eine erlangt, dem winkt nach dem Willen der Innenminister ab dann ein Bleiberecht, sofern er sich bereits acht Jahre ununterbrochen in Deutschland aufhält. Bei Familien mit minderjährigen Kindern in Schule oder Kindergarten reichen sechs Jahre. Das Bleiberecht soll zunächst für zwei Jahre gelten und nach zwei- bis dreimaliger Verlängerung dauerhaft erteilt werden können.

Was aber geschieht mit jenen, die bis zum Stichtag 30. September keine Arbeitsstelle nachweisen können? Droht ihnen tatsächlich danach die sofortige Rückführung in ihre Heimat?

In der Praxis sieht Norbert Smekal einige Hürden. Ein Großteil der Geduldeten in Hamburg stamme aus dem ehemaligen Jugoslawien: „Bei vielen von ihnen ist nicht geklärt, welchem Nachfolgestaat des alten Jugoslawien sie eigentlich angehören. Wir wissen nicht, wohin wir sie abschieben können.“ Gleiches gelte für etliche Bürger aus der ehemaligen Sowjetunion. Auch hier sei die „neue“ Staatsangehörigkeit oft nicht zu klären.

Für geduldete Roma aus dem Kosovo sei die Lage in ihrer Heimat nach wie vor „nicht hundertprozentig sicher“, so Smekal. Gleich ausgenommen von der drohenden Abschiebung haben die Innenminister ohnedies alle Erwerbsunfähigen, Auszubildenden, Alleinerziehenden und Alten über 65 Jahren. So könnte die tatsächliche Zahl der Auszuweisenden auch nach Inkrafttreten des scheinbar drakonischen Länderkompromisses überschaubar bleiben. Für Arbeitswillige indes könnte sich die Situation in Deutschland deutlich verbessern.

Besser als sein Ruf

»El-Dschasira« sendet nun auch in englischer Sprache und zeigt, daß er mehr kann als Propaganda

Von R. G. KERSCHHOFER

Über die Medienfreiheit im Nahen Osten hat man im Westen wenig Illusionen – und das nicht zu Unrecht, ist doch laufend von Zensur, Verhaftungen und Morden zu hören. Aber die von „Freunden des Westens“ ausgeübten Repressionen werden dabei meist gnädig übergangen – und das beweist, daß auch die Berichterstattung über den Nahen Osten zensiert oder manipuliert ist. Besonders in Medien des deutschen Sprachraums wirken Themen, Bilder und Worte oft wie gefiltert – „aus besonderer Verantwortung“.

Im Zeitalter des Satelliten-Fernsehens kann man das Manko allerdings mit Hilfe fremdsprachiger Medien ausgleichen. Sprachkenntnisse sind dabei nützlich, doch nicht unerläßlich, denn schon allein aus dem, was gezeigt wird, lassen sich manche Schlüsse ziehen. Eine Informationsquelle ersten Ranges ist jedenfalls „BBC World“: Man muß immer wieder staunen, wie fair das britische Staatsfernsehen berichtet – wo doch Fairneß nicht gerade eine Maxime der britischen Außenpolitik ist. Selbst die Sparmaßnahmen und Umbesetzungen, mit denen Tony Blair die „unbotmäßige“ BBC voriges Jahr bestrafte, scheinen keine Auswirkungen auf die Qualität zu haben.

Nun erhält die BBC ernsthafte Konkurrenz. Nicht von CNN oder anderen, die nachweislich die US-Regierung „gefällig“ sind, sondern vom arabischen Sender „El-Dschasira“: Seit 15. November wird durchgehend ein Programm in englischer Sprache ausgestrahlt, das wie die arabischen über Satellit oder Kabel in den meisten Ländern zu empfangen ist. Einzig in den USA hat sich kein lokaler Verteiler finden lassen – welch Zufall.



Per Satellit: Bisher konnte »El-Dschasira« nur in der arabischen Welt verstanden werden. Foto: R / Cor

„El-Dschasira“ – „die Insel“, in englischer Transskription „Al-Jazeera“ – ist indirekt eine Folge des „CNN-Golfkriegs“ von 1991: CNN konnte durch die Berichte aus dem Kriegsgebiet schlagartig enorme Marktanteile erobern und auch im Nahen Osten höchste Einschaltquoten erzielen. UN-Generalsekretär Boutros Ghali nannte CNN damals „das 16. Mitglied des Sicherheitsrats“. Kein Wunder, daß ein arabisches Gegenstück gefragt war – und auf die Beine gestellt hat es 1996 der Emir von Katar.

„El-Dschasira“, das sich am Niveau der BBC orientiert, ist heute ein wohltuender Kontrast zu staatlichen und islamischen Propagandasendern zwischen Marokko und Zentralasien. Für Saddam Husseins Informationsminister war „El-Dschasira“ „amerikanische Propaganda“ – während die USA, deren Hauptquartier sich in Doha, der Hauptstadt Katars befand, das Bagdader Büro des Senders bombardierten. Vom Westen kommt der Vorwurf eines „Naheverhältnisses zu Terroristen“ und von arabischer Seite, daß man auch Israelis zu Wort kommen läßt. Und arabische Potentaten, empört über Berichte von Zensur und Dissidenten, sorgen dafür, daß Unternehmen ihrer Länder keine Werbeeinschaltungen an „El-Dschasira“ vergeben.

Mit dem neuen englischen Programm könnte „El-Dschasira“ jetzt einen wesentlichen Beitrag zur Meinungsbildung in Europa leisten.

Emir mit ungewöhnlichem Hobby

Hamad bin Chalifa, Emir von Katar, erinnert eher an aufgeklärte mitteleuropäische Autokraten des 18. Jahrhunderts als ans Klischee vom „Ölscheich“ – er wäre ohnehin mehr ein „Gasscheich“, denn Katar besitzt nach Rußland die zweitgrößten Erdgas-Reserven. Beim Aufbau von „El-Dschasira“ 1996 kam ihm zugute, daß damals ein von BBC und einer saudischen Gruppe für den arabischen Raum betriebener Sender wegen saudischer Zensur den Betrieb einstellte und so zahlreiche Spitzenkräfte verfügbar waren. Das arabische Programm hat heute allein im Nahen Osten 40 Millionen Zuschauer.



Das englische Programm ist redaktionell unabhängig vom arabischen. Auch dafür ließ der Emir groß „einkaufen“: Geschäftsführer Nigel Parsons blickt auf eine Karriere bei „Associated Press“ und BBC zurück, und zu den prominenten Moderatoren zählen Sir David Frost sowie der von CNN her bekannte Riz Khan. „El-Dschasira“ hat weltweit 60 Standorte mit Hauptbüros in Doha, Washington, London und Kuala Lumpur. In Mitteleuropa sind die Programme über Astra 19,2 Ost und Eutelsat 13 Ost zu empfangen.

MELDUNGEN

Unter 40 Prozent

Köln – Das „Institut der deutschen Wirtschaft Köln“ vermeldet, daß im Jahr 2007 die Summe der gemeinsam von Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanzierten Beitragssätze zur Sozialversicherung voraussichtlich von 41 auf 39,7 Prozent sinke. Somit sei seit 1995 erstmals wieder die 40-Prozent-Marke unterschritten. Dies liege daran, daß trotz Erhöhung der Rentenversicherungsbeitrages von 19,5 Prozent auf 19,9 Prozent und zu erwartender Anhebungen bei den Krankenversicherungen, die Senkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 Prozent auf voraussichtlich 4,2 Prozent überwiege. Doch nur kurzfristig, denn 2008 drohen wieder Erhöhungen von Kranken- und Pflegeversicherung.

Weniger Verkehrstote

Wiesbaden – Die Zahl der im Straßenverkehr tödlich Verunglückten ist seit Jahresbeginn deutlich zurückgegangen. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum sank deren Zahl in den ersten neun Monaten in der Bundesrepublik Deutschland mit 3754 Getöteten um mehr als sieben Prozent, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Auch die Zahl der Verletzten sank um etwa fünf Prozent auf rund 311 300. Insgesamt registrierte die Polizei im Zeitraum von Januar bis September bundesweit 1,63 Millionen Straßenverkehrsunfälle, rund ein Prozent weniger im Vergleich zum Vorjahr. *ddp*



Gedanken zur Zeit:

Ein Stück Patriotismus

Von WILFRIED BÖHM

Zu einem „Allerweltswort“ sei der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ geworden, stellte der frühere Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und Thüringen sowie heutige Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung Dr. Bernhard Vogel fest, als die in der Frankfurter Paulskirche ihren diesjährigen „Preis Soziale Marktwirtschaft“ an die Unternehmerin Dr. Sybill Storz aus den baden-württembergischen Tuttlingen als erste Frau verlieh. Sie leitet seit zehn Jahren erfolgreich das Unternehmen „Karl-Storz GmbH & Co KG“ für technische Geräte der Endoskopie, das sie zu einem Weltmarktführer gemacht hat.

Vogel sagte, der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ sei zwar jedermann bekannt, aber es sei mittlerweile vergessen worden, welche Inhalte diese Soziale Marktwirtschaft eigentlich habe, mit denen Ludwig Erhard den „dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus“ gewiesen habe.

Als Festrednerin erklärte Bundesforschungsministerin Annette Schavan, Soziale Marktwirtschaft gründe auf Initiative, dem Gespür für Leistung, auf Eigenverantwortung und Wettbewerb. Sie sei vor allem verbunden damit, „gewinnen zu wollen“, und nicht, sich „einzurichten“, was bedeuten würde, den status quo zu erhalten. In der Konsequenz der Wohlstandsentwicklung einer Gesellschaft dürfe nicht durch Schaffung von immer mehr Rechtsansprüchen persönliche Leistung durch Handeln des Staates auf der Grundlage solcher Rechtsansprüche ersetzt werden. Der Bürger müsse dabei die Partnerschaft und Verläßlichkeit des Staates spüren, daß dieser ihm etwas zutraue.

Der von Bernhard Vogel angesprochene „dritte Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus“ könnte zu der Interpretation verführen, daß die Soziale Marktwirtschaft so etwas wie die „goldene Mitte“ zwischen zwei sich bekämpfenden Ideologien sei. Annette Schavans Aussage wiederum unterstellt, es gebe einen grundsätzlichen Gegensatz von Staat und Bürgern auch im demokratischen Staat. Vogel und Schavan haben mit ihren Aussagen gewiß wichtige Teilaspekte der Sozialen Marktwirtschaft angesprochen, aber nicht den grundsätzlichen Ausgangspunkt des Erhardschen Denkens und daraus wachsenden Handelns nach dem Zweiten Weltkrieg. Dieser aber liegt in den geschichtlich gewachsenen Unterschieden deutscher und anglo-amerikanischer Wirtschaftsentwicklung sowie dem daraus erwachsenden Denkansätzen. Erhards Soziale Marktwirtschaft hat ihre Wurzeln in der Jahrhunderte zurückreichenden konkreten Entwicklung des „deutschen Weges“ im wirtschaftlichen Geschehen und der daraus resultierenden Volkswirtschaftslehre des 19. Jahrhunderts. Für diese waren soziale Verantwortung und Gerechtigkeit die leitenden theoretischen Grundlagen. Das Erfolgsrezept dieses „deutschen Weges“ in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg gründete wegen dieser historischen Erfahrungen in erster Linie auf Gemeinsamkeit und nicht auf individualistischer Selbstverwirklichung. Damit steht der „deutsche Weg“ im Gegensatz zu der von Rationalismus und Materialismus, Angebots- und Nachfragekurven geprägten reinen Markt- und Tauschlehre angloamerikanischer Provenienz, von der die Munition für Klassenkämpfe aller Art geliefert wurde und bis heute wird. Die Überwindung dieses Klassenkampfes aber war für Ludwig Erhard ein moralisch-politisches Anliegen, weil es langfristig erfolgreiches Wirtschaftshandeln überhaupt erst möglich macht.

Erhards Soziale Marktwirtschaft

Erhards Soziale Marktwirtschaft gibt Antwort nicht nur auf die Probleme des Marktes und der Wirtschaftslenkung, sondern auch auf die Frage der sozialen Gerechtigkeit in einer freien Gesellschaft. Erhard hat dazu festgestellt, seine Soziale Marktwirtschaft sei keine Modifikation der Marktwirtschaft, sondern Ausfluß einer spezifischen, nicht nur ökonomischen Denkweise „... für den deutschen Wiederaufbau nach all dem schaurigen Erleben von Sterben und Morden und dazu auch noch des totalen materiellen und moralischen Zusammenbruchs von geradezu schicksalhafter Bedeutung“, hat Erhard einmal bemerkt. Soziale Marktwirtschaft ist, so gesehen, nicht nur ein wirtschaftspolitischer Wegweiser, sondern hat eine gesamtpolitische Dimension, die im Patriotismus gründet und nicht übersehen werden darf.

Wie in Ketten gelegt

Mittelstand durch zu viele bürokratische Vorgaben gelähmt

Von ANSGAR LANGE

In regelmäßigen Abständen wird der Bürokratie der Kampf angesagt. In der EU soll die Wirtschaft bis 2012 um etwa 150 Milliarden Euro entlastet werden. Doch der Bürokratieabbau ist komplizierter, als es sich Otto Normalverbraucher denkt. Die jüngsten Fleischskandale haben bewiesen, daß staatliche Kontrollen nicht immer schlecht sind. Viele derjenigen, die am liebsten alle Beamten abschaffen würden, beharren dennoch auf Umwelt- und Datenschutz sowie Lebensmittelsicherheit. Bürokratieabbau heißt in letzter Konsequenz, daß auch Ämter und Behörden schließen müssen, also Arbeitsplätze verlorengehen. Gesetze und Vorschriften sind ja zunächst auch das Gegenteil von Willkür. Sie sollen Rechtssicherheit schaffen und die Gleichheit aller Bürger garantieren.

Auf der anderen Seite vernichtet der ganze „Formalkram“ Arbeitsplätze oder schreckt Menschen davon ab, ein eigenes Unternehmen zu gründen. Insbesondere für die Mittelständler ist es ein Problem, wenn sie in den Papierkrieg mit verschiedenen Behörden ziehen müssen. Für junge Existenzgründer und kleinere Betriebe wäre es ein Gewinn, wenn sie es nicht mit diversen Ansprechpartnern in der Verwaltung zu tun hätten. Außerdem arbeiten in den Ministerien, aber auch in den Verwaltungen viele Juristen, die die ökonomischen Auswirkungen von Gesetzen und Verordnungen oft nicht genügend in den Blick nehmen.

Wenn in einer Legislaturperiode auf Bundesebene 2197 Gesetze mit 46 779 Einzelvorschriften und 3131 Rechtsverordnungen mit 39 197 Einzelvorschriften in Kraft treten, dann ist etwas faul im Staate. Bürokratieabbau ist eine der wenigen kostengünstigen Maßnahmen für den Staat, Unternehmen nachhaltig zu entlasten. Verwaltungsvorschriften beispielsweise sollten eigentlich das Verwaltungshandeln erleichtern. Mittlerweile gibt es aber eine Vielzahl von Vorschriften, die für die meisten Menschen nicht mehr zu überblicken sind. Es ist deshalb sinnvoll, in Zukunft bei allen Rechts- und Verwaltungsvorschriften eine Befristung von fünf Jahren vorzusehen und zu prüfen, ob diese Vorschriften in Zukunft Bestand haben sollen. Außerdem könnten bestehende Satzungen gebündelt werden, grundsätzlich mehr mit Generalklauseln als mit vielen Detail- und Einzelfallregelungen gearbeitet werden.

Sozialversicherungen belasten mehr als Steuern

Eins der aberwitzigen Probleme beim Bürokratieabbau ist, daß dieser selbst bürokratisch abläuft und somit zwangsläufig zusätzliche Bürokratie schafft. Deregulierung bedeutet meist nur Umregulierung. In gewisser Weise versucht man also, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben. Und Bürokratieabbau läuft keineswegs durch den Austausch von Bürokraten durch Unternehmer besser. Das hat bereits 1944 der Volkswirtschaftler Ludwig von Mises in seinem Klassiker „Die Bürokratie“ gezeigt: „Die Unternehmer-Eigenschaft haftet der Persönlichkeit des Unternehmers nicht an; sie ist ihm eigen in der Stellung, die er in der Marktgesellschaft einnimmt. Ein früherer Unternehmer, der jetzt ein Staatsamt bekleidet, ist in dieser Eigenschaft kein Unternehmer mehr, sondern ein Bürokrat.“

Der Mittelstand ist der Motor unserer Wirtschaft. Es sollte daher zu denken geben, daß gegenüber 1994 der Anteil der Unternehmen, die die Belastung durch Bürokratie als hoch beziehungsweise sehr hoch bezeichnen, von 47 Prozent auf 79 Prozent (2003) zugenommen hat. Das „Bonner Institut für Mittelstandsforschung“ (IfM) hat errechnet, daß der finanzielle Aufwand als Folge bürokratischer Belastungen für Kleinunternehmer mit ein bis neun Beschäftigten 4361 Euro je Beschäftigten beträgt. 1994 lag der Betrag noch bei 3496 Euro. In einem Betrieb solcher Größenordnung arbeitet jede Person durchschnittlich jährlich fast 64 Stunden für die Erledigung bürokratiebedingter Aufgaben, bei Unternehmen mit 500 und mehr Beschäftigten 5,6 Stunden. 46 Milliarden Euro kostet die Bürokratie pro Jahr – davon haben die Mittelständler 84 Prozent zu verkraften. Entgegen allen hehren Vorsätzen: Nominal sind die Bürokratiekosten der Wirtschaft in den Jahren zwischen 1994 und 2003 um rund 50 Prozent angestiegen.

Interessant ist auch, daß die meisten Unternehmen laut IfM gar nicht so sehr über die Belastungszunahme bei Steuern, Statistikpflichten oder im Umweltschutzbereich klagen. Der Löwenanteil entfällt auf die Sozialversicherungen, gefolgt von den Bereichen Arbeitsrecht und -schutz. Kein Wunder, daß wir weiterhin ein Riesenheer von Arbeitslosen haben!

Politisch inkorrekt

Der hochdekorierte Jagdflieger Major Walter Nowotny, der am 8. November 1944 abgeschossen wurde, erhielt damals ein Ehrengrab auf dem Wiener Zentralfriedhof. Vor drei Jahren aber wurde ihm dieses durch einen Beschluß der rot-grünen Mehrheit im Wiener Gemeinderat aberkannt. Zur strafweisen Exhumierung des „Nazi-Piloten“ (so die gutmenschliche Bezeichnung) kam es letztlich nicht, doch bedeutete es immerhin, daß die nur für Ehrengräber und Gräber der israelitischen Abteilung geltende Gebührenbefreiung ab sofort entfiel. Und es bedeutete auch, daß das Grab seither Vandalenakten ausgesetzt ist.

Zu Erhalt und Pflege des Grabes konstituierte sich ein FPÖ-naher Trägerverein, der an einem Sonntag im November eine Gedenkveranstaltung am Grab abhält. Schon nach der Feier im Vorjahr war es zum Eklat gekommen: Brigadier Seledec, Chefredakteur des ORF, der die Gedenkrede hielt, wurde dafür prompt vom Dienst suspendiert – die FPÖ war da nicht mehr Koalitionspartner der ÖVP. Nach gerichtlicher Anfechtung mußte die Suspendierung allerdings wieder zurückgenommen werden.

Professor gedenkt gefallenen Piloten

Auch die diesjährige Gedenkfeier hatte Folgen: Redner war der emeritierte Universitätsprofessor Pendl, ein renommierter Mediziner, der auch Mitglied des Aufsichtsrats der Medizinischen Universität Wien ist. Er bezeichnete es angesichts der „Gutmenschen, die auch die Toten nicht in Ruhe lassen“, als Pflicht aufzuzeigen, „daß es in diesen deutschen Landen doch noch ein Fähnlein gibt, das unsere unschuldigen Soldaten und ihren furchtbaren Tod nicht vergessen oder herabwürdigen will“. (Noch-)Bildungsministerin Gehrer (ÖVP) zeigte sich über die Rede empört, da die Äußerungen dazu angetan seien, „den Ruf der medizinischen Universität zu schädigen“, und kündigte die Abberufung Pendls an. Ob es tatsächlich dazu kommt, ist noch offen. *RGK*

Furcht vor dem wilden Bären

Die Albträume der Europäer und russische Interessen zwischen der Nato, China und dem Islam

Von M. Rosenthal-Kappi

Der mächtige Drang des russischen Staatskonzerns „Gasprom“ auf den europäischen Energiemarkt bereitet den Verantwortlichen immer wieder Kopfzerbrechen. Denn „Gasprom“ beschränkt sich nicht auf die für den Westen so wichtige Belieferung mit dem Rohstoff Gas, sondern versucht gezielt, sein Monopol an den Pipelines durch Zukäufe auszuweiten.

„Die Europäer lieben zwar die russische Kultur, aber sie haben von dem Land als Ganzes die Vorstellung von einem wilden Bären, der am Gashahn dreht“, sagte ein serbischer Diplomat gegenüber der Journalistin Julia Nesterowa (Nachrichtenagentur „Rosbalt“ in London), die Spezialisten befragt und Artikel über „Gasprom“ in verschiedenen europäischen Presseorganen ausgewertet hat.

Nach ihren Erkenntnissen fürchten die Europäer vor allem eine zu große Abhängigkeit von russischer Energie aufgrund des Vorgehens gegen die Ukraine am Neujahrstag. Seitdem gebe es Bestrebungen, „Gasprom“ das Monopol über die Leitungen streitig zu machen, dem Konzern den Zugang zum europäischen Markt zu versagen sowie die Abhängigkeit von russischem Gas zu mindern.

Rußland habe zwar 1994 mit der EU einer Energiecharta zugestimmt, sie jedoch bis heute nicht ratifiziert. Präsident Putin sprach zuletzt in Sotschi davon, eine „für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit“ anzustreben. Immer wieder versicherte er, Rußland werde Energielieferungsverträge mit dem Westen als zuverlässiger Partner einhalten. Putins Politik, die immer mehr autokratische Züge annimmt, hat im Westen an Glaubwürdigkeit eingebüßt. Man befürchtet, sich mit der Öffnung des europäischen Marktes mit dem Kapital eine Politik in die Gemeinschaft zu holen, die vom Kreml gesteuert wird.

Diese Haltung stößt bei Russen auf Unverständnis. „Gasprom“ liefert 67 Prozent seines Exports in europäische Staaten. Daß der größte Energiekonzern dem Staat unterstellt ist und dessen Chef Alexej Miller dem Präsidenten nahesteht, sei nichts Außergewöhnliches, so Julia Nesterowa. Auch im Westen gebe es staatliche Energieversorger. Staatliche Konzerne kontrollierten sogar weltweit 90 Prozent der bekannten Ressourcen. Rußland mache nur das, was alle machen.

Für ein Land wie Deutschland gebe es in naher Zukunft keine ernstzunehmenden Alternativen zum russischen Gas. Im Gegensatz zu Frankreich, wo Gas aus Algerien importiert und stark in die Atomenergie investiert wird.

Julia Nesterowa zufolge leide vor allem Deutschland nicht an einer Abhängigkeit von russischem Gas, sondern profitiere sogar gemeinsam mit „Gasprom“ von dem Bau der geplanten Ostsee-Pipeline.

Eine einheitliche europäische Position läßt sich nach Meinung der befragten Experten nicht erkennen. Zudem seien die Möglichkeiten der EU, Druck auf Rußland auszuüben, äußerst begrenzt. Gegenwärtig werde die EU sich eher nach den Regeln Moskaus richten. Vielleicht werde jedes Land eigene bilaterale Beziehungen zu Rußland aufbauen. Eines jedoch stehe außer Zweifel: Es gebe keinen Weg an Rußland vorbei. Es ist ein Land mit kolossalen Reserven an Öl, Gas und Bodenschätzen. Kein anderes Land hat solch ein Potential zu bieten. Abhängigkeit besteht bereits auf beiden Seiten: Europa benötigt Energie, Rußland braucht Absatzgarantien. Wenn die Europäer zuviel Druck auf Rußland ausüben, könnte der Kreml Gas tatsächlich als politische Waffe mißbrauchen.

Zu ähnlichen Betrachtungen kommt Peter Scholl-Latour in seinem neuen Buch „Rußland im Zangengriff“ (Propyläen Verlag, 425 Seiten, geb., 24,90 Euro). Scholl-Latour verteidigt Putin als Staatsmann, der im Westen als Autokrat verurteilt wird, jedoch nur russische Interessen gegen das Vordringen der Nato und den Druck islamistischer Separatisten vertritt. Es sei nicht verwunderlich, daß sich die russischen Beziehungen zu Nato und EU nach deren Osterweiterung abgekühlt haben, hatte doch nach der deutschen Wiedervereinigung die atlantische Allinanz sowohl Gorbatschow als auch Jelzin versprochen, ihren Bündnisbereich nicht bis zu den Grenzen der ehemaligen Sowjetunion voranzutreiben.

Die brutale Unterdrückung der Tschetschenen erklärt der Autor mit Putins Befürchtung, der ethnische und islamistische Aufstand könne auf sämtliche autonome Republiken des Nordkaukasus übergreifen. In Rußland leben 20 Millionen turkstämmige Muslime bei gleichzeitigem Bevölkerungsrückgang des russischen Staatsvolkes um 800000 Menschen jährlich. Im Westen drängen Nato und EU an die Grenzen Rußlands, in Fernost sind die dünnbesiedelten sibirischen Weiten dem Bevölkerungsdruck und Wirtschaftsboom Chinas ausgesetzt. Hier vermutet Scholl-Latour einen kommenden Krisenherd, der unvermeidlich extrem nationalistische Reaktionen hervorrufen wird. Dabei geht das Schicksal der einstigen Supermacht Rußland Deutschland und Europa unmittelbar etwas an.

Für Deutschland sieht Scholl-Latour nur zwei Möglichkeiten: Entweder man entscheidet sich für eine vielversprechende ökonomische Partnerschaft oder für einen neuen Kalten Krieg. Auf jeden Fall müsse Deutschland, entweder mit oder ohne europäische Unterstützung eine souveräne Außenpolitik und Strategie gegenüber Rußland entwickeln.

Zieht man allerdings in Betracht, daß der Kreml Gegner durch seinen Staatssicherheitsdienstes FSB mittels krimineller Methoden ausschalten läßt, ist die Sorge der Europäer begründet. Der Giftanschlag auf den im Londoner Exil lebenden Ex-KGB-Agenten Alexander Litwinenko, beweist, daß der FSB seine Tätigkeit bereits auf Europa ausgeweitet hat. Litwinenko wollte den Mord an der russischen Journalistin Anna Politkowskaja, mit der er befreundet war, aufklären.



Trauma: „Gasprom“ könnte europäischen Partnern den Gashahn zudrehen. Foto: eastway

Schatten aus der Vorwendezeit

Immer mehr rumänische Politiker im Zwielicht – Bulgarien in Aufarbeitung zurück

Von Ernst Kulcsar

Der November war kein guter Monat für die rumänische Politik. Es wird immer klarer, daß die Freigabe der persönlichen „Securitate“-Akten, dem rumänischen Pendant zur DDR-Staatssicherheit, durch den 1999 gegründeten „Nationalrat für das Studium der Securitate-Akten“ (CNSAS) politischen Sprengstoff birgt. 60 Mandatsträger sollen Mitarbeiter der „Securitate“ gewesen sein, die vorläufig letzte in der langen Reihe ist die Senatorin Rodica Stanoiu, die sich mit Händen und Füßen gegen die Anschuldigungen wehrt und beanstandet, daß der CNSAS keiner parlamentarischen Kontrollinstanz unterstellt sei. Vor kurzem gab es dann den Paukenschlag: Der ehemaligen „Securitate“-Offizier Liviu Turcu veröffentlichte in der Tageszeitung „Jurnal national“ eine Liste mit den Namen hochrangiger Politiker, die für die „Securitate“ tätig gewesen sein sollen. Vielen Lesern muß wohl der Kinnladen heruntergeklappt sein, als sie erfuhren, daß die Ex-Premiers Adrian Nastase und Radu Vasile, Spitzenpolitiker wie Teodor Melescanu, Viorel Hrebenciuc und Vasile Voican Voiculescu für die „Securitate“ gearbeitet hätten. Liviu Turcu war es auch, der die Gerüchte um eine mögliche „Securitate“-Tätigkeit des für Rumänien als EU-Kommissar vorgesehenen Varujan Vosganian ausgelöst hatte, der danach seine Kandidatur zurückzog. Zwar liegt der CNSAS keine Akte über Varujan Vosganian vor, aber eine fehlende Akte ist noch kein Persilschein.

Große Hetzjagd und Denunziationen

Keinen Persilschein gab es auch für die populäre Kulturministerin Mona Musca, eine der ersten Top-Politiker, die es erwischte. Sie verkündete sofort ihren Rücktritt.

Die Gauck-Behörde und der CNSAS verfolgen zwar das gleiche Ziel, aber sie unterscheiden sich in Art und Tempo ihrer Arbeit. Die Gauck-Behörde zählt bisher rund zwei Millionen Akten-Einsichten, zum Zeitpunkt der Veröffentlichung haben in Rumänien rund 6000 Personen Einsicht in ihre Akte angefordert, und nur ein Bruchteil davon hat sie auch erhalten.

Die Meinungen der Leser in Rumänien sind gespalten, wenn es um die Akten geht. Sie sind aufgerufen, unter Decknamen Stellung in den Publikationen zu nehmen. „Mich wundert, daß keiner der von Herrn Turcu Beschuldigten gerichtliche Schritte unternommen hat“, heißt es da beispielsweise. Seltsamerweise richten sich die meisten Angriffe aber gegen den Nationalrat: „Verlaß dich nicht auf die umgekehrte Logik dieser Parasiten vom CNSAS! Dort haben nur Zuträger und Verräter von gewissem Niveau Zugang.“ Auch die USA werden ins Spiel einbezogen.

Todesfall läßt die Gerüchteküche brodeln

Nun kommen auch auf Bulgarien ähnliche Zeiten zu, und zwar gleich mit einem Hammer: Kurz bevor Bulgarien seine diesbezüglichen Geheimakten öffentlich zugänglich machen will, ist der Leiter der Geheimarchive Bozdihar Doychen tot in seinem Amtsbüro aufgefunden worden.

Es war vermutlich Selbstmord. Schon wird der Tod des Beamten mit der umstrittenen Veröffentlichung in Zusammenhang gebracht. Bis 2001 existierte in Bulgarien die sogenannte Kommission „Andreev“, die mit der Öffnung der Archive beauftragt war. Sie wurde aufgelöst und durch die „Staatliche Kommission für die Sicherheit der Information“ ersetzt. Doch auch diese vollzog nicht die vollständige und uneingeschränkte Öffnung der Archive. Grund dafür ist, daß sich die Politiker nicht einig waren und es immer wieder aufschoben.

Seit einigen Monaten ist die Diskussion wieder entfacht. Die Politiker sind sich nun einig, ein Gesetz zu verabschieden, das die völlige Öffnung gewährleistet. Die treibende Kraft sind Medienvertreter und Oppositionspolitiker.

Die ganze Diskussion läßt die bulgarische Gesellschaft allerdings ziemlich ungerührt. 16 Jahre nach der Wende drängen die Bulgaren die Sorgen des Alltags und der Zukunft mehr als die vollständige Öffnung der Archive aus kommunistischer Zeit.

Rehabilitiert

Polen spricht deutschen Opfern Recht zu

Von Joachim Görlich

Anstandslos befaßt sich Polens „Institut für Nationales Gedenken“ (IPN), das polnische Pendant zur deutschen Birthler-Behörde, jedoch mit eigenen Staatsanwälten, auch mit an Deutschen von Polen begangenen Verbrechen und stellt den Verfolgten entsprechende Bescheinigungen aus. Wobei zu erwähnen ist, daß etwa 80 Prozent der Geheimdienstakten „verlorengingen“, sprich von den Kommunisten und Postkommunisten vernichtet wurden. Betroffene werden von Polens Innenministerium oder Generalstaatsanwaltschaft darauf hingewiesen, sich bei den zuständigen Woiwodschafts- oder Regionalgerichten um Rehabilitierung oder gar um Haftentschädigung zu bemühen.

Doch leider sind das für Deutsche meist leere Worte, denn bei den zuständigen Woiwodschafts- oder Regionalgerichten werden sie aufgefordert, möglichst viel Beweismaterial vorzulegen. Die IPN-Bescheinigung allein nützt nichts. Manchen gelang es zwar, bei Aussiedlung oder Flucht stets unter großer Gefahr Gerichtsurteile oder gar Urteilsbegründungen hinauszuschmuggeln, doch auch dann kommt stets die stereotype Antwort, ohne Anrede und grußlos, was in Polen völlig unüblich ist: Die Akten seien verschwunden beziehungsweise das eingeschickte Material nicht brauchbar. Und wo es keine Beweise gibt, da kann es auch keine gerichtliche Rehabilitierung geben. Solches wird vor allem in den Woiwodschaften Oppeln und Kattowitz praktiziert.

So geschah es zum Beispiel einem bekannten ehemaligen Präsiden eines „Revolutionskomitees“ des „Polnischen Oktobers 1956“, der dafür zuerst mit seiner polnischen Frau sofort aus dem Staatsdienst entlassen wurde. Seine Frau wurde in einer öffentlichen Gerichtsverhandlung gegen ihn Ende 1958 der „Rassenschande“ bezichtigt und sollte (vergeblich) zur Scheidung mit „dem Sauschwaben“ gezwungen werden.

Einem polnischen Musikprofessor, der sich mit seiner deutschen Frau nach Deutschland absetzte und hier deutscher Staatsbürger wurde, wurde von einer Kattowitzer Richterin unter vier Augen am Rande des Gerichtssaales beschieden, daß er für seine langjährige Haft nicht entschädigt werde, da er nun ja Deutscher sei.

Frankreichs neue Marianne

Die linke Präsidentschaftskandidatin Ségolène Royal erobert die Herzen

Von Jean-Paul Picaper

Wird der nächste französische Staatspräsident nach Jacques Chirac eine Frau sein? Die von der Sozialistischen Partei (PS) als Präsidentschaftskandidatin gekürte Ségolène Royal könnte in den zwei Urnengängen am 22. April und am 6. Mai 2007 gegenüber ihrem neogaullistisch-liberalen Gegner Nicolas Sarkozy durch einen Doppeleffekt begünstigt werden: der „Merkel-Effekt“, weil sie die erste Frau ist, die das höchste Staatsamt beansprucht, und der „Blair-Effekt“, weil sie als Linke die Karten ihrer konservativen Gegner ausspielen wird.

Nach der Kandidatenkür innerhalb der PS am 16. November sah es aus, als wäre das Endziel vom 6. Mai 2007 bereits erreicht worden. Mit einem breiten Lächeln und sichtlich vor Glück strahlend nahm die Kandidatin das Abstimmungsergebnis der Vorwahlen in den Reihen ihrer eigenen Partei entgegen, das sie nach der internen Debatte zur Siegerin über ihre beiden innerparteilichen Kontrahenten und zur Repräsentantin der Linken im Kampf um die Präsidentschaft machte.

Die politische Inszenierung war perfekt. Freilich, ihre internen Kontrahenten Strauss-Kahn und Fabius haben ihre Vorstellung von Sozialismus aus innerer Überzeugung verteidigt. Dennoch haben sie, wissend, daß sie gegen die Frau nicht gewinnen würden, den Drahtziehern in die Hände gespielt. Jedenfalls entstand damit der Eindruck, daß es in der PS echte Debatten gibt, obwohl die drei Rivalen öfter aneinander vorbei als miteinander diskutierten. Darüber hinaus denken jetzt die PS-Mitglieder, daß sie stellvertretend für alle Franzosen Madame Royal gewählt hatten. Es spricht schon einiges dafür, weil „die Royal“ bei den Franzosen laut letzter Umfrage mit 51 Prozent vor Sarkozy führt, der ihr mit 49 Prozent folgt. Aber es spricht auch einiges dagegen, weil der rechte Gegenkandidat trotz des Medienrummels zugunsten von Ségolène ihr auf den Fersen ist, und weil 51 Prozent Wahlabsichten für die linke Dame von ihrem deutlich über 60 Prozent liegenden innerparteilichen Ergebnis noch weit entfernt sind.



Ihre warmherzige Ausstrahlung paßt perfekt: Die Mutter von vier Kindern scheint voller Mitgefühl. Foto: pa

Doch die Medien sind auf ihrer Seite. Mit Notizblöcken und Kameras ausgerüstet erfuhren die internationalen Frankreich-Korrespondenten Royals bombastisches Ergebnis, sahen ihr engelhaftes Lächeln, hörten ihre warme, mütterliche Stimme. Das Drehbuch war vom PS-Vorsitzenden, Ségolènes Lebensgefährten François Hollande, und von einigen PS-Funktionären aus dessen Umkreis, geschrieben worden. Über mehrere Wochen und immer wieder als ein „Event“ angekündigt, hatte die mit eindrucksvollem Aufwand organisierte und übertragene innerparteiliche Debatte der drei PS-Matadore das ganze Land in Atem gehalten. Der Vorsitzende der neogaullistischen Partei (UMP), Sarkozy, geriet total in Vergessenheit. Die PS besetzte die ganze politische Bühne und die erste Seite der Zeitungen. „Ségolène“ erschien minutenlang in den Nachrichtensendungen. Ein Mitglied der heutigen Regierung hat sie in Anspielung auf Dumas Roman „Die Kameliendame“ die „Kameradame“ genannt.

Frau Royal hat es geschafft, eine nicht nur charismatische, sondern auch messianische Figur abzugeben. Teile ihrer Sprache gehören in das Register der Offenbarung. Mehrmals hat sie gesagt: „je suis habitée ...“ (in mir wohnt ...), sie spricht von einer „starken Erregung“, von einem „großen Glück“. Sie will mit den Wählern „den Berg erklimmen“. Ihre Ankündigung der „gerechten Ordnung“, die nach ihrer Wahl in Frankreich herrschen wird, stammt vom heiligen Augustinus. Anders als die Linken, deren Sprache bisher auf Konflikt ausgerichtet war, schmückt sie sich wie die Konservativen, und wie die Kirchen, mit Harmonie. Es heißt, sie habe die PS bereits weitgehend geeint, die seit der Niederlage ihres Chefs Lionel Jospin im ersten Wahlgang der Präsidentenwahl am 21. April 2002 tief zerstritten war. Sie werde Frieden ins Land, insbesondere in die meuternden Ghettovorstädte, bringen, indem sie „den Bürgern zuhört“ und der „kollektiven Klugheit der Menschen Rechnung trägt“. Sie sei die Retterin, der Friedensengel.

Hinzu kommt, daß sie sich mit einem Opfergewand umhüllt hat. Mitgefühl für schwache, gedemütigte Frauen ist derzeit (schon zu recht) im Trend. Die beiden „bösen“ Männer ihrer Partei, die ihr die Rolle der Präsidentschaftskandidatin streitig gemacht hatten, hätten sie „verletzt“, „gekränkt“, ließ sie wissen. Sie hat sie beide öffentlich des „Machismos“ beziehungsweise „Sexismus“ bezichtigt. Damit wird sie Frauen um sich scharen, die sonst, anders als manche Männer, gegen ihren Charme und ihre forsche Jugendhaftigkeit immun gewesen wären. Ist sie die Johanna von Orléans oder Marianne, die Frauengestalt, die die Republik verkörpert, wenn ihre schlanke Gestalt vorzugsweise in weißem Kleid daher schreitet?

Das Symbol hat eine Doppelfunktion. Die Marianne ist die holde, junge Heldin der Fahnen schwingenden Revolution, aber auch die Mutterfigur, die besänftigt und schützt. Ihr Alter, 53 Jahre, und ihr Aussehen erlauben Frau Royal beides zu sein. Die Mutter von vier Kindern hatte ihre Aufenthalte in der Entbindungsklinik medialisiert, insbesondere von der Illustrierten „Paris-Match“ fotografieren lassen. Sie spielt jetzt die verdiente Mutter des Volkes, die ihren Kindern zuhört, sie vor Gefahren schützt, Menschenwärme und Suppe verteilt. Einige beaufsichtigt und bestraft sie wenn nötig.

So schlug sie vor, jugendliche Delinquenten in geschlossene Anstalten mit militärischer Führung einzusperren und die Sitzungen des Ministerrates von Gremien aus Bürgern und Bürgerinnen beaufsichtigen zu lassen. Beides hat, das eine links und das andere rechts, Kritik hervorgerufen. Sie wirft ab und zu mit solchen „neuen“ Ideen um sich herum. Sie bezeichnet die Sorgen der Bürger, die in Umfragen dominieren, als ihre künftigen Arbeitsfelder. Sie hat es bisher geschafft, sich um ein Programm zu drücken. Sie ist fürs Zuhören, aber ihre Entscheidungen hat sie immer allein getroffen und in ihrer unmittelbaren Umgebung gilt sie als autoritär, diese Tochter eines Obersten der französischen Armee und Schwester eines Geheimdienstoffiziers, der an einem Anschlag gegen Umweltschützer beteiligt war. Sie zieht die Fäden. Eines ist ihr sicher: Jacques Chirac und Dominique de Villepin werden alles tun, damit Nicolas Sarkozy, den sie loswerden wollen, den zweiten Wahlgang nicht erreicht. Da hätte er nämlich eine dünne Chance, die Royal zu besiegen, denn der erste Urnengang bezieht sich auf das Image, der zweite auf Ideen und Programme der Kandidaten.

MELDUNGEN

Mord an Islam-Predigern

Islamabad – Fanatische Islamisten rechnen derzeit in Pakistan mit muslimischen Geistlichen ab. Erst vergangenes Wochenende wurde ein muslimischer Prediger mit zwei Kopfschüssen und einem Zettel an seiner Leiche entdeckt, auf dem stand, daß man ihn wegen angeblicher Spionage für die US-Truppen in Afghanistan getötet habe. Seit September sind insgesamt nahe der Grenze zu Afghanistan vier islamische Geistliche wegen Spionagevorwürfen exekutiert worden.

Doch eine Große Koalition?

Wien – Das SPÖ-Ultimatum an die ÖVP, wieder an den Verhandlungstisch zurückzukehren, kam aus einer vermeintlichen Position der Stärke: Einerseits schien sich die Öffentlichkeit fast schon mit der Aussicht auf eine SPÖ-Minderheitsregierung abgefunden zu haben. Andererseits hatte die KPÖ eine Wahlanfechtung angedeutet, die Entscheidung aber erst für einen Tag vor Ablauf der Einspruchsfrist angekündigt. Und von dieser Wahlanfechtung konnte sich die SPÖ eine Neuverteilung der sieben BZÖ-Mandate erhoffen, womit sich auch ohne Neuwahlen eine rot-grüne Parlamentsmehrheit ergeben hätte. Ob es Kontakte mit der KPÖ gegeben hat? Plausibel wäre es, bewiesen ist es nicht.

Die ÖVP mußte befürchten, daß ihr die Felle davonschwimmen, und wurde wieder verhandlungsbereit. Aber auch die SPÖ zeigt sich zahmer: Denn die KPÖ ficht die Wahlen zwar an – allerdings nicht wegen der BZÖ-Mandate, was erfolgversprechend gewesen wäre, sondern wegen der Vier-Prozent-Klausel, die Kleinparteien benachteiligt. Diese Begründung wird der Verfassungsgerichtshof aber ziemlich sicher zurückweisen. Und so läuft wieder alles Richtung Große Koalition. Die SPÖ schaltet bei den Untersuchungsausschüssen über den „Eurofighter“-Kauf und die Bankenaufsicht auf Kuschelkurs und zeigt sich sogar bereit, der ÖVP das begehrte Finanzministerium zu überlassen. *RGK*

»Das Schlimmste steht uns noch bevor«

Bundeswehr im November aus dem Kongo zurück? Während Kabila sich als Wahlsieger feiert, rumort es um den Verlierer Bemba

Von Jörg Schmitz

Nimmt Verlierer Bemba seine Niederlage nicht hin, droht in der Mitte Afrikas ein neuer Krieg. Doch selbst wenn es zunächst friedlich bleiben sollte: Ohne den Beistand der Europäer, Amerikaner und der UN scheitert der Aufbau des Landes – und der Kongo fällt zurück in Chaos und Gewalt.

Ungeachtet zahlreicher internationaler Appelle akzeptiert der Wahlverlierer Jean-Pierre Bemba das Ergebnis der Präsidentschaftswahl im Kongo nicht. „Ich kann das Ergebnis nicht anerkennen, da es die Wahrheit ... nicht widerspiegelt“, hieß es in der in Kinshasa verbreiteten Erklärung. Bemba nannte als Grund, daß die unabhängige Wahlkommission nur auf zwei seiner sechs Beschwerden wegen angeblichen Wahlbetrugs geantwortet habe. Außerdem kritisierte er, daß er das Ergebnis nicht wie geplant zuvor mitgeteilt bekommen, sondern wie alle anderen aus dem Fernsehen erfahren habe.

Jean-Pierre Bemba hat immer beteuert, er sei ein guter Demokrat. Nun muß der frühere Kriegsfürst im Kongo beweisen, daß er auch ein guter Verlierer ist. Denn nach Angaben der unabhängigen Wahlkommission wurde Präsident Joseph Kabila mit 58 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt. Der Präsident der Wahlkommission hatte bei der Bekanntgabe des Ergebnisses betont, daß alle Einsprüche geklärt seien.

Das vorläufige amtliche Endergebnis muß noch vom Obersten Gericht bestätigt werden. Die Amtseinführung des neuen Präsidenten ist für den 10. Dezember geplant.

> Bemba hörte das Ergebnis angeblich erst im Fernsehen

Trotz erster Schußwechsel zwischen Polizisten und Bemba-Anhängern hat das deutsche Verteidigungsministerium bereits angekündigt, die deutschen Soldaten ab Ende November wieder auszufliegen.

Doch viele Beobachter fragen sich, ob Kabila überhaupt die Autorität hat, das Land zu einen. Im Osten sind noch immer Rebellengruppen aktiv, einige Kriegsherren befehligen größere Privatarmeen. Milizen und Regierungseinheiten liefern sich immer wieder neue Gefechte. Die Infrastruktur in dem riesigen Land von der dreifachen Größe Frankreichs wurde seit Jahren vernachlässigt, und die Bevölkerung gehört zahlreichen verschiedenen Volksgruppen an, die unterschiedliche Sprachen sprechen. Eine der größten Herausforderungen für den neuen Präsidenten wird es daher sein, die Autorität der Zentralmacht auch in entlegenen Provinzen durchzusetzen.

Es steht sehr viel auf dem Spiel im Kongo. Wenn sich Bemba aber von seinen Anhängern zum Wahlsieger erklären läßt, so kann dies nur bedeuten, daß er Unruhe stiften will. Seine Anhänger schreien, daß sie betrogen worden seien. Und daß sie sich nun nicht mehr gebunden fühlten an die Spielregeln, die sie vor der Wahl hingenommen hatten. Erwägt Bemba, in die alte Rolle des Kriegers zu schlüpfen, um auf anderem Wege Macht, Einfluß und Geld zu erringen? Im schlimmsten Fall kann er seinen Rivalen Kabila so sehr reizen, daß der seine Präsidentengarde losjagt. Dann müssen die Blauhelme und die Eufor-Truppe eingreifen. Niemand kann darauf vertrauen, daß sie auch die Kraft besitzen, die Flammen wieder auszutreten.

EU-Chefdiplomat Javier Solana appellierte dementsprechend an Kabila und Bemba, „sich zusammenzutun und ohne Zeitverzögerung dazu beizutragen, die Demokratische Republik Kongo und ihr Volk wieder auf einen Weg zum Wohlstand zu bringen“. Die EU sei zur Hilfe bei der „ungeheuren Aufgabe“ des Wiederaufbaus bereit. Bemba sei auf Grund seines guten Abschneidens „einer der unumgänglichen politischen Akteure für die Zukunft des Kongos“.

Und Präsident Kabila? Der hatte kurz am 21. und 22. August sein wahres Gesicht gezeigt: 14 Botschafter, darunter der deutsche Missionsleiter Reinhard Buchholz, hatten sich in der Villa des Gegenkandidaten Jean-Pierre Bemba eingefunden, der im ersten Wahlgang landesweit gut abgeschnitten hatte. Plötzlich fing es draußen an zu krachen. Die Diplomaten mußten sich zu Boden werfen und in den Keller flüchten, während schwere Geschosse die Residenz trafen. Stundenlang schoß Kabilas Präsidentengarde mit Schützenpanzern, leichter Artillerie und Maschinengewehren auf das Haus. Die Absicht war klar: Bemba sollte ermordet werden.

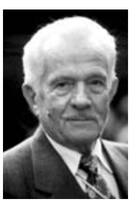
> Beide Konkurrenten schrecken nicht vor Gewalt zurück

Zur Rede gestellt, stritt Kabila alle Vorwürfe ab. Bembas Leute hätten den Kampf begonnen, um die Wahl zu torpedieren, seine Garde habe lediglich ihre Pflicht erfüllt und das Feuer erwidert. Die Diplomaten wußten es besser: Ohne ihre Präsenz, von der die Angreifer offenbar zunächst nichts geahnt hatten, wäre der Kontrahent an jenem Tag gestorben. Als Botschafter Buchholz später undiplomatisch verdeutlichte, daß man solche Aktionen keinesfalls dulden würde, ließ die Antwort des Präsidenten Kabila nicht lange auf sich warten: Erst weigerte er sich, den zum Truppenbesuch nach Kinshasa gereisten Bundesverteidigungsminister Jung in seinem Palast zu empfangen, dann mußte, Anfang November, der deutsche Botschafter abrupt seine Zelte in Kinshasa abbrechen.

Auch ist bekannt, daß Kabilas Mann fürs Grobe, der langjährige Kölner Geschäftsmann und „General“ François Olenga, unmittelbar vor dem ersten Wahlgang eine Lieferung Panzer für die Präsidentengarde besorgt hatte. Doch bei der Eufor-Truppe zuckte man nur mit den Schultern.

Kabila selber scheint sich auch nach der Wahl nicht allzu sicher zu fühlen. Immer wieder gibt er dumpfe Warnungen von sich wie kürzlich im staatlichen Fernsehen: „Das Schlimmste steht uns noch bevor.“

»Moment mal!«



Meine Freunde die Meckerer

Von Klaus Rainer Röhl

Ich habe einen Freund, der ständig meckert. Wenn er mit dem Auto unterwegs ist, hat er sein Beschwerdebüchlein stets rechts neben sich, um die Nummern der Überholsünder zu notieren. Wenigstens für sich. Da murmelt er die Verwünschungen nur vor sich hin. Wenn einer dabei ist, meckert er laut: „Der fährt doch viel zu schnell. Immer auf der Überholspur. Hier ist 100 vorgeschrieben. 100 und nicht 140. Peng! Jetzt überholt er doch rechts. Nun reicht's mir aber. Den müßte man mal."

Mein Freund schreibt ununterbrochen Leserbriefe an die Lokalzeitung. Wie sollen die Pendler die Benzinpreiserhöhung verkraften, wenn es im ganzen Ort keinen Busanschluß gibt? Und die neuen Straßenschilder an der Ausfahrt Erkelenz-Süd sind doch die reine Verarschung. Was heißt hier Süd? Es gibt doch gar keine Ausfahrt Erkelenz-Nord.

Wenn meine Freundin im Supermarkt einkaufen geht, kontrolliert sie als erstes die Verfallsdaten auf den Packungen. Absichtlich ganz klein gedruckt. Oder nur kaum sichtbar, eingepreßt auf der Rückseite. Na, was sag ich? Morgen abgelaufen, das wird aber Zeit. Und die Angaben über die Zusatzstoffe. Meine Güte, da ist ja' ne ganze Chemiefabrik drin in einem einzigen Kartoffelsalat. Ohne Konservierungsmittel? Das kann gar nicht sein, da wäre der Salat ja längst verschimmelt. Das schreiben sie nur so drauf. Wie „Öko!"

Wenn mein Freund die Stadtbibliothek, das Schwimmbad, das Krankenhaus betritt, hat er die Benutzerordnung fest im Blick: „Das geht nicht, mein Lieber. Das kann ich Ihnen nachweisen, das dürfen Sie überhaupt nicht, so geht das nun nicht! Interessiert Sie wohl nicht, klar, Sie sind ja unkündbar!"

»Das dürfen Sie überhaupt nicht!«

Eine Freundin schreibt Briefe an die zuständigen Minister der Länder, die sie bereist. Wenn sie in Griechenland war, schreibt sie an das Tourismus-Ministerium, daß das Denkmal für die bayrischen Soldaten in Navplion von 1847 ganz mit Unkraut überwachsen ist und was das für einen Eindruck auf die deutschen Touristen machen soll, besonders auf die Bayern. Wenn sie in Südafrika war, bekommt die Gesundheitsministerin Post von meiner Freundin, was sie dagegen zu tun gedenkt, daß in vielen Schulen schon die zehnjährigen Mädchen aidskrank sind und viele Dörfer bereits nur noch aus alten Leuten bestehen. In Korsika macht sie den Behörden Vorwürfe, daß der Nacktbadestrand allmählich von Algen überwuchert wird, an der Adria-Küste, bekommt die italienische Regierung zu lesen, breiten sich blutrote Felder von gefährlichen Feuerquallen aus, die jedes Baden zur Qual machen, immer Ende August, wenn die italienische Urlaubssaison zu Ende ist. Dann werden die Flüsse ungefiltert in die Adria eingeleitet, mutmaßt meine Freundin.



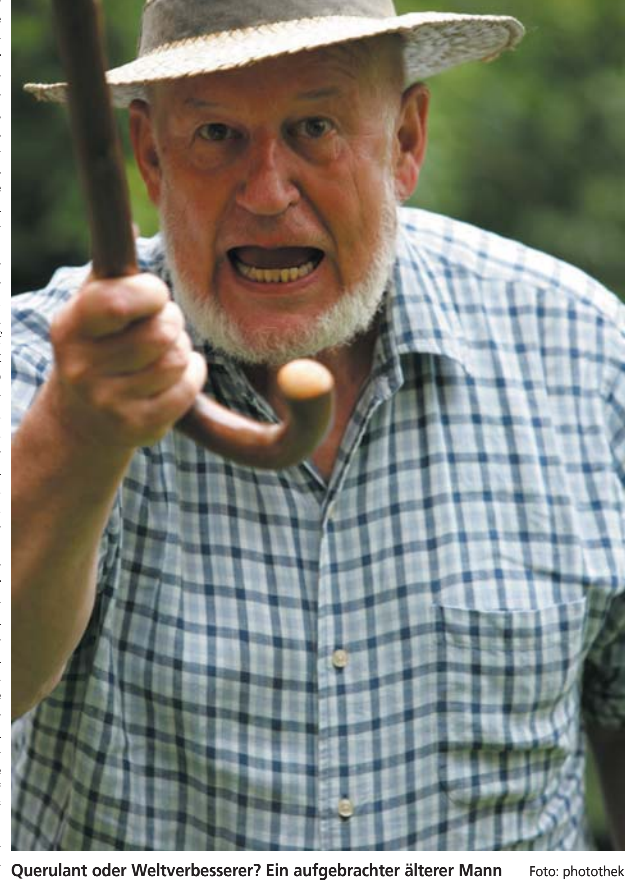
Und dann die Bundesbahn. Immer unpünktlich. Mein Freund schreibt das genau auf. Und alle Durchsagen auf Englisch. Natürlich mit falscher Aussprache. Wo hat die Dame wohl Englisch gelernt? Möchte ich gerne wissen. Auf dem Bahnhof auch am liebsten alles Englisch. Und dann noch in so einem dümmlichen, verpopten Englisch, daß die Engländer nur lachen könnten.

Servicepoint statt Kartenverkauf. Mister McClean statt Bahnhofsklo. Und der Mann bei der Auskunft heißt Operator! Täglich kommen neue Blödheiten dazu. Kein Wunder, wenn die Enkelkinder zum Geburtstag kommen, singen sie auch nur dieses plärrende, unmelodische „Happy birthday to you." Statt „hoch soll er leben!" Armes Deutschland.

Meine Freunde gehören zu den Konservativen, zur Mehrheit der Bevölkerung also, die auch in der SPD reichlich vertreten ist. Deren Meinung aber, trotz großer Koalition, weder von der Regierung noch von den Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehsendern beachtet wird. Darum meckern sie.

Doch das Meckern ist keineswegs ein Privileg der Konservativen. Eine Freundin hat ein Haus auf Sylt, sie lebt also in der besten aller Welten. Jedenfalls der teuersten. Trotzdem zählt sie sich zu jener Minderheit, die sieben Jahre lang die Politik der Bundesregierung bestimmt hat und die auch heute noch überproportional in allen Medien präsent ist, den Grünen. Auch sie meckert. Nur, auf Sylt meckert man anders. Man meckert über die Kurgäste, über die Dauergäste, die vielen Zugezogenen, über den Bauboom, über die Konkurse, über die vielen Autos auf der Insel. Über die Abgase, über die Umweltverschmutzung. Nicht nur im Watt, im Meer, auch in der Luft. Der saure Regen, der Elektrosmog durch die vielen Handys. Oben ist die Ozonschicht, die immer dünner wird, eine tödliche Bedrohung, unten direkt auf der Erde kriecht das unsichtbare Ozon heran, eine tödliche Bedrohung. Oben zu wenig Ozon, unten zu viel Ozon. Wo soll man hin? Die meisten Sylter meinen, man müsse eigentlich nach Amrum. Oder auf die Halligen. Aber niemand geht nach Amrum. So bleiben sie auf Sylt und meckern.

Wenn meine Freundin mit mir auf den alternativen Bauernhof geht, um echte unbehandelte Milch zu holen, fürchtet sie, daß auch die unbehandelte Milch gefährlich ist, weil das Viehfutter durch die Luft „belastet" ist. So oder so kaputt. Gehen wir am Deich spazieren, sucht sie das Watt nach Ölspuren und nach verölten, verendeten Seevögeln ab, und natürlich nach Opfern der Vogelgrippe. Sie und alle ihre Bekannten und Mitkämpfer fühlen sich ständig bedroht durch alles. Durch die überall, in der Nahrung ebenso wie in der Luft, im Holz und der Lackierung steckenden Giftstoffe, Zusatzstoffe, Krankheitserreger und vor allem den durch alle Verbote nicht kaputtzukriegenden Geschäftssinn: den Kapitalismus.



Querulant oder Weltverbesserer? Ein aufgebrachter älterer Mann Foto: photothek

Nun haben die seit 35 Jahren im ganzen Land tätigen grünalternativen Meckerer 1998 eine Regierung gehabt und sieben Jahre lang Zeit. Aber was ist passiert? Nichts.

Zum Glück. Denn was in den sieben Jahren rotgrüner Regierung nur angepeilt, aber gottlob nie verwirklicht wurde, war die „gerechte Gesellschaft", eine uralte Schreibtisch- und Schnapsidee. Jedem ein Stück vom Kuchen. Also der Verteiler-Staat. Mit Umverteilung und Zuteilung, Verboten und Kontrollen. Also viel Bürokratie, Steuern und Umsteuern.

Das alles hatten die Menschen in der sogenannten „Deutschen Demokratischen Republik", die sich aus gutem Grund lieber mit ihrer Abkürzung DDR schrieb, schon ausprobiert. Der Kuchen, der da zu verteilen war, also die Produktion von Maschinen, Gebrauchsgegenständen und Nahrungsmitteln, war dabei immer kleiner geworden und die Anzahl der Kontrolleure immer größer. Wenn man mit Ach und Krach ein paar Salatköpfe oder Kirschen, Autos oder Kühlschränke produziert hatte, wurde ihre Verteilung so lange verwaltet, bis am Ende gar nichts mehr übrig blieb. Nicht einmal Zwiebeln oder Kartoffeln. Warum gibt es keine Kartoffeln in ausreichender Qualität? Antwort: Weil die Amerikaner mit Flugzeugen ganze Ladungen voll Kartoffelkäfern über der DDR abgeworfen haben. Warum gibt es keine Zwiebeln zu kaufen? Antwort: Die Versorgung mit Zwiebeln ist zur Zeit Schwerpunkt. Da arbeiten wir dran. Zwiebeln sind Schwerpunkt, das hieß: Es gibt keine Zwiebeln. Alles vergessen?

Die „Bonzen", die Kontrolleure und Verteiler, waren die meistgehaßten Mitbürger. Da war nichts mehr zu machen. Alle kuckten ganz genau hin und alle schrieben mit und alle merkten sich die Lügen und die Unfähigkeit der Verteiler.

Wer flüstert, der lügt

Gegen den Kommunismus in Deutschland erhob sich im ganzen Land ein Heer von Meckerern. Am Ende füllten sie jeden Montag die ganze Stadt Leipzig, schließlich die ganze Deutsche Demokratische Republik. Sie waren das Volk. Ändern die Meckerer die Welt? Offenbar ja. Bekanntlich war es Josef Goebbels, der einst zum unerbittlichen Kampf gegen Meckerer und Miesmacher aufgerufen hatte, der größten Gefahr für jede Diktatur. Flüsternd wurden die Meckereien und unbequemen Wahrheiten über die Lage verbreitet. „Wer flüstert, der lügt", hieß Goebbels' griffige Parole. Gegen die vielen tausend kleinen Meckerer und Miesmacher und ihre Unlust, sich von der Propaganda vereinnahmen zu lassen. Gegen ihre kleinliche Kritik an den großartigen Vorhaben der Partei, ihre respektlosen Witze übe die Bonzen und ihre Führer, gegen ihre egoistischen Überlebenskünste und listigen Ausreden war die Gestapo machtlos. Sie waren der meckernde, flüsternde, nie nachlassende, der eigentliche Widerstand.

Deshalb meckert weiter, meine Freunde, Meckerer und Miesmacher dieser Republik. Gegen nachwachsenden Hanf und nachwachsenden Unsinn. Gegen politische Korrektheit und unkorrekte Steuern, gegen Kürzung der Renten und Erhöhung der Krankenkassenbeiträge. Ohne euch, der ewig nörgelnden, meckernden Bürgerinitiative in unserem Land bekämen wir eines Tages doch noch eine rot-rote Volksfront-Regierung. Benzin auf Marken, Wohnungen auf Bezugsschein, Arbeitsplätze auf Zuteilung. Eine andere Republik.

»Man paßte sich dem Chaos an«

Stefan Zweig sieht »Die Welt von gestern« – Anmerkungen zum 125. Geburtstag des Schriftstellers

Von ROSEMARIE FIEDLER-WINTER

Es hat mir nichts geholfen, daß ich fast ein halbes Jahrhundert mein Herz erzogen, weltbürgerlich als das eines citoyen du monde zu schlagen. Nein, am Tage, da ich meinen Paß verlor, entdeckte ich mit 58 Jahren, daß man mit seiner Heimat mehr verliert als einen Fleck umgrenzter Erde." Das vermerkt Stefan Zweig in seinem zum Dokument gewordenen Lebensrückblick, den er in Brasilien zu Papier gebracht hat und in dessen Einleitung die Worte stehen: „Ich schreibe meine Erinnerungen mitten im Kriege, ich schreibe sie in der Fremde und ohne den mindesten Gedächtnisbehelf. In meinem Hotelzimmer sind mir keinerlei Aufzeichnungen zur Hand. Von all meiner Vergangenheit habe ich also nichts mit mir als das, was ich hinter der Stirn trage." Damit beginnt Stefan Zweig seine berühmte Autobiographie „Die Welt von gestern – Erinnerungen eines Europäers", 1944 erstmals bei Bermann-Fischer, Stockholm, erschienen und noch heute ein Spiegelbild der Befindlichkeit, das vor allem für die Deutschen weit über die Lebenszeit des Autors hinaus Gültigkeit besitzt.

Zweig selbst schied zwei Jahre nachdem seine Aufzeichnungen enden, im Februar 1942, mit seiner zweiten Frau in den Bergen von Petropolis nahe Rio de Janeiro freiwillig aus dem Leben. Mit seinen Erinnerungen formuliert der deutschsprachige, jüdische Schriftsteller österreichischer Herkunft vor dem Hintergrund des eigenen Erlebens Sätze, welche die Misere der Deutschen eindringlicher zum Ausdruck bringen als viele andere bedeutende Federn dieses Jahrhunderts. Seine Schilderungen lassen ein vergangenes Zeitalter zu lebensnaher Gegenwart werden.

Wir gehen mit ihm nicht nur durch die Straßen Wiens im 19. Jahrhundert und erleben die ersten Gedichte, Zweifel und Erfolge des jugendlichen Schriftstellers. Wir folgen ihm vor allem in die Zeit des Ersten Weltkriegs, der 20er Jahre und der Hitler-Diktatur.

Vergebens hatte Zweig versucht, angeregt durch seinen Freund Romain Rolland, die ihm persönlich verbundenen großen deutschen Schriftsteller jener Zeit zu einer Konferenz in der Schweiz und zu einem gemeinsamen Appell an das moralische Gewissen gegen den aufflammenden Haß aufzurufen. Rainer Maria Rilke und Walther Rathenau, der Gerhart Hauptmann ansprechen sollte, lehnten ab. Thomas Mann, Richard Dehmel, Hugo von Hofmannsthal betrachtete er als dem „anderen Lager angehörend". Seine Bemühungen scheiterten. Die Weltgeschichte nahm ihren Lauf.

Nach dem Ende des Krieges und seinem unheilträchtigen Friedensvertrag von Versailles kam die ebenso berüchtigte wie heute nahezu vergessene Inflation. Zweig schreibt: „Nie haben wir in Österreich die Kunst mehr geliebt als in jenen Jahren des Chaos. Man paßte sich dem Chaos an damals, wo in Österreich ein Ei so viel kostete wie früher ein Luxusautomobil und in Deutschland später mit vier Milliarden Mark so viel wie etwa der Grundwert aller Häuser Großberlins bezahlt wurde. Nie habe ich bei einem Volk wie in mir selbst den Willen zum Leben so stark empfunden wie damals als es um das Letzte ging: um die Existenz, um das Überdauern."

Aber das neue, aufziehende Unwetter zeigte sich bereits am Horizont: „Als Hitler an jenem Januartag 1933 Kanzler geworden war, betrachtete ihn die große Menge und sogar diejenigen, die ihn auf diesen Posten geschoben, nur als provisorischen Platzhalter und die nationalsozialistische Herrschaft als Episode ... Auch ich muß bekennen, daß wir alle 1933 und noch 1934 in Deutschland und Österreich jedes Mal nicht ein Hundertstel, nicht ein Tausendstel dessen für möglich gehalten haben, was dann immer wenige Wochen später hereinbrechen sollte." Immerhin wurden Stefan Zweigs Bücher in den ersten Jahren der NS-Herrschaft noch verkauft. Richard Strauss gelang es, dem Diktator persönlich die Genehmigung abzuringen, daß seine „Schweigsame Frau" in der heutigen Semper-Oper in Dresden, die fast alle seine Werke zur Uraufführung brachte, mit dem Libretto des Juden Stefan Zweig über die Bühne ging. Zweig ließ sich davon nicht blenden. Er gehörte „dann später" schon zu jenen, die in der Ferne deutlicher sahen als in der Nähe. Er emigrierte nach London. Damals begegnete er auch Siegmund Freud wieder. Ihm und Maxim Gorki widmet der große Ästhet die innigsten biographischen Erinnerungen. Gorki war für ihn nicht das Aushängeschild sowjetischer Literaturpflege, sondern der Mensch, in dem er die große dunkle russische Seele am unmittelbarsten empfunden hat, während er in Freud „einen Heros des Geistes" verehrte. Der Autor großer Biographien beobachtete scharf, auch sich selbst: „Ich bin heute, wie unser Grillparzer einmal sagte, einer, der lebend hinter seiner eigenen Leiche geht." Er hält fest, daß er seinen berühmten „Fouché" zu seinem eigenen Vergnügen schrieb und den Verleger davon abhalten wollte, eine zu hohe Auflage zu riskieren, weil er niemals geglaubt hätte, daß die schon kurzfristig über 50 000 lag, daß die „Sternstunden der Menschheit" als Schulbuch eine Viertelmillion Auflage erreichten und seine nur als Entwurf aufgeschriebene „Volpone"-Bearbeitung ihm nicht zuletzt vom Hoftheater Dresden aus den Händen gerissen wurde und international Furore machte. Schließlich galt Zweig zu seiner Zeit als einer der am häufigsten übersetzten deutschen Schriftsteller. Seine zusammenfassenden Worte des jüdischen Schicksals jener Tage, das er auch in erschütternden Einzelheiten erlebt und festgehalten hat, lasten in ihrer Konzentration besonders schwer. Unter Hinwendung auf Siegmund Freud formuliert er: „Je länger einer auf Deutschland vertraut hatte, je schwerer er sich von der geliebten Heimat losgerissen, um so härter war er gezüchtigt worden. Erst hatte man den Juden ihre Berufe genommen, ihnen den Besuch der Theater, der Kinos, der Museen verboten und den Forschern die Benutzung der Bibliotheken. Dann hatte man ihnen die Dienstboten genommen und die Radios und Telefone aus den Wohnungen, dann die Wohnungen selbst, dann ihnen zwangsweise den David-Stern angeheftet ... Wer nicht ging, den warf man in ein Konzentrationslager, wo deutsche Zucht auch den Stolzesten mürbe machte."

Eine seismographische Betroffenheit ließ den Dichter der „Schachnovelle" seine Erinnerungen an die Tage vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in London in Worte fassen, die auch im 21. Jahrhundert ihre drohende Bedeutung nicht verloren haben:

„Da waren irgendwo im Unsichtbaren ein Dutzend anderer Menschen, die man nicht kannte, die man nie gesehen, ein paar Leute in der Wilhelmstraße in Berlin, am Quai d'Orsay in Paris, im Palazzo Venzia in Rom und in der Downing Street in London, und diese zehn oder 20 Menschen, von denen die wenigsten bisher besondere Klugheit oder Geschicklichkeit bewiesen, sprachen und schrieben und telefonierten und paktierten über Dinge, die man nicht wußte. Sie faßten Entschlüsse, an denen man nicht teilhatte und die man im einzelnen nicht erfuhr und bestimmten doch damit über mein eigenes Leben und das jedes anderen in Europa. In ihren Händen und nicht mehr in meinen eigenen lag jetzt mein Geschick. Sie bestimmten für Millionen Krieg oder Frieden. Und da saß ich wie all die anderen in meinem Zimmer wehrlos wie eine Fliege, machtlos wie eine Schnecke, indes es um Tod und Leben ging."

Trotzdem resümiert Zweig am Ende: „Jeder Schatten ist im Letzten doch auch Kind des Lichts, und nur wer Hell und Dunkel, Krieg und Frieden, Aufstieg und Niederlage erfahren, nur der hat wahrhaft gelebt."



Stefan Zweig bei der Arbeit: Der Dichter, der erst nach London und dann nach Brasilien ins Exil ging, diktiert seiner Frau Elisabeth ein Manuskript. Foto: corbis

Stefan Zweig wurde vor 125 Jahren am 28. November 1881 in Wien geboren. In der Donaustadt besuchte er Gymnasium und Universität und veröffentlichte dort auch erste Texte in der Presse. Zweig wurde einer der am häufigsten übersetzten Schriftsteller seiner Zeit, reiste viel und kannte viele der führenden Schriftsteller Europas persönlich. Von 1919 bis 1934 lebte er in seinem Salzburger Haus, nahe der deutschen Grenze. Mitte der 30er Jahre emigrierte er nach England. 1940 ging er von dort aus mit seiner zweiten Frau Elisabeth nach Brasilien, wo er am 22. Februar 1942 aus Verzweiflung über den in seiner Heimat Europa um sich greifenden Nationalsozialismus gemeinsam mit ihr in Petropolis bei Rio de Janeiro aus dem Leben schied. Zu seinen bekanntesten Werken zählen „Die Schachnovelle", „Fouché" und die „Sternstunden der Menschheit".

Die Stadt als Ort der Inspiration

Das Potsdam-Museum zeigt im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte Fotografien aus 150 Jahren

Rund 700 Arbeiten von 100 Fotografen beleuchten in der Ausstellung „Auslöser Potsdam – Photographen und ihre Bilder von 1850 bis heute", die derzeit vom Potsdam-Museum im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte gezeigt wird, das breite Spektrum der Fotografie von der Porträtkunst über die Landschafts-, Stadt- und Architekturaufnahme bis hin zum Ereignisbild. Die umfangreichste Darstellung zur Geschichte der Potsdamer Fotografie, die je gezeigt wurde. Ein chronologischer Rundgang führt den Besucher auf etwa 700 Quadratmetern Ausstellungsfläche im Kutschstall durch 150 Jahre Potsdamer Fotogeschichte. Dabei wird der technische Wandel ebenso deutlich wie die Spannbreite von Themen und Motiven in der Arbeit der „Lichtbildner". Als Ort der Inspiration, als Heimat- oder Geburtsstadt wurde Potsdam für viele bekannte und unbekannte Fotografen oft selbst zum „Auslöser", zum Dreh- und Angelpunkt ihrer Arbeit und ihres Lebens. Mit ausgewählten Arbeiten oder Werkgruppen der betreffenden Fotografen sowie fotografischen Ateliers und Einrichtungen werden die Bildthemen in chronologischer Reihenfolge vorgestellt und mit Angaben über die Fotografen und ihr Schaffens ergänzt.



Potsdam in den 1930er Jahren: Der Schwabe Max Baur fotografierte diese Ansicht des Stadtschlosses mit Lustgarten 1934 / 35. Foto: Potsdam-Museum

Die Ausstellung „Auslöser Potsdam – Photographen und ihre Bilder von 1850 bis heute" ist im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, Im Kutschstall, Am Neuen Markt 9, 14467 Potsdam, dienstags bis freitags von 10 bis 17 Uhr, am Wochenende bis 18 Uhr geöffnet, bis 11. Februar 2007. Montags geschlossen.

Öffnungszeiten an den Feiertagen: Heiligabend geschlossen, Weihnachten und Neujahr von 10 bis 18 Uhr, Silvester bis 16 Uhr.

Eintritt 5 / 4 Euro, freitags gilt der ermäßigte Eintrittspreis. Für Kinder bis sechs Jahre freier Eintritt. Sonderkonditionen für Familien und Gruppen sowie Kombikarten. Informationen über Telefon (03 31) 6 20 85 50. Führungsanmeldung über Telefon (03 31) 2 89 68 03 oder E-Mail monika.krueger@rathaus.potsdam.de.

Das Haus, das rollstuhlgerecht ausgestattet ist, erreicht man mit der Regionalbahn / S-Bahn bis Potsdam Hauptbahnhof, von dort 5 Minuten Fußweg oder mit jeder Straßenbahnlinie bis Haltestelle Alter Markt über die Schloßstraße hinter dem Filmmuseum. Parkplätze stehen in der Tiefgarage zur Verfügung, Zufahrt über Werner-Seelenbinder-Straße.

In die Seele hineinhören

Begegnung mit dem Schauspieler Horst Naumann, der nicht nur auf dem »Traumschiff« zu sehen ist

Von SUSANNE DEUTER

München, Bayerischer Hof. Flotten Schrittes kommt er mir entgegen, ganz der junggebliebene, seit Mitte November 81jährige. Wer sich ein bißchen mit seinem Lebenslauf auskennt beziehungsweise seine Autobiographie gelesen hat, wird sicher nicht in die Lage kommen, in Horst Naumann nur den charmanten Doktor Schröder vom „Traumschiff“ zu sehen. Denn so dankbar er für diese Rolle ist, allein darauf festgelegt sein möchte er nicht.

Das gilt für ihn auch als Theaterschauspieler. „Ich bin oft für Dinge, die ich gern gespielt hätte, nicht genommen worden, weil nach dem Äußeren beurteilt wurde. Dieses Urteil ist in unserer Branche so schnell vergeben. Und das ist da, wo ich, ich will nicht sagen Trauer empfinde, aber irgendwie eine arbeitsmäßige Lücke in mir selber spüre, die ich von mir aus allein nicht ausfüllen kann, denn wir sind immer nur Menschen, die genommen oder angefragt werden.“

Bis zum 7. Oktober stand Horst Naumann in 53 Vorstellungen Abend für Abend in der Münchner Komödie im Bayerischen Hof auf der Bühne. „Das hab' ich mir als Spaß geleistet.“ Seine Partner in der kurzweiligen Komödie „Ein Seestern im Garten“ waren Hans-Jürgen Bäumler, Christiane Rücker und die junge Tessa Höchtl. Diese sei zu Beginn der gemeinsamen Arbeit in seine Garderobe gehuscht, nur um zu sagen, wie froh sie sei, daß er bei ihnen sei. Eine solche Geste rührt den erfahrenen Schauspieler, hat er sich doch selber als junger Bursche („Ich hab' Komparserie gemacht“) bei älteren Kollegen wie Paul Hoffmann, Erich Ponto und Heinz Klingenberg viel abgeguckt. Das war in seiner Dresdner Zeit. Horst Naumann ist Kind dieser Stadt, aufgewachsen in der Lüttichaustraße 17.

Seine Jugend endete abrupt wie für viele seiner Altersgenossen. Noch als 17jähriger mußte er 1943 an die Ostfront. In seiner ausführlichen Autobiographie „Zwischen Leuchtfeuer und Traumschiff“ (Militzke Verlag, Leipzig, 368 Seiten, zahlreiche Fotos, 19,90 Euro) erinnert er sich auch an schreckliche Kriegserlebnisse in Ostpreußen. In Königsberg erlebte und überlebte Horst Naumann den letzten großen Bombenangriff Ende August 1944. Er konnte, vom Inferno gezeichnet, auf dem Wasserweg entkommen. In einem Lazarett in Allenstein wurde ihm der Blinddarm entfernt. Nach einer Zeit fern der Gefahrenzone geriet er doch noch in Rußland in Gefangenschaft. Wieder in Freiheit, wurde der Dresdner mit der Zerstörung seiner Heimatstadt konfrontiert. Hinzu kam, daß seine Eltern, die in Meißen Zuflucht gefunden hatten, vor der Scheidung standen.

Die Mutter starb mit 52, der Vater mit 63 Jahren. Beide hatten Krebs. Er könne daran nicht immer denken. „Man kann über den Kopf 'ne Menge steuern, glaube ich. Ich bin dem lieben Gott sehr dankbar, daß ich sowohl von der emotionalen Seite als auch vom Denkvermögen her so gut ausgestattet bin, daß ich es auch zu kombinieren weiß“, meint Horst Naumann. „Ich empfinde mich wirklich als einen mit Glück versehenen Menschen, trotz allem.“ Und er strahlt ihn aus, diesen inneren Reichtum, der mit jeder Aufgabe, beruflich wie privat, wächst und wächst. Schon seit der Schulzeit mit dem Virus Schauspiel infiziert, erlebte Horst Naumann den Anfang seiner beruflichen Laufbahn am Stadttheater Döbeln. Im August 1946 erhielt er sein erstes Engagement in den Sparten Schauspiel, Gesang und Tanz. Die zweite Station war Burgstädt bei Chemnitz, wo sich ihm das „Fach der guten Rollen“ eröffnete. Hungrig nach neuen Aufgaben, führte ihn die Spielzeit 1948 / 49 an das Salzlandtheater in Staßfurt. Der Orest in Goethes „Iphigenie“ fällt in diese Zeit und das für Horst Naumann wohl wichtigste private Ereignis. Er lernte seine große Liebe kennen, die Kollegin Christa von Arvedi. Am 5. Juni 1954 wurde geheiratet. Im Oktober 2003 verlor der Schauspieler seine Ehefrau nach langer Krankheit. Sie starb an seiner Seite, auf einer Autofahrt von Spanien, wo ihr Ferienhaus steht, zurück ins bayerische Ottobrunn bei München.

1985, als seine Frau erstmals erkrankte, begann Horst Naumann Tagebuch zu schreiben. Inzwischen hat er in Talkshows sehr offen über seine Trauer und die letzten Jahre mit seiner Frau gesprochen. „Ich glaube einfach daran, daß das eigene Verhalten vielleicht dem einen oder anderen Zuschauer eine Unterstützung sein kann oder eine Bestätigung. Daß ich darüber sprechen kann, macht mich froh. Weil ich weiß, ich habe mein Wort halten können, bis zum letzten Moment, was auch ein Glücksfall ist, eigentlich.“

Das Ehepaar war sich einig, auch 1958 bei seinem Entschluß, in den Westen zu flüchten. Horst Naumann hatte fünf Jahre zuvor seinen ersten Film bei der DEFA gedreht („Das geheimnisvolle Wrack“), weitere wie „Leuchtfeuer“, der Zirkusfilm „Carola Lamberti“ mit Henny Porten und „Alter Kahn und junge Liebe“ folgten. Dem wachsenden Druck, in Propagandafilmen zu spielen, entzog er sich durch die Flucht nach West-Berlin. Die namhafte Agentin Elli Silman gab die nötige Starthilfe. So konnte er bald in Film und Fernsehen Fuß fassen.

Auch die Zeit, daß Angebote vorübergehend ausbleiben, ist ihm nicht fremd. Inzwischen in München lebend, verdiente er sein Geld mit Synchronisieren. Das war nicht so sein „Parkett“. Er kam ins Schlittern. „Ich hab's natürlich gemacht. Wenn die mich nicht haben wollen, dann geh' ich in die Dunkelkammer und mache wenigstens Geld.“ Lex Barker und sogar Sean Connery hat er seine Stimme geliehen, was ihm damals gar nicht bewußt war, weil Connery damals noch nicht so berühmt war wie heute.

Horst Naumann entkam den Synchronstudios und der damit verbundenen Krise. Eine herausragende Fernsehrolle dürfte ohne Zweifel 1968 die des Hitler-Attentäters Claus Graf Schenk von Stauffenberg gewesen sein. Von seiner großen Kollegin Paula Wessely habe er gelernt, „in die Seele eines Menschen hineinzuhören“. Regisseur Imo Moszkowicz zeigte sich mehr als zufrieden.

In den 80er Jahren kamen gleich zwei Arztrollen auf ihn zu. Als Dr. Römer gehörte er zum Team in der „Schwarzwaldklinik“, als Dr. Schröder vom „Traumschiff“ kennt ihn ein Millionenpublikum seit 24 Jahren. Jede Reise sei immer wieder ein Geschenk. Dieses Jahr waren Botswana und Shanghai die Zielorte. Am 5. Januar 2007 fliegt Horst Naumann für neue Dreharbeiten nach Havanna. Da liegt die „MS Deutschland“ und wartet auf die Protagonisten. „Wir sind alle miteinander weiter gewachsen. Das ist wie ein Familientreffen jedes Jahr. Man respektiert sich. Auch unser Dampfer ist wunderbar, allein diese ganze Kunstgalerie, die sich auf dem Schiff befindet“, gerät Naumann ins Schwärmen.

In seinem Beruf muß der Liebhaber klassischer Musik, der perfekte Hausmann und gut organisierte Privatmensch Horst Naumann wenn möglich immer wieder an die Wurzeln zurück. Die Planung geht schon ins Jahr 2008. Da darf sich das Hamburger Publikum auf ein mehrwöchiges Gastspiel mit Horst Naumann in der „Komödie Winterhuder Fährhaus“ freuen. An der Seite von Brigitte Grothum und Achim Wolff wird er in „Eine Bank in der Sonne“ als kauziger Alter einer Seniorenresidenz zu sehen sein. „Die Rückkehr auf die Bühne ist für einen Schauspieler, der vom Theater kommt, eigentlich ein eisernes Gebot“, schreibt er in seinen Erinnerungen, die von einem guten Gedächtnis zeugen.

Begegnung in München: ***PAZ*-Mitarbeiterin Susanne Deuter sprach mit Horst Naumann.** Foto: privat

Viele bekannte Melodien

Der „Deutschen Kinemathek – Museum für Film und Fernsehen“ in Berlin wurde der Nachlaß von Michael Jary, einem der erfolgreichsten deutschen Schlager- und Tonfilmkomponisten des 20. Jahrhunderts, übergeben. Jary hat unzählige Hits der 1930er bis 1950er Jahre geschrieben, darunter „Das kann doch einen Seemann nicht erschüttern“ und „Das machen nur die Beine von Dolores“.

Seine Melodien sind heute noch bekannt, der Mann dahinter kaum mehr: Michael Jary wurde 1906 als Max Michael Jarczyk in Oberschlesien geboren, 1930 ging er nach Berlin zur klassischen Ausbildung an die Staatliche Hochschule für Musik. Er besuchte die Klassen von Paul Hindemith und Arnold Schönberg und begann Zwölftonmusik zu komponieren. Auf einem Hochschulkonzert 1933 wurde seine Komposition vom „Kampfbund für deutsche Kultur“ als „undeutsches Gestammel“ diffamiert. Daraufhin nannte er sich Michael Jary, sattelte von der klassischen in die Unterhaltungsmusik um und arbeitete ab 1937 regelmäßig für den Film.

Michael Jary bildete mit dem Texter Bruno Balz ein Erfolgsduo, das für Zarah Leander Titel wie „Ich weiß, es wird einmal ein Wunder geschehen“ aus dem Film „Die große Liebe“ (Regie Rolf Hansen, 1942) produzierte.

In der Nachkriegszeit wurde seine Karriere nicht unterbrochen, er etablierte unter anderem Evelyn Künneke als Schlagersängerin und wurde mit seiner Musik für Revuefilme wie „Die Dritte von rechts“ (Regie Geza von Cziffra, 1950) und dem für Heidi Brühl komponierten Ohrwurm „Wir wollen niemals auseinander gehn“ zum Schlagerkönig. 1988 starb Jary in München.

Seine Tochter Micaela Jary hat nun der „Deutschen Kinemathek – Museum für Film und Fernsehen“ den Nachlaß ihres Vaters geschenkt. Es handelt sich vorwiegend um Fotos, persönliche Dokumente, Notenblätter und dreidimensionale Objekte. *pm*

„Michael Jary. 1906–1988. Der Nachlaß“, ist dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 20 Uhr im Filmhaus am Potsdamer Platz, Potsdamer Straße 2, 10785 Berlin, zu sehen, Eintritt frei, bis 14. Januar.

Halali dem Holzwurm

Ein kleines Ungeheuer bedrohte einzigartige mittelalterliche Kostbarkeiten in der Creglinger Herrgottskirche

Von HELGA SCHNEHAGEN

Herbstzeit ist Jagdzeit. Doch nicht immer sind es große Tiere, auf die zum Angriff geblasen wird. Und nicht immer findet die Jagd im Freien statt. Im Süden der Republik wurde gerade einem ganz kleinen Wurm der Garaus gemacht – hinter fest verschlossenen Türen.

Creglingens Herrgottskirche im Taubertal zählt zu Deutschlands Schatzkästchen mittelalterlicher Kunst und rangiert damit ganz oben unter den Perlen an der Romantischen Straße. Stifter der Kapelle waren die Herren von Hohenlohe-Brauneck, welche die Kapelle von 1384 bis 1389 genau an der Stelle erbauen ließen, wo ein Bauer beim Pflügen eine unversehrte Hostie auf seinem Acker entdeckt hatte.

Die Wunderwirkung des kleinen, hauchdünnen Weizengebäcks ließ Papst Bonifaz IX. fünf Jahre später einen Ablaßbrief ausstellen, der das Kirchlein derart ins Rampenlicht rückte, daß – wenn die Angaben in alten Kirchenbüchern stimmen – oftmals bis zu 14 Geistliche gleichzeitig die Kommunion austeilen mußten. Waren es einst Scharen von Wallfahrern, die es in die Nachbargemeinde von Rothenburg ob der Tauber zog, sind es heute Touristen aus der ganzen Welt. Heilsame Wunder erwartet niemand mehr. Wohl aber Wunder menschlicher Kunst, wie sie die vollständig erhaltene alte Ausstattung präsentiert. Dabei fällt der Blick nicht zuerst auf den Hochaltar, den man der Schule des Veit Stoß oder neuerlich auch Erasmus Grasser zuschreibt, sondern auf ein Schnitzwunder mitten im Kirchenschiff, geschaffen von dem grandiosen spätgotischen Bildhauer Tilman Riemenschneider. Es gibt sicherlich kein vergleichbares Werk, das die Himmelfahrt der Gottesmutter so nachfühlsam darstellt wie sein um 1510 entstandener 9,20 Meter hoher und 3,70 Meter breiter Marienaltar. Damit das so bleibt, hat die Gemeinde sich zu einer spektakulären Rettungsaktion entschlossen. Denn an den beiden Seitenaltären mit den großartigen Flügelmalereien von Jakob Mülholzer aus Bad Windsheim sowie dem Chorgestühl und der Kanzel hatte der Holzwurm begonnen,



Kostbar: Der Riemenschneider-Altar in Creglingen
Foto: Evangelische Kirchengemeinde Creglingen

genüßlich zu nagen. Das Riemenschneider-Werk zeigte zwar noch keine neueren Holzwurmspuren. Aber da das wurmbefallene Kirchengestühl nicht weit entfernt steht, war dessen Appetit auf den Marienaltar absehbar. Welch Jammer wäre es doch, wenn dieses Hauptwerk deutscher Kunst letztendlich einem gefräßigen Wurm zum Opfer fiele, nachdem es auf wundersame Weise 300 Jahre lang allen Zerstörungen getrotzt hatte. Als 1530 die Reformation in Creglingen einzog, hatte man den Altar kur-zerhand zugeklappt und hinter einem Bretterverschlag verborgen. So entging er dem Wüten der Bilderstürmer, die es besonders auf alles abgesehen hatten, was zu katholisch schien. Seitdem hing die Gemeinde ihre Totenkränze daran auf und irgendwann erinnerte sich niemand mehr an den Altaraufsatz.

Erst 1832 kam der damalige Kirchenpfleger Michael Dreher auf die Idee, wieder hinter die Bretter zu schauen. Vielleicht war es genauso ein Zufall wie die Entdeckung der Grabplatte Tilmann Riemenschneiders bei Straßenbauarbeiten in Würzburg zehn Jahre zuvor. Auch der 1531 verstorbene Künstler war längst in Vergessenheit geraten gewesen. Der wiedergefundene Grabstein brachte – im Vergleich – noch eine weitere Enthüllung: Im Sokkel des Marienaltars wurde das Selbstporträt des main-fränkischen Meisters offenbar.

> Die einzigartigen Apostelporträts blieben erhalten

Nun ist die Jagd auf die Holzfresser durch Begasung hinter fest verschlossenen Türen zu Ende gegangen. Allerdings ohne Trophäen, da die Tiere zur letzten Ruhe in den Kunstwerken verblieben. Somit sind Riemenschneiders einzigartigen Apostelporträts zu Füßen der auf ewig jugendlichen Maria wieder ungefährdet zu bewundern.

Öffnungszeiten der Herrgottskirche: 2. November bis 31. März dienstags bis sonntags von 10 bis 12 und von 13 bis 16 Uhr, sonst täglich von 9.15 Uhr bis 17.30 Uhr.



Todesfalle Bildschirm

Wie zu viel Fernsehen tötet

Jährlich sterben mindestens 40 000 Menschen an einem erhöhten Bildschirm-Konsum, so die doch ziemlich bizarr klingende These des Mediziners Professor Dr. Dr. Manfred Spitzer in seinem Buch „Vorsicht Bildschirm – elektronische Medien, Gehirnentwicklung, Gesundheit und Gesellschaft“. Doch was erst so bizarr klingt, erläutert der ehemalige Dozent der US-Elite-Universität Harvard in seinen Ausführungen nachvollziehbar. Noch eins vorweg: Spitzer ist in seinen Ansichten sehr extrem. Schon früh hat er in seiner Familie den Fernseher abgeschafft, da er die ständigen Streitereien mit seinen vier Kindern, was man denn sehen wolle, nicht mehr ertragen konnte. Angeblich seien seine Kinder deshalb in der Schule keineswegs ausgegrenzt worden.

Trotz dieser extremen Ansichten, liefert der Autor einige sehr interessante Ansätze, die durchaus nachdenklich stimmen. Wenn es um die Gefahr durch zu viel Bildschirmkonsum geht – egal ob nun Fernseher, Computer oder Gameboy – denkt man zuerst an die Darstellung von Gewalt, die Kinder auf die schiefe Bahn führen kann. Desweiteren fallen einem noch die Überstrapazierung der Augen und der Bewegungsmangel ein, der aufgrund von zu hohem Bildschirmkonsum entstehen kann. Spitzer liefert allerdings noch einige andere Aspekte.

So ernähre sich der Mensch ganz anders. Dies läge erstens daran, daß ihm die Werbung eher ungesunde Nahrungsmittel nahelege und zweitens der Mensch dazu neige, vor dem Bildschirm eher Fettes oder Süßes in sich reinzustopfen als sich auf ein gesundes Menü zu konzentrieren.

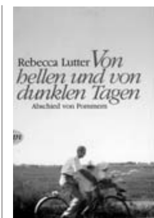
Wer zuviel Zeit vor dem Fernseher oder Computer verbringe verlöre auch seine sozialen Kontakte. Während die Menschen früher viel gemeinsam unternommen hätten, sehe jetzt jeder für sich sein Programm.

Vor allem für die Gehirnentwicklung von Kleinstkindern sei ein zu früh einsetzender Bildschirmkonsum schädlich. Kinder würden durch Reize von außen ihre Gehirnkapazität erhöhen, Reize aus dem Fernseher hätten jedoch nicht die Tiefenwirkung die nötig sei, um das Kind dauerhaft lernen zu lassen.

Alle seine Behauptungen belegt der Autor anhand zahlreicher medizinischer Untersuchungen, die es zu dem Themenbereich gibt.

Am Ende der Lektüre erscheint seine Zahl von Toten aufgrund zu viel Bildschirmskonsums gar nicht mehr so albern, auch wenn der Bildschirmkonsum auf die erwähnten Herztoten, Zuckerkranken, Lungenkrebspatienten und Schlaganfallopfer nur indirekt gewirkt hat. *Rebecca Bellano*

***Manfred Spitzer: „Vorsicht Bildschirm – elektronische Medien, Gehirnentwicklung, Gesundheit und Gesellschaft“**, dtv, München 2006, broschiert, 301 Seiten, 9,50 Euro, Best.-Nr. 5947*



Fort und kein Zurück

Flüchtlingsfamilie findet in Ostfriesland ein neues Zuhause

Rebecca Lutter schildert eisige Kälte, doch trotzdem ist dem Leser warm ums Herz, sie berichtet von bitterer Armut und trotzdem spürt man unermeßlichen Reichtum: „Von hellen und dunklen Tagen – Abschied von Pommern“ erzählt die Geschichte einer Flüchtlingsfamilie in der direkten Nachkriegszeit. In Mecklenburg haben Anna, ihre vier Geschwister, Mutter, Tante und fünf Nichten und Neffen Unterschlupf gefunden, doch als sie die Nachricht erhalten, daß der Vater und Onkel nach kurzer Gefangenschaft in Ostfriesland gelandet sind, hält die Familie nichts mehr, und nach einigem Hin und Her geht es mit dem Zug nach Kiel und dank des Durchsetzungsvermögens der Mutter weiter nach Ostfriesland. Dort nimmt der Vater sein Familie in Empfang, und in einer kleinen Holzkate mit zwei Zimmern findet die siebenköpfige Familie sogar ein Dach über dem Kopf. Während der arbeitslose Vater, der in Stolp Anwalt war, von einer besseren Zukunft träumt, kümmern sich die Mutter und Kinder um das Nötigste. „Wir hatten gleich geahnt, daß Vaters Zuversicht auf wackligen Füßen stand. Wir wußten ja, wie leicht alle Pläne durcheinander geworfen werden und wie man sich als Flüchtling, als Fremder, auf gar nichts verlassen kann. Im Vergleich zu uns, fanden wir, hatte unser optimistischer Vater, der gerade aus einem Kriegsgefangenenlager in Dänemark entlassen worden war, ein viel ‚normaleres‘ Kriegsende erlebt. Aber das ließ sich schwer besprechen.“

Trotzdem hält die Familie zusammen und selbst den kalten Winter 1946/47 in der schwer zu beheizenden, mit Eisblumen durchzogenen Holzhütte erlebt die Familie so als kraftspendend. Auch wenn die Fremde mit ihren sehr eigenwilligen Bewohnern gewöhnungsbedürftig ist. „In Carolinensiel war das Leben wie schon seit hundert Jahren zuvor weitergegangen; auch hier hatten sie den Krieg gespürt, aber es hatte keinen so radikalen Bruch gegeben. Immer noch fuhren die Fischer mit der Flut zum Fang aufs Meer und kehrten zurück, wenn Ebbe einsetzte. Für uns ... gab es keine Rückkehr zum vertrauten Leben mehr. Fort und kein Zurück, das schmeckte bitter und war wie Sterben.“ Doch hier stirbt keiner. Die Großfamilie aus Stolp hat den Krieg überstanden und findet sich auch in ihr neues Leben. Neue Schule, Tanzstunde, kaputte Schuhe, Schweineschlachten, Baumklau, Tee und Kandiszucker bestimmen das neue Leben, in das Stück für Stück auch wieder die Freude einkehrt. Wunderschön lebensbejahend! *R. B.*

***Rebecca Lutter: „Von hellen und dunklen Tagen – Abschied von Pommern“**, Langen Müller, München 2006, geb., 258 Seiten, 16,90 Euro, Best.-Nr. 5946*



Kinderstreiche und Heimat

Pillkaller erzählt von seiner Jugendzeit in Ostpreußen

In dem Erzählband „Es gibt so'ne und solche und Pillkaller“ erinnert sich Heinz Adomat an seine beschauliche Kindheit in den 20er Jahren in seinem Heimatdorf, dem ostpreußischen Pillkallen.

„Pillkallen war ein kleines Städtchen in Nordostpreußen, das 20 Kilometer von der litauischen Landesgrenze entfernt verträumt in einer von fruchtbaren Äckern umgebenen Landschaft den Mittelpunkt des gleichnamigen Kreises bildete ... Pillkallen, das in den 20er Jahren zu ‚Schloßberg / Ostpreußen‘ umgetauft wurde ... hat den Zweiten Weltkrieg nicht überstanden. Die kleine Stadt gibt es nicht mehr! Heute heißen dort einige russische Hütten und Neubauten ‚Dobrowolsk‘, aber dieser Ort hat mit der alten liebenswerten Stadt Pillkallen nichts mehr gemein.“

Mit sehr viel Wärme und Humor berichtet Heinz Adomat über seine Kinderstreiche und Erlebnisse, und doch kann man zwischen den Zeilen herauslesen, wie sehr dem Autor seine Heimat und die damit verbundenen Kleinigkeiten fehlen und wie er die ostpreußische Sprache beziehungsweise die ihr eigenen Dialekte vermißt.

„Sie kam mit den Trecks und den Flüchtlingskarren / Und brachte die verlassene Heimat mit: / Ostpreußens schön klingende Lautensprache / Tröstete die Heimatlosen bei jedem Schritt. / Doch schon hörte man die warmen Laute / In neuer Umgebung langsam verrinnen, / Mit uns Alten, die einst im Osten bauten, / Wird ihr singender Klang in Bälde verschwinden.“

Doch will Heinz Adomat mit seiner Autobiographie nicht nur an die langsam verschwindende ostpreußische Sprache erinnern, sondern läßt auch seine Kindheit anhand lustiger Anekdoten Revue passieren.

„Ach, da war ich noch im zartesten Säuglingsalter, als der Alkohol in meinem bis dato noch sehr kurzen Erdenleben doch schon eine Rolle spielen sollte – was mir natürlich meine Eltern erzählten. Bei irgendeiner familiären Einheitsfeier, saß ich auf dem Schoß meiner Mutter und beäugte die vor mir aufgebaute Kaffeetafel mit meinen wachen Säuglingsaugen. Die ‚Alten‘ hatten es sich bequem gemacht und zur Erhöhung der Fidelitas wurden, was in Ostpreußen üblich war, ein, manchmal zwei ‚Körnchen‘ getrunken ... Bei meinem säuglingshaften Rundblick sah ich plötzlich vor meiner Mutter auf dem Tisch ein Gläschen stehen ... setzte es an meinen trinkfreudigen Mund – und das ‚Körnchen‘ war in mir verschwunden! Entsetzt starrten die Erwachsenen ob ihrer mangelnden Aufsichtspflicht auf den trinklustigen ‚Säufling‘.“

Eine sehr fröhliche Autobiographie, in der jedoch auch etwas Wehmut mitschwingt, welche Heinz Adomat auch nicht durch seine mittelprächtigen selbstersdichteten ostpreußischen Büttenreden am Ende des Buches zu überdecken gelingt. *A. Ney*

***Heinz Adomat: „Es gibt so'ne und solche und Pillkaller“**, Biografiewerkstatt Otto, Mainz 2006, 102 Seiten, 12,00 Euro, Best.-Nr. 5948*

Schiller im Gulag

Ehemaliger Sowjetgefangener erinnert an Kultur in Kriegslagern

Ein Buch über Amüsantes aus sowjetischen Kriegsgefangenenlagern? Sind Amüsement und Gulag nicht ein Widerspruch in sich?

85 Jahre ist er alt, bei seinen Kameraden in der Kriegsgefangenschaft wohl hinreichend bekannt als Hein Mayer, im bürgerlichen Leben Karl-Hans Mayer. Nach drei wissenschaftlichen Werken über die Kriegsgefangenen in der Sowjetunion hat er nun ein Buch mit dem Titel „Die Muse im Gulag – Überlebensstrategien gegen Hunger und Hoffnungslosigkeit“ geschrieben, das man in einem Zug durchliest.

Über zehn Jahre lang war Mayer in der Gefangenschaft der Sowjets. Er gehörte zu jenen 37 500, die entgegen den Absprachen der Siegermächte (und natürlich auch gegen jedes Völkerrecht) Ende 1948 nicht entlassen wurden. Die Sowjetunion brauchte Arbeitskräfte. Daher hatte man vorausschauend von 1945 an Listen von Kriegsgefangenen angelegt, die den Siegern aufgefallen waren: Angehörige der Division Brandenburg, der Waffen-SS, der Feldgendarmerie, der Fallschirmjäger, aber auch HJ-Führer, Ia- und 1c-Offiziere und alle möglichen sonstigen, die von antifaschistischen Spitzeln denunziert worden waren. Sie sollten nicht repatriiert werden. Man stellte sie kurzer Hand vor Gerichte und verurteilte sie zum Tode, um sie anschließend zu 25 Jahren Zwangsarbeit zu „begnadigen“. So konnten die Sowjets behaupten, keine Kriegsgefangenen, sondern nur noch „Kriegsverbrecher“ in Gewahrsam zu haben. Beispielsweise war der Fahrer des Obersten Luitpold Steidle zu 25 Jahren verurteilt, weil er einen „faschistischen General“ ohne Visum und bewaffnet durch die Sowjetunion gefahren habe. Ironie der Geschichte: Eben dieser Oberst hatte sich gleich nach der Gefangennahme auf die Seite der Sowjets geschlagen und betätigte sich im Nationalkomitee Freies Deutschland gegen seine ehemaligen Kameraden. Nach Gründung der DDR wurde er dort sogar General. Sein Fahrer aber blieb im Lager.

Die ersten vier Jahre der Gefangenschaft blendet Mayer aus – sie waren zu grausam, die Opfer jener Zeit zu groß. Danach begannen sich die Verhältnisse für die Überlebenden allmählich zu bessern, schon weil man ihre Arbeitskraft ausnutzen wollte. Inzwischen hatten die Gefangenen Nachrichten an ihre Angehörigen schicken können, die zunehmend mit der Besserung der Lebensbedingungen im Westen ihren Söhnen, Vätern, Ehemännern Pakete schickten. Mayer befand sich in einem Lager in Stalingrad, um mit seinen Kameraden den Wolga-Don-Kanal zu bauen. Langsam erwachte wieder der Lebenswille; ein Zeichen dafür waren die Aktivitäten auf allen Gebieten der Kulturarbeit.

Man liest es mit Staunen, was die Gefangenen auf die Beine stellten, obwohl eigentlich alle Mittel dazu fehlten. Es begann mit Erzählrunden, die sich zu Vortragsabenden ausweiteten. Theatergruppen bildeten sich, Chöre fanden sich zusammen, Orchester wurden gegründet, die von den Sowjets sogar mit erbeuteten Musikinstrumenten ausgestattet wurden. Mit primitiven Mitteln wurde eine Bühne errichtet, deren Ausstattung im Laufe der Jahre immer raffinierter wurde. Man trug zusammen, was man einmal – in der Schule, der Universität, im Beruf – auswendig gelernt hatte: Gedichte, Szenen aus Schauspielen, Arien aus Opern und Operetten. Schauspieler schrieben die Texte, die sie noch im Kopf hatten, auf Zementsackpapier. „Kabale und Liebe“ von Schiller stand auf dem Spielplan, die „Feuerzangenbowle“ wurde in Szenen gefaßt. Alle weiblichen Rollen wurden von Männern dargestellt. Und das alles mußte neben der schweren Arbeit bewältigt werden, die die Zwangsarbeiter zu leisten hatten.

Schauspieler schrieben Texte ...

Die Kriegsgefangenen waren kulturell ausgehungert. Mit um so größerer Begeisterung gestatteten sie ihre aus eigener Initiative geborenen kulturellen Tätigkeiten. Aus nichts wurden Kostüme geschneidert, aus den seltsamsten Provisorien Perücken angefertigt. Reichsbühnenbildner Benno von Arent sorgte für Kulissen. Alles wurde unternommen, um die Hoffnung aufrecht zu erhalten.

Erst nach harten Verhandlungen Kanzler Adenauers mit der sowjetischen Führung fanden die letzten deutschen Kriegsgefangenen Anfang 1956 die Freiheit, in der Bundesrepublik begeistert gefeiert. Zwar behaupteten die Sowjets, der letzte Gefangenentransport habe aus „Verbrechern“ bestanden, deren Akten an die deutschen Behörden ausgeliefert werden sollten, doch wartete man darauf vergeblich. Inzwischen sind fast alle, die die Wende noch erlebt haben, von russischen Behörden rehabilitiert.

Auch dieses auf den ersten Blick amüsante Buch gehört zur Geschichte unserer Zeit. Es zeugt von dem Lebenswillen und auch der Qualifikation der damaligen Deutschen, die sich nach Rückkehr in die Heimat daran machten, Deutschland wieder aufzubauen. Ein verdienstvolles und durchaus höchst lesenswertes Buch! *Hans-Joachim von Leesen*

***Hein Mayer: „Die Muse im Gulag – Überlebensstrategie gegen Hunger und Hoffnungslosigkeit“**, bod, Norderstedt 2006, geb., zahlr. Abb., 240 Seiten, 16,80 Euro, Best.-Nr. 5949*



Frieden

Abschied von der Mutter

„Ausgelaugt, mit zitternden Gedanken, durchfahre ich all die Dörfer, die ich, solange Mutter herrisch meine Besuche einklagte, so gut es ging gemieden habe ... In diesen hellen Märztagen verwandelt sich das Land in einen lichten Garten, der, wenigstens auf den zweiten Blick, dem Auge eine milde Schönheit gewährt. Doch die Ortschaften scheinen wie immer unbewohnbar. Einem langen Leben in der teiggen Trägheit dieser Winkel und Weiler wäre, denke ich jedesmal, der kurze Schmerz des Selbstmords vorzuziehen.“

Der Verlag Hoffmann und Campe hat sich des Debüt-Romans des süddeutschen Autors Karl-Heinz Ott erinnert, für den dieser 1998, damals noch absolut unbekannt, den Hölderlin-Preis erhielt. Inzwischen wurde der Autor auch für seinen 2005 erschienenen Roman „Endlich Stille“ ausgezeichnet. Bei „Ins Offene“ erfährt der Ich-Erzähler von dem baldigen Tod seiner kranken Mutter. Der uneheliche Sohn fährt stets ungern zu seiner Mutter, die ihn an seine triste Kindheit erinnert, die vor allem von Friedhofs-Besuchen an den Gräbern verstorbener Verwandter geprägt zu sein schien. Ott verwebt die Kindheitserinnerungen des Ich-Erzählers mit dessen Widerstreben, den baldigen Tod seiner sonst als so erdrückend empfundenen Mutter zu akzeptieren.

Der Sohn wird beim Zwangs-Besuch bei seiner Mutter gezwungen, sich mit seiner Vergangenheit auseinanderzusetzen. „Heimat war: die Erstkommunion und die Firmung, war jene Zeit, als der Pfarrer von der Kanzel herab wie ein Dämon gestikulierte und mit dem Rücken zu den Gläubigen die Messe lateinisch zelebrierte ... Heimat war: das holprige Gedichteaufsagen an Omas Namenstag, das Alleinsein zu dritt nach den häuslichen Feiern und Festen ... Heimat war: der Hof und Heustadel und Kuhstall von Onkel Dolf, seine knarrende, rostige Gerätewelt ... Bei ihm durften wir im Fernsehen die Beerdigung von Adenauer und die erste Mondlandung anschauen ...“

„Ins Offene“ beginnt als eine Reise in die Enge der Heimat des Ich-Erzählers, doch obwohl die Mutter im Sterben liegt, schwebt über den letzten gemeinsamen Tagen von Mutter und Sohn die Versöhnung. Vor allem der Sohn lernt, seine Mutter zu verstehen. Und auch wenn „Ins Offene“ mit einem Abschied für immer endet, so herrscht am Ende nach einem lebenslangen, zermürbenden, zwischenmenschlichen Gerangel so etwas wie Harmonie. *Bel*

***Karl-Heinz Ott: „Ins Offene“**, Hoffmann und Campe, Hamburg 2006, geb., 142 Seiten, 17,95 Euro, Best.-Nr. 5950*

Ungeliebt und zäh

Analyse der Uno



„Haben die Vereinten Nationen eine Zukunft – Eine Vision in Gefahr?“, so der vielversprechende Titel des Buches der Australierin Alison Bronowski und des US-Amerikaners James Wilkinson, der leider mehr Spannung verspricht, als die beiden Autoren einlösen können. Ein Grund dafür, daß das Buch zu wissenschaftlich, behördlich anmutet dürfte die Tatsache sein, daß sie zu sehr im Thema drin sind. Als Diplomaten, Wilkinson arbeitete sogar im UN-Sicherheitsrat, fehlt ihnen die nötige Distanz, Probleme direkt auf den Punkt zu bringen, und so schildern sie manche Details weitschweifig, wo markige Worte mehr gebracht hätten. Trotzdem ist ihre Analyse der Vereinten Nation durchaus interessant, da sie auch auf die Verhältnisse der Mitglieder untereinander und das Urteil ihrer jeweiligen Bevölkerung über die UN eingehen. So hätten zahlreiche US-Regierungen des öfteren die Uno zum Teufel gewünscht und auf die mahnenden Worte der jeweiligen Generalsekretäre gern verzichtet, doch ein Großteil der US-Bevölkerung schätzte das internationale Gewissen, daß leider häufig genug versagt habe.

UN-Charta, die Erklärung der Menschenrechte, die Konvention über den Völkermord, Verträge zum Verbot rassischer Diskriminierung, von Apartheid und Folter, Verträge zum Schutz der Rechte von Frauen, Kindern und Minderheiten – die Vereinten Nationen haben Maßstäbe gesetzt. Auch wenn sich nicht alle Staaten daran halten, so hat man doch eine Diskussionsgrundlage. „Aber die UN-Debatten sind dornenreiche Veranstaltungen. Die größeren Zusammenkünfte, vor allem die alljährlich im September in New York stattfindende Generalversammlung, leben eher von politischer Polemik als von substanziellen Auseinandersetzungen. Viele Regierungschefs nutzen das Forum, um ihrer einheimischen Wählerschaft Botschaften zukommen zu lassen.“

Das Autorenduo schildert anhand zahlreicher Beispiele das Krisenmanagement der Uno. Von Debatten, über Sanktionen zu Friedenseinsätzen der Blauhelmtruppen reicht die Palette. Hierbei verweisen Bronowski und Willkinson auf das größte Problem der UN: Überschneidungen von Interessen wichtiger Mitgliedsstaaten. Dies führe dazu, daß viele Krisen erkannt würden, aber aufgrund besagter Interessenüberschneidungen nichts geschehe.

Auch den Erfolg der Entwicklungshilfe bilanzieren die Australierin und der US-Amerikaner, wobei sie hier aus nachvollziehbaren Gründen zu keinem eindeutigen Ergebnis kommen.

Letztendlich ist „Haben die Vereinten Nationen eine Zukunft – Eine Vision in Gefahr?“ nur Lesern zu empfehlen, die sich intensiv mit dem Thema beschäftigen möchten. Schnelle und griffige Informationen sind hier nicht zu erhalten. *Rebecca Bellano*

***Alison Bronowski, James Wilkinson: „Haben die Vereinten Nationen eine Zukunft – Eine Vision in Gefahr?“**, Parthas, Berlin 2006, geb., 301 Seiten, 34 Euro, Best.-Nr. 5944*

Wir sind alles Lateiner

Warum die deutsche Sprache gar nicht so deutsch ist



„Der Förster ist erpicht darauf, sich zur Feier des Tages ein Dutzend feiner Pfifferlinge auf dem Markt zu kaufen.“ Wer glaubt, es handle sich hier um einen Satz in urdeutscher Sprache, der irrt. In „Romdeutsch – Warum wir alle lateinisch reden, ohne es zu wissen“, erklärt Karl-Wilhelm Weeber, daß fast alle Wörter in diesem Satz Lehnwörter aus dem Lateinischen sind.

Anhand zahlreicher Beispiele aus allen Lebensbereichen führt der Leiter des Wilhelm-Dörpfeld-Gymnasiums in Wuppertal, Professor für Alte Geschichte und Lehrbeauftragte für Didaktik der Alten Sprachen, an, wie sehr unsere deutsche Sprache auf dem Lateinischen basiert. So erfahren wir, daß Begriffe wie „Winzer“, „Becher“, „Kelch“ und „Trichter“ römische Wurzeln haben, Worte wie „Mauer“, „Kamin“ und „Mörtel“ auf den einstigen wirtschaftlichen Einfluß der Römer zurückzuführen sind. Selbst manche der Ausdrücke, die wir als Anglizismen verdammen, sind in Wahrheit lateinischen Ursprungs.

Munter erzählt der Autor Begebenheiten, bei denen nur die regelmäßig hinter einzelnen Worten stehende Klammer mit einem in roter Farbe geschriebenen lateinischen Wort die Herkunft des vermeintlich deutschen Wortes aufzeigt.

Am Ende seiner interessanten, aber anstrengenden Ausführungen greift der Autor in die Sprachwelt der jugendlichen Lateinmuffel ein: „Wen ich so im Lexikon rumcruise (englisch to cruise von lateinisch crux, also kreuzen), stoße ich auf eine Menge Jugendsprachen-Latein. Das sollten sich auch die klarmachen, die bei Lateinarbeiten voll abzukacken drohen (caccare braucht keine Übersetzung).“ *Bel*

***Karl-Wilhelm Weeber: „Romdeutsch – Warum wir alle lateinisch reden, ohne es zu wissen“**, Eichborn, Frankfurt M. 2006, 344 Euro, 26 Euro, Best.-Nr. 5943*

An Grass abarbeiten

Autobiographie des Literaturnobelpreisträgers bietet wenig Spektakuläres



Der Mann neigt zum Exhibitionismus, stellt sich frivol zur Schau, nicht im tatsächlichen Sinne, sondern literarisch, dies aber so, daß im Kopf ein Bild entsteht, welches Ekel hervorruft. Die Wollust ist bei ihm zwar nur ein Randthema, denn es geht ihm meistens um einen politisch moralischen Anspruch, aber immerhin.

Richtig, es geht um den Literatur-Nobelpreisträger Günter Grass. In seinem jüngsten Buch „Beim Häuten der Zwiebel“ hat er seinen Kriegsdienst bei der Waffen-SS, Division Frundsberg, bekannt – Aufruhr allerorten. Grass provoziert und vermarktet sich selbst. Das hat er schon bei der Mutter gelernt, für deren Kolonialwaren-Geschäft er die Außenstände mal mit guten, mal mit drohenden Worten eintrieb und dabei selbst gut verdiente. Seine Mutter überließ ihm einen beträchtlichen Prozentsatz des eingetriebenen Geldes. Anecken und Verkaufen, das kann Grass bis heute.

Über das Buch ist wenig geschrieben worden, der Widerspruch zwischen real-verlaufener Vergangenheit einerseits und moralischem Anspruch andererseits hatte alles andere überlagert. Widmen wir uns dem Buch. Kindheit und Jugend des Danzigers sind allemal interessant. Grass erinnert sich und das Erlebte entlockt er seinem Gedächtnis Zug um Zug, oder besser: Schale um Schale einer Zwiebel. Dies ist nicht immer glaubwürdig, zumal Günter Grass sich ohne Zweifel seiner ehemaligen Zugehörigkeit zur Waffen-SS immer bewußt war, er also die Öffentlichkeit, die er als Moralapostel von hoch oben überwachte, belogen hatte. Der Dienst in der Waffen-SS ist Grass nicht vorzuwerfen, wohl aber das Verschweigen bei zeitgleichem öffentlichen Predigen gegen frühere Kameraden.

Günter Grass ist der lebende Widerspruch. Er geißelt zum Beispiel den kritischen Umgang mit alten SED-Kadern in der Nach-Wendezeit. „So erging es vielen, denen man eine falsche Biographie nachsagte; die mit der richtigen wußten schon immer, was falsch zu sein hatte.“ Dabei meint er ernsthaft nicht sich selbst. Grass beschreibt sich, als normalen Danziger Jungen, der Helden mag, Streiche spielt, ein unterdurchschnittlicher Schüler ist und in der HJ mitmarschiert. Er distanziert sich aber von seiner Kindheit, indem er immer wieder von sich in dritter Person spricht, sonst aber als Ich-Erzähler im Vordergrund verweilt.

Grass ist vielseitig. Seine beruflichen, künstlerischen und literarischen Ausflüge, die er bis in die 60er Jahre hinein beschreibt, und das Gesamtbild seiner Jugendjahre offenbaren einen Günter Grass, dem man alles zutraut: vom Nobelpreis bis zur Leiche im Keller.

Das Buch dürfte nicht nur alte „Frundsberger“ interessieren. Wer sich an Grass abarbeiten möchte, und da gibt es viel zu tun, der muß ihn lesen. *B. Knapstein*

***Günter Grass: „Beim Häuten der Zwiebel“**, Steidl Verlag, Göttingen 2006, geb., 480 Seiten, 24 Euro, Best.-Nr. 5682*

Zylinder und Farben

Polizeiautos im Wechsel der Zeiten



Auch wenn wir keine Kriminellen sind, begleiten uns Polizeifahrzeuge durch unser Leben. Sie sind ein integraler Bestandteil des öffentlichen Raumes. Und durch ihr signifikantes Farbdesign, ihre heulenden Sirenen und ihr blinkendes Blaulicht erheischen sie unsere Aufmerksamkeit. Da es auch auf dem Gebiete des Automobilbaus Fortschritte und auch Moden gibt, gibt es Modellwechsel, und da Autos nicht für die Ewigkeit gebaut werden, werden diese Modellwechsel von den Fahrzeugparks der Polizeien nachvollzogen, so daß jemand, sofern er sich denn etwas für Polizeifahrzeuge interessiert, einzelnen Phasen der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland oder seiner eigenen Biographie bestimmte Fahrzeuge zuordnen kann. Aus allen diesen Gründen ist es gut, daß Achim Schmidt und Kai Schwarz sich in einer leicht verdaulichen, stark bebilderten und nicht zu teuren Monographie der Geschichte der (bundes)deutschen Polizeifahrzeuge angenommen haben.

Nach der Einleitung, in der die beiden Autoren zur Klärung der Begrifflichkeiten eine Differenzierung zwischen den unterschiedlichen Polizeifahrzeugarten vornehmen, folgt ein Kapitel über die „Farbgebung der deutschen Polizeifahrzeuge seit 1945“. Hier erfährt der Leser, wie es den Innenministern der Bundesländer in den 70er Jahren gelungen ist – analog zu den Uniformen – auch beim Farbdesign der Autos der Landespolizeien eine fast ausnahmslose Vereinheitlichung über Bundesländergrenzen hinweg zu erreichen, und weshalb diese Einheitlichkeit – anlog zu jener der Uniformen – inzwischen wieder dabei ist verlorenzugehen.

Interessant ist es auch in einem anderen Abschnitt dieses Kapitels nachzulesen, wie die Demilitarisierung des Bundesgrenzschutzes, seine Entwicklung zur Bundespolizei sich – analog zu den Uniformen – auch in einer Angleichung des Farbdesigns der Autos an jene der Landespolizeien widerspiegelt.

Der Schluß des Kapitels ist schließlich der Farbgebung der DDR-Volkspolizei gewidmet.

Auch ein Stück eigene Geschichte

Es folgt der Hauptteil des Buches, der aus rund 700 meist farbigen, großformatigen Fotos von bundesdeutschen Polizeiwagen, aber auch -motorrädern besteht, die mit Erläuterungen versehen sind. Diese Landfahrzeuge sind erst einmal nach ihren über 40 Marken geordnet, deren Geschichte zu Beginn kurz vorgestellt wird. Innerhalb der Marken erfolgt eine Gliederung nach Typen und innerhalb der Typen größtenteils nach Chronologie. Die besseren Bilderläuterungen erhalten Informationen über das abgebildete Polizeifahrzeug oder die Verwendung des Modells bei der Polizei. Leider hatten Achim Schmidt und Kai Schwarz augenscheinlich nicht zu allen Fotos genügend Informationen dieser Art, so daß sie ab und an darauf ausweichen, zu beschreiben, was man ohnehin sieht, oder allgemeine, nicht polizeispezifische Informationen zu den abgebildeten Modellen zu geben. Letzteres ist zwar nicht unbedingt uninteressant, ist in einem Buch über Polizeifahrzeuge jedoch nur die zweitbeste Lösung. Zu einigen Modellen werden darüber hinaus Tabellen mit Informationen über die Bauzeit, die Zylinder-, Kubikzentimeter- und PS-Zahl, die Beschleunigung von 0 auf 100 Stundenkilometer, die Höchstgeschwindigkeit sowie den Kraftstoffverbrauch geboten.

Dem 326 Seiten starken Hauptteil folgen analog aufbereitete Fotos von Landfahrzeugen der DDR-Volkspolizei sowie Booten, Schiffen und Hubschraubern der Landespolizeien und der Bundespolizei beziehungsweise des Bundesgrenzschutzes.

Wer schon als Kind beim Laternenumzug am faszinierendsten das zur Sicherung mitfahrende Begleitfahrzeug der Polizei fand, kann mit diesem Buch ein paar schöne Tage verleben und beim Anblick des einen oder anderen Polizeiwagens selbstvergessen in Erinnerungen schwelgen: „Ach ja, an den kannst du dich auch noch erinnern.“ *Manuel Ruoff*

***Achim Schmidt und Kai Schwarz: „Die Fahrzeuge der Polizei“**, Edition XXL, Fränkisch-Crumbach 2006, geb. 404 Seiten, durchgängig farbige Abbildungen. 14,95 Euro, Best.-Nr. 5945*

See von Ehrbegriffen

Porsche-Chef geißelt gewinnmaximierende Manager



„Ein Buch? Hat der Chef von Porsche nicht etwas Besseres zu tun?“ Mit dieser durchaus berechtigten Frage beginnt das Buch von Wendelin Wiedeking. Was der Leser sodann auf 236 Seiten erfährt, könnte man am besten als Erbauungs-Lektüre bezeichnen. Hier hat sich einer von altem Schrot und Korn den Frust von der lauteren Seele geschrieben – könnte man meinen. Einer, der sein Manager-Herz noch an der rechten Stelle trägt. Wiedeking prangert an. Schreibt von „getunten Quartalsberichten“, „windschnittigen Managementzöglingen“, „Jüngern des Shareholder-Value“ und sogar von „Sozialrambos“!

Wann hat man dagegen letztmals den Begriff „Vertrauen“ im Zusammenhang mit Managern gelesen? Wann „Verantwortungsbewußtsein“? Dazwischen lesen wir von „Vorbildern“, „Integrität“, „sozialer Kompetenz“, „Fairneß“, „Fleiß“, „Zielstrebigkeit“, „Gemeinwohl“ schließlich sogar von „Glaubwürdigkeit“. Das Ganze gipfelt in dem alten – natürlich westfälischen – Motto: „Ehr is Dwang gnog“. Was soviel bedeutet wie: „Ehre ist Zwang genug“. Ein toller Spruch! Er steht noch heute in großen Lettern auf goldgelben Grund in Münster – natürlich in Westfalen. Und zwar an der Wand des Krameramtshauses der traditionsreichen Kaufmannschaft, wie wir im Kapitel „Zocker und Zyniker“ erfahren. Das waren noch Zeiten! Zwischenzeitlich kommt freilich der Eindruck auf, der Autor bade gleichsam in einem See von Ehrbegriffen. Wiedeking genießt jeden Wellenschlag. Ganz zwanglos erfährt man, daß er sogar die Ehre hatte, den „Peter-Stihl-Preis“ verliehen zu bekommen. Den erhalten Personen, die sich „um die Entwicklung der Stadt Stuttgart und ihres Umlandes verdient gemacht haben“. Der gute Westfale Wiedeking. Er hat ja sooo recht. Man ist versucht, an jeden seiner Sätze einen Haken zu machen. Das ganze Geschreibsel hat indes einen weiteren Haken. Ehrendoktor Wiedeking praktiziert exakt das, was er wortreich anprangert.

Die horrenden Gewinne macht er nämlich nicht „im Herzen von

... und läßt selbst im Ausland produzieren

Baden-Württemberg, dem Hochlohnland im Hochlohnland Deutschland“. Die stammen aus dem Ausland. Mehr als 20000 Boxter und Cayman laufen bei Valmet in Finnland vom Band. Die Finnen arbeiten – Porsche kassiert. Noch mehr Profit macht Porsche durch Billig-Arbeiter im Osten. Wiedeking verbreitet die Mär, der Cayenne entstehe in Leipzig. Der Wagen läuft indes im Osten vom Band. In der VW-Fabrik in Preßburg. Dort erhalten die Arbeiter 1/6 der deutschen Löhne. Dafür arbeiten sie 42 Stunden pro Woche – mit vier Schichtbesatzungen. Um den Grad der Fertigstellung zu vertuschen, läßt man Räder und Motor weg. Auf Paletten gelangt der Porsche nach Leipzig. So entsteht der Eindruck, der Cayenne werde erst dort zum „Porsche“. Bei VW macht daher der kecke Spruch die Runde: „Vier Schrauben und der Porsche ist fertig.“ Made in Germany – á la Wiedeking! So viel zum Thema „Glaubwürdigkeit“ des ehrbaren Westfalen. Ob das nun „Basar-Ökonomie“ ist, im Sinne Sinns, oder doch eher „Parasit-Ökonomie“, muß sicher noch präzise geprüft werden. Möglich wurde das innovative Porsche-Profit-Modell nämlich erst durch die Hilfe von Porsche-Eigner und VW-Aufsichtsratchef Ferdinand Piech.

Nun wird auch dem Dümmsten klar, was der Westfale mit seinem Einstieg bei VW bezweckte. „Wir wollten einfach nur unser in den vergangenen Jahren so erfolgreiches Geschäftsmodell absichern“, erfahren wir dazu in seinem Buch. Das ist ehrlich! Welcher Parasit läßt sich schon gerne das Wirtstier nehmen? Ob das allerdings „die Orientierung ist, die die Eliten in Wirtschaft und Politik in diesen Umbruchzeiten vermitteln sollten“, ist mehr als fraglich. VW-Aufsichtsrat Wiedeking sollte seinem Kollegen Wulff lieber beim „Ausmisten“ von VW helfen. Statt dessen sollen Bordell-Besuche vormaliger VW-Kollegen von der Versicherung bezahlt werden. Untreue finanziell „legalisiert“! *H.-J. Selenz*

***Wendelin Wiedeking: „Anders ist besser – Ein Versuch über neue Wege in Wirtschaft und Politik“**, Piper, München 2006, 240 Seiten, geb., 19,90 Euro, Best.-Nr. 5930*

Mit Strom 210,3 Stundenkilometer schnell

Die Königliche Militär-Eisenbahn (K.M.E.) zwischen Berlin-Schöneberg und Jüterbog schrieb Technikgeschichte

Von MANUEL RUOFF

Der Krieg ist der Vater aller Dinge", lautet eine Weisheit Heraklits. Es gibt allerdings Ausnahmen. So zeichnen sich einige große Feldherren der Kriegsgeschichte dadurch aus, daß sie Erfindungen der Friedenszeit für friedliche, zivile Zwecke im Kriege militärisch genutzt haben. Einer der bekanntesten von ihnen ist der preußische Generalstabschef Helmuth Graf von Moltke. Ohne die Nutzung des Telegraphen für die Befehlsübermittlung und der Eisenbahn für den Truppentransport hätte er seine Strategie des vereinten Schlagens bei getrenntem Marschieren kaum zu solcher Blüte treiben können wie in den Einigungskriegen.

In der heimatlichen Etappe war es etwas anderes, aber nahe der Front und im Feindesland wollte man sich beim Truppentransport nicht auf zivile Bahnbedienstete verlassen. So wurde eine Eisenbahntruppe aufgebaut. Ihre Aufgabe lag – um es mit den Worten einer Denkschrift aus dem Jahre 1866 zu sagen – „a) in der Wiederherstellung zerstörter Eisenbahnstrecken resp. Neuanlage kurzer Verbindungsstrecken, auch Umgehung eingeschlossener Festungen, b) in Inbetriebsetzung dieser Strecken derart, daß sie den Linienkommissionen zur Benutzung für Militärtransporte übergeben werden könnten". Nach den im Deutsch-Französischen Krieg 1870/1871 gemachten guten Erfahrungen mit den maßgeblich aus eingezogenen Eisenbahnern bestehenden Feld-Eisenbahn-Abteilungen befahl der preußische König „die Formierung eines Eisenbahn-Bataillons aus geeigneten Mannschaften des aktiven Dienststandes der Infanterie und der Pioniere unter entsprechender Verwendung des in den Feld-Eisenbahn-Abteilungen vorhandenen Personals und Materials". Stationiert wurde dieses nun auch in Friedenszeiten stehende Bataillon in Berlin-Schöneberg.

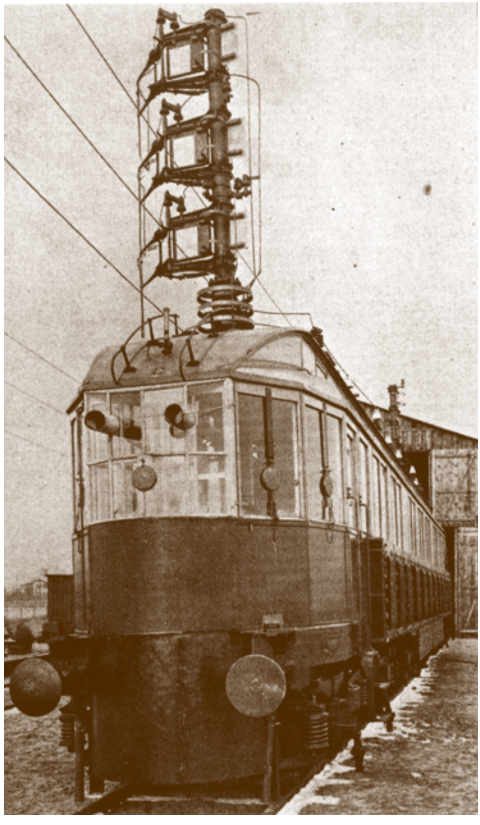
Um ihre Aufgabe im Kriege, sprich den Bau und die Inbetriebnahme von Eisenbahnstrecken, zu üben, sollte die Truppe eine Bahnlinie bauen und befahren, die „Königliche Militär-Eisenbahn" (K.M.E.). Die Wahl fiel auf eine Streckenführung, für die eine sowohl militärische als auch zivile Nachfrage bestand. Die Strecke begann beim Quartier der Militäreisenbahner in Schöneberg und führte dann über Marienfelde, Mahlow, Rangsdorf, Zossen, Mellensee-Saalow, Rehagen / Klausdorf und Sperenberg zum Schießplatz Kummersdorf, wo der erste Bauabschnitt endete. Der zweite führte dann weiter über Schönefeld, Jänickendorf, Kolzenburg, Werder / Kloster Zinna zum Truppenübungsplatz Jüterbog. Diese Streckenführung erschien insofern sinnvoll, als hier einerseits Soldaten zwischen ihrem Quartier in Berlin und ihrem Übungsplatz vor den Toren der Stadt transportiert und andererseits die Produkte der Gipsfabriken und Ziegeleien im Raum Sperenberg und Klausdorf in die prosperierende und wachsende Hauptstadt gebracht werden konnten. Um eine zusätzliche Einnahmequelle zu gewinnen, stand die Nutzung der Bahn nämlich auch Zivilisten offen.

1874 wurde in Schöneberg mit dem Bau begonnen. Aus Gründen der Kostenersparnis verliefen die Gleise bis zum rund 30 Kilometer entfernten Zossen auf einem gemeinsamen Planum mit der Berlin-Dresdener Eisenbahn. Dort bog dann die Militärbahn Richtung Südosten ab. 1875 wurde die insgesamt 45,6 Kilometer lange Teilstrecke Schöneberg–Kummersdorf eröffnet. 1894 wurden die Arbeiten am 24,9 Kilometer langen zweiten Bauabschnitt zwischen Kummersdorf und Jüterbog begonnen, auf dem 1897 der Betrieb aufgenommen wurde.

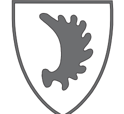
> Der verbliebene Rest steht heute unter Denkmalschutz

Zu den Aufgaben der Eisenbahntruppe gehörte bis zu einem gewissen Grade auch die Erprobung. Dieses schloß Versuche mit strombetriebenen Schienenfahrzeugen ein, welche die Militäreisenbahn über den Kreis der Militärs bekannt machten. Die Tests erfolgten in Zusammenarbeit mit „Siemens & Halske" sowie der „Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft" (AEG), die je einen Schnelltriebwagen zur Verfügung stellten. Darüber hinaus sorgte AEG für die Energie, indem es die Einspeisung dreiphasigen Wechselstroms von 10 000 Volt bei 45 bis 50 Perioden pro Sekunde von ihrem Elektrizitätswerk in Oberschöneweide durchführte, während „Siemens" für die dreipolige Fahrleitung auf der 23 Kilometer langen Teststrecke zwischen Marienfelde und Zossen verantwortlich zeichnete. Die Eisenbahntruppe trug zum Gelingen der Versuche dadurch bei, daß der Oberbau auf der Versuchsstrecke derart optimiert wurde, daß die sogenannte „Gummibahn" als eine der weltweit bestgepflegten ihrer Zeit galt. Derart gut vorbereitet, wurden Großversuche mit den Schnellbahnwagen durchgeführt, die am 28. Oktober 1903 mit dem Erreichen einer Rekordgeschwindigkeit von 210,3 Stundenkilometern ihren Höhepunkt fanden.

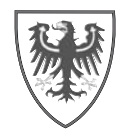
Der Erste Weltkrieg brachte das Ende der Militäreisenbahn in Raten. Ab 1915 hatte das Militär nicht mehr genügend Kapazitäten zum Betrieb der Eisenbahn und die zivile Eisenbahndirektion Halle übernahm diese Aufgabe. Das Versailler Diktat verlangte von den Deutschen den Verzicht auf Eisenbahntruppen einschließlich Ausbildungseinrichtungen. Die zivile Eisenbahndirektion Berlin übernahm deshalb die Bahn. Dadurch verliefen zwischen Berlin und Zossen nun zwei zivile Eisenbahnlinien nebeneinander. Dieser Streckenabschnitt der ehemaligen Militäreisenbahn wurde demontiert. 1996 wurde die Strecke Sperenberg–Jüterbog stillgelegt und 1998 schließlich auch noch das verbliebene Stück zwischen Sperenberg und Zossen. Seit 2000 stehen die Bahnanlagen unter Denkmalschutz, seit 2003 bietet ein Privatunternehmen auf dem verbliebenen Streckenrest Fahrten mit der Draisine an. Das ist alles, was von der „Königlichen Militär-Eisenbahn" geblieben ist.



Auf dem K.M.E.-Bahnhof Marienfelde: Schnelltriebwagen der Firma „Siemens" Foto: Archiv



Das Ostpreußenblatt



Nr. 47 – 25. November 2006

Hinweis auf 21. Längengrad

Überquert man bei Reisen in Afrika, Amerika oder Asien den Äquator, so wird man zumindest an gängigen Routen wenigstens durch ein Schild darauf aufmerksam gemacht. Ebenso markiert wurde an manchen Orten der Verlauf des Wendekreises des Krebses (auf der nördlichen Halbkugel) beziehungsweise des Wendekreises des Steinbocks (in der südlichen Hemisphäre). Auch der 0. Meridian im Londoner Stadtteil Greenwich ist in auffälliger Weise gekennzeichnet.

Ostpreußen liegt zwar weit abseits von den erwähnten Koordinaten, aber trotzdem kann man auch dort etwas ähnliches finden: Ortelsburg wird nämlich vom 21. Grad östlicher Länge durchschnitten, worauf in der Stadt an der entsprechenden Stelle durch eine in den Boden eingelassene Metalleiste hingewiesen wird. An deren einem Ende steht ein Stein, der die Richtung nach Süden (Poludnik) zeigt und in den überdies eine stilisierte Erdkugel mit dem Gitternetz von Längen- und Breitengraden sowie die Bezeichnung 21° E (East) eingraviert ist. Kein Touristenführer weist auf diese Besonderheit hin, und selbst vielen alten Ortelsburgern ist der Standort unbekannt, der bei Ostpreußen-Reisen durchaus einen Foto-Abstecher wert wäre.

Wolfgang Reith



Neues Bernsteinmuseum

Danzig hat mit der Präsentation des »Goldes der Ostsee« eine neue Attraktion

Von Gerhard Olter

In Danzig wurde im Gebäude des früheren Stockturms am Kohlmarkt ein Bernsteinmuseum Danzig feierlich eröffnet.

Das erste Bernsteinmuseum – das westpreußische Provinzmuseum – entstand in Danzig vor 300 Jahren. Es befand sich im Grünen Tor und verfügte nach jener in Königsberg über die zweitgrößte Bernsteinsammlung der Welt. Die Sammlung dieses Museums ging im Krieg verloren, einige wenige Stücke, die diese Zeit überdauerten, kann man heute im „Muzeum Ziemi" (Museum der Bodenschätze) in Warschau besichtigen.

Seit Anfang der 90er Jahre bemühen sich die Danziger Juweliere um ein neues Bernsteinmuseum. In der Stadt gibt es 3000 Werkstätten und Bernsteingalerien, in denen einige tausend Menschen arbeiten. Die bernsteinverarbeitende Industrie blickt hier auf eine lange Tradition zurück. Es gibt wohl keinen anderen Ort auf der Welt, an dem ein so reichhaltiges Wissen über die Verarbeitung dieses Naturprodukts besteht.

Der ehemalige Folterturm wurde als Sitz für das Museum ausgewählt, da er als gut geschütztes Bauwerk einen idealen großen Safe abgibt. Dieses Jahr begannen die Umbauarbeiten am Gebäude. Um es für die neue Funktion umzustrukturieren, waren komplizierte technische Probleme zu lösen. So mußten beispielsweise die Ventilation, die Brandschutzeinrichtungen sowie die Sanitär- und Sicherheitsanlagen nach den Vorgaben des Denkmalschutzes erstellt werden.

Die Ausstellung besteht aus drei Teilen. Die Besichtigung beginnt im zweiten Stock, wo in multimedialer Form ein Bernsteinwald, wie er möglicherweise vor 40 Millionen Jahren ausgesehen hat, präsentiert wird. Dort kann man auch Inklusen besichtigen, das heißt in Bernstein eingeschlossene Pflanzen oder Tiere, bewundern.

Eine Etage höher wird der Besucher mit der Geschichte des Bernsteins im Gebrauch des Menschen vertraut gemacht. Dieser reicht über die Magie und andere Glaubensrituale bis hin zur Heilkunst. In diesem Bereich findet man zahlreiche Leihgaben anderer Museen. Hier ist auch ein bedeutender Teil der durch die Stadt Danzig käuflich erworbenen Sammlung des Münchner Bernsteinantiquars Georg Laue ausgestellt.

Darüber ist eine Sammlung von Danziger Bernsteinkunst zu bewundern, unter anderem das sogenannte „Ewige Kabinett", datiert „Danzig 28 Julius AD 1724", das von dem berühmten Danziger Bernsteinkünstler Johann Georg Zarenbach stammt. In der vierten Etage ist die Sammlung von Dorota und Lucjan Myrta aus Zoppot untergebracht. Es handelt sich hierbei um eine der weltweit größten Sammlungen von Bernsteinkunst, darunter eine 500 Kilogramm schwere, aus Bernstein angefertigte Schatzkiste. In der obersten Etage des Turms schließlich sind zeitgenössische Bernsteinarbeiten ausgestellt, darunter auch Gebrauchsgegenstände.

Während der Vernissage waren ausgesprochen wertvolle Leihgaben anderer Museen zu sehen, die speziell zu diesem Anlaß vom Vatikanmuseum, der Eremitage, der Bernsteinkammer in Carski Siol und dem Bernsteinmuseum in Königsberg zur Verfügung gestellt worden waren. Das Vatikanmuseum zeigte Schätze aus den Zeiten der Etrusker und des Römischen Reiches.

Im Danziger Einkaufszentrum Manhattan in Langfuhr nimmt das Bernsteinzentrum eine ganze Etage ein. Dort hält die Höhere Bernsteinschule seit Oktober Kurse zur Bernsteingewinnung sowie zum Entwurf und der Herstellung von Schmuck und Gebrauchsgegenständen ab. *(KK)*



Bernstein: Dem „Gold der Ostsee" ist in Danzig ein neues Museum gewidmet. Foto: privat

Stichkanal durch Nehrung

Kaczynski verspricht in Elbing eigenen Zugang zur Ostsee

Um Elbing einen ungehinderten Zugang zur Ostsee zu ermöglichen, hat Polens Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski in der Hafenstadt den Bau eines Schiffahrtskanals durch die Frische Nehrung versprochen. Die Finanzierung ist bereits geklärt. So hat Kaczynskis Minister für Meereswirtschaft, Rafal Wiechecki, wissen lassen, daß die Regierung hierfür umgerechnet 80 Millionen Euro bewilligen werde. Dem Projekt werde im Programm „Infrastruktur und Umwelt" Priorität eingeräumt. Offen scheint jetzt nur noch der Baubeginn.

Das Frische Haff ist mit der Ostsee nur durch das Pillauer Tief verbunden. Diese Verbindung liegt im russisch verwalteten Teil des Haffes und ist für den polnischen Schiffsverkehr praktisch geschlossen.

Im Jahre 1945 wurde zwar ein polnisch-sowjetischer Vertrag unterzeichnet, der Schiffen unter polnischer Flagge nach vorhergehender Genehmigung im Einzelfalle die Fahrt durch das Pillauer Tief grundsätzlich erlaubt. Die russische Seite hat jedoch das Recht, Durchfahrten zu verweigern und die Prozedur zur Erlangung einer Durchfahrtsgenehmigung ist sehr lang. Außerdem verlangen die Russen eine hohe Gebühr für das Führen des Schiffes durch einen Lotsen. Die Notwendigkeit eines Lotsen wird mit technischen Schwierigkeiten begründet. Die Russen argumentieren, daß im Schiffahrtsweg auf der unter russischer Souveränität stehenden Seite des Haffes viele gefährliche Wracks lägen und die Führung durch einen Lotsen deshalb aus Sicherheitsgründen nötig sei. In der Praxis führt der Lotsenzwang dazu, daß eine Fahrt durch das Pillauer Tief für polnische Schiffe praktisch unmöglich ist. Andere als polnische und russische haben sowieso keine Chance. Das Ergebnis ist, daß Elbing als Meereshafen praktisch aufgehört hat zu existieren. Daß hiervon auch polnische Segelschiffe betroffen sind, trifft zusätzlich den polnischen Tourismus auf dem und um das Haff.

Polnische Bemühungen, das Problem zu lösen und das Pillauer Tief für die internationale Schiffahrt zu öffnen, scheiterten bisher an der russischen Seite. Zusätzlich erschwert werden Lösungsversuche dadurch, daß in Pillau Rußlands Baltische Flotte liegt und deshalb die Russen an möglichst wenig internationalem Schiffsverkehr in diesem Raum interessiert sind.

Ökologisch ist der Stichkanal im polnisch verwalteten Süden der Nehrung nicht unproblematisch, da die Ostsee Salzwasser und der südliche Teil des Frischen Haffes reines Süßwasser mit entsprechend vielen Süßwasserfischen hat. Gespräche mit den Gegnern des Kanalbaus stellte Meereswirtschaftsminister Wiechecki bereits in Aussicht. *E. B.*

MELDUNGEN

PO gewann die meisten Sitze

Allenstein – Bei den Wahlen zum Parlament der Ermländisch-Masurischen Woiwodschaft hat die „Bürger-Plattform" (PO) mit zehn die meisten Sitze. Sieben Mandate fielen an die „Polnische Volkspartei" (PSL), sechs an die Partei „Recht und Gerechtigkeit" (PiS), vier an „Samoobrona" und drei an die Linken. Um die 30 Parlamentssitze hatten sich 421 Kandidaten beworben.

Mord in Mafiamanier

Königsberg – Oleg Pogrebnjak, ein vorbestrafter Schwerkrimineller, ist mit seinem Leibwächter einem Mordanschlag zum Opfer gefallen. Der Täter erschoß die beiden von einem Motorrad aus.

Endgültig heimgekehrt

Heinz Wolfs Lebenskreis hat sich in Ostpreußen geschlossen

Von WALTER T. RIX

Besucher des nördlichen Ostpreußens werden sich mit Freude und Dankbarkeit an das gastfreie Haus von Heinz Wolf in Großrominten erinnern. Heinz Wolf war ein Pionier und zugleich ein Mann der Konsequenz. Er zählte zu den ganz wenigen, die es wagten, in die Heimat zurückzukehren, und zwar nicht als Tourist, sondern als „Einheimischer", der sich wieder im Ort seiner Herkunft niederläßt. Nach seiner Pensionierung als Verlagsbuchhändler in Köln zog der 1931 in Großrominten Geborene mit Sack und Pack in seinen Geburtsort zurück. Das war natürlich erst nach Überwindung der größten Schwierigkeiten sowohl persönlicher als auch politischer Natur möglich. Aber mit seiner Entschlußkraft setzte er sich über alle Hindernisse hinweg. In Großrominten wählte er das abseits des Dorfes am Waldrand gelegene Haus des ehemaligen Bahnhofvorstehers als Wohnsitz und ließ es grundlegend renovieren. Es wurde ihm zu einem behaglichen Heim und zahlreichen Besuchern, darunter auch wiederholt Jugendgruppen, zu einem gastfreundlichen Haus.

Er zählte zu den ganz wenigen, die nicht nur als Tourist in die Heimat zurückkehrten

Dem Buch bereits beruflich verbunden, legte er großen Wert darauf, seine umfangreiche und eindrucksvolle Bibliothek, die er bis zuletzt erweiterte, mit nach Großrominten zu nehmen. Hinzu kamen die Abonnements mehrer Zeitschriften sowie des *Ostpreußenblattes* beziehungsweise der *PAZ*. So wurde sein Wohnzimmer zu einem geistigen Forum, in dem man, vermittelt durch die Impulse der umgebenden Bücher, Gedanken austauschen konnte. Mit seinem wachen Geist verfolgte Heinz Wolf die Geschehnisse in der Bundesrepublik Deutschland. Er zeichnete sich gleichzeitig durch seine vorzüglichen Einblicke in die Tendenzen der russischen Politik aus. Auf ausgedehnten Waldspaziergängen konnte man dann, begleitet von drei geliebten Hunden, die in der Bibliothek erörterten Gedanken fortsetzen, nicht ohne daß Heinz Wolf bestimmte Tendenzen in der Bundesrepublik kritisch und ironisch kommentierte. Überhaupt fand er es zunehmend schwieriger, sich mit der Bundesrepublik zu identifizieren.

Heinz Wolf: Kurz vor seinem Tod
Foto: privat

Das Verhältnis zu den russischen Behörden war einvernehmlich, und die Dorfbewohner respektierten ihn als aufrechten und standhaften Deutschen. Stark gelitten hat er unter zwei brutalen Überfällen, durch die er auch erheblich verletzt wurde. Die Täter hatten sich ausgerechnet, daß sein einsam gelegenes Haus besonders leicht zu überfallen und bei ihm besonders viel zu holen sei. Glücklicherweise wurden die Verbrechen von den russischen Behörden schnell aufgeklärt. Es nagte besonders am Herzen von Heinz Wolf, daß die Täter ausgerechnet Rußlanddeutsche waren, die er vorher unterstützt hatte. Bei einem Überfall wurden ihm sämtliche Papiere entwendet. Nicht ohne Bitterkeit erzählte Heinz Wolf in diesem Zusammenhang, daß ihm die russischen Behörden weitaus besser geholfen hätten als das deutsche Konsulat in Danzig.

Zunehmende Einsamkeit und schwermütige Gedanken scheinen ihn geplagt zu haben

Ein verhängnisvoller Schicksalsschlag war für ihn der schwere Verkehrsunfall, den ein polnisches Auto in der Nähe von Prenzlau verursachte. Die Kunst der Charité vermochte zwar, ihn trotz des Schädelbruchs und des zweimal gebrochenen Beines wiederherzustellen, aber infolge der hochgradigen Zuckerkrankheit vollzog sich die Heilung nur sehr zögerlich. Zweifellos hat der anhaltende Krankheitszustand in Zusammenhang mit seiner Enttäuschung über den Weg der Bundesrepublik seine mentale Verfassung äußert negativ beeinflußt. Seit dem 6. November 2006 ist Heinz Wolf endgültig heimgekehrt. Am 11. November wurde er in Anwesenheit von 50 Trauergästen, darunter leider keiner aus der Bundesrepublik Deutschland, zu Grabe getragen.

Besucher in jüngster Zeit berichteten von zunehmender Einsamkeit und schwermütigen Gedanken. Heinz Wolf erwähnte sogar, daß er sich bereits einen Platz auf dem alten Dorffriedhof von Großrominten ausgesucht habe. Nun hat ihn die ostpreußische Erde für immer wieder. Auch das ist als ein Vermächtnis von Heinz Wolf zu verstehen. Aber dieses Vermächtnis erfüllt uns jetzt mit Trauer und Schmerz. Die große Bibliothek, in der sich so viele Gedanken entwickelt haben, ist jetzt verwaist. In den vielen Besuchern hingegen leben die Gedanken weiter und verbinden sich mit dem Bild der Persönlichkeit von Heinz Wolf.

Treuespende für Ostpreußen

Liebe ostpreußische Landsleute, verehrte Leser der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* und des *Ostpreußenblattes,*



was wir für unsere dreigeteilte Heimat Ostpreußen tun können, verwirklichen wir mit Hilfe Ihrer hochherzigen Spenden und aus eigenen Mitteln. Auch im vergangenen Jahr folgten Sie zahlreich dem Spendenaufruf und ermöglichten uns damit die Fortsetzung unserer segensreichen Arbeit zum Besten Ostpreußens und seiner Menschen. Es sind die vielen kleinen Zuwendungen, die entscheidend zum Gesamtaufkommen beitragen, einige unserer Weggefährten konnten sogar namhafte Beträge erübrigen oder haben uns im Rahmen von Vermächtnissen bedacht. Allen Spendern sage ich ein herzliches Dankeschön. Für den sinnvollen Einsatz der eingehenden Spenden verbürgt sich der Bundesvorstand in seiner Gesamtheit.

Der satzungsgemäße Auftrag zum Erhalt kulturhistorischer Bausubstanz, zur Förderung der Völkerverständigung, der Heimatpflege und Kultur, der Wissenschaft und Forschung wird erfüllt durch eine Vielzahl von Projekten, welche die Landsmannschaft mit Hilfe der Treuespende im Ostheim in Bad Pyrmont, im Haus Kopernikus in Allenstein oder an anderen Orten in Ostpreußen durchführt. So fand am 23. Juli auf dem Gelände der Feste Boyen in Lötzen ein „Ostpreußisches Sommerfest" statt, an dem neben den Deutschen Vereinen aus dem südlichen Ostpreußen auch Abordnungen der Deutschen aus Memel und Heydekrug vertreten waren. Mit dem schrittweisen Ableben der Erlebnisgeneration schwindet auch das Wissen um Ostpreußen. Die junge und mittlere Generation ist über den herausragenden Beitrag, den das Land zwischen Weichsel und Memel für die deutsche und europäische Geistes- und Kulturgeschichte geleistet hat, nur unzureichend oder gar nicht informiert. Aus diesem Grund unterstützt die Treuespende Einrichtungen wie das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg oder das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen, die mit Ausstellungsprojekten und Veranstaltungen auch gezielt Menschen außerhalb des Vertriebenenbereiches ansprechen. So konnten aus Mitteln der Treuespende aus dem privaten Nachlaß des letzten Direktors der Königsberger Bernsteinmanufaktur bedeutende Exponate angekauft und für die Öffentlichkeit gesichert werden, darunter Gemälde von Eduard Bischoff und Plastiken von Hermann Brachert. An der Erweiterung des Ostpreußischen Landesmuseums hat sich die Treuespende mit einem namhaften Betrag beteiligt. Es gilt zu verhindern, daß Ostpreußen in wenigen Jahren zu einer „Terra incognita" wird. Schon heute ist bei unwissenden oder bisweilen böswilligen Zeitgenossen die Meinung zu hören, als haben die Gebiete östlich von Oder und Neiße nur wenige Jahre während des Zweiten Weltkrieges zu Deutschland gehört. Dieser Geschichtsklitterung gilt es entschlossen entgegenzutreten.

Neben vielen privaten Besuchern Ostpreußens sind es die in der großen Organisation der Landsmannschaft Ostpreußen ehrenamtlich Tätigen, denen ich an dieser Stelle meinen Respekt und Dank ausdrücke, denn sie halten den Kontakt zu den Deutschen Vereinen, Institutionen und den Familien aufrecht und teilen uns mit, wo geholfen werden muß.

Unsere Landsleute in der Heimat haben nur uns als Fürsprecher und Helfer. Der Verein Landsmannschaft Ostpreußen – TREUESPENDE e.V. erhält keine Zuschüsse oder Fördermittel durch die Bundesregierung. Bitte helfen Sie mit einer Spende, deutsche Sprache und Kultur in Ostpreußen zu erhalten. Unterstützen Sie unsere Bemühungen, nachwachsenden Generationen Ostpreußen als wichtigen Teil der deutschen Geschichte nahezubringen. Ostpreußen stehen fest, geschlossen und optimistisch zu ihrer angestammten Heimat.

Wir geben Ostpreußen eine Zukunft.

Wilhelm v. Gottberg
Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen
Vorsitzender des Vereins Landsmannschaft Ostpreußen – Treuespende e.V.

Bitte benutzen Sie für die Überweisung Ihrer Spende den beiliegenden Zahlungsvordruck oder geben Sie ihn an Freunde und Bekannte weiter.
Das Spendenkonto bei der HSH Nordbank lautet:
Landsmannschaft Ostpreußen – TREUESPENDE e.V.
Konto-Nr.: 113 647 000 – BLZ 210 500 00

Die ostpreußische Familie

Lewe Landslied und Familienfreunde,

wie schwierig es manchmal ist – und immer schwieriger wird, je weiter die Zeit fortschreitet –, eine Suchfrage zu formulieren, beweist die nächste. Bitte, was würden Sie tun, wenn Sie folgende E-Mail erhalten: „Ich suche einen Namen in Pruisen und nähmlich Gaserinp-Pruugen Pruisen. Vielleicht können Sie mich weiter helfen?" Gut, der Absender ist Holländer, aber er ist „genealogisch an seiner Familie interessiert!" Das hat mein „Mitstreiter" Dr. **Detlef Arntzen** herausgefunden, dem ich diesen rätselhaften Fall vortrug und der sofort beschloß, die Telefonnummer des Absenders in Hoorn herauszufinden und ihn anzurufen. Das Ergebnis ist allerdings auch nicht viel ergiebiger, aber immerhin wissen wir nun, daß sich die Frage nicht nur auf den rätselhaften Ortsnamen bezieht, sondern auch – sehr viel konkreter – auf einen **Carl August** (von?) **Tritten**, der am 19. Juni 1895 im Alter von 65 Jahren in der in Preußen gelegenen Ortschaft verstarb. Also haben wir wenigstens einen Familiennamen, der uns weiterhelfen könnte. Unlösbar bleibt nach wie vor der Ortsname „Gaserinp-Pruugen" – aber vielleicht lautet der ja auch ganz anders, denn alte Urkunden sind oft nur schwer entzifferbar, und erst recht für einen, der die deutsche Sprache nicht gut beherrscht. Die einzige, aber sehr vage Vermutung, die ich habe, ist die, daß es sich bei „Pruugen" vielleicht um das Gut und die Ortschaft Progen im Kreis Wehlau handeln könnte, früher auch Progin, Prugin geschrieben. Aber vielleicht geht es gar nicht um einen ostpreußischen Ort, „Pruisen" – wenn damit „Preußen" gemeint wird – war Ende des 19. Jahrhunderts schließlich sehr groß. Ich bin neugierig, ob und wie unsere Leserinnen und Leser an dieser Nuß mitknacken werden. Ach ja, hier auch noch die Anschrift des Fragestellers: Hans Martius, Hoeker 22 in 1625CB Hoorn, Holl., Telefon (02 29) 23 38 65, E-Mail: h.martius@quicknet.nl.

Eine kleine Begebenheit am Rande: Dr. Detlef Arntzen, geborener und bekennender Königsberger, konnte eine Überraschung verbuchen. Er erhielt einen Brief, dessen Absendernamen er nicht einordnen konnte und der dann auch so begann: „Sie werden vielleicht erstaunt sein, meinen Namen zu lesen. So erstaunt war ich Ihren Namen zu lesen in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*. In meinem Besitz befindet sich ein Zeugnis für mich von Frau **Emmi** Arntzen über meine Beschäftigung bei der Staatlichen Lotterie, Königsberg, von 15. Februar 1940 bis 28. September 1943. Ich würde gerne wissen, ob es sich eventuell um Ihre Eltern handelt, denn da gab es auch einen kleinen Sohn mit Vornamen Detlef." Der kleine Detlef ist ja nun ein gereifter Mann, aber er


Ruth Geede Foto: privat

hat sich nicht minder gefreut, daß sich da auf einmal eine unverhoffte Spur zeigte, die in die Vergangenheit zurückführte und seiner verstorbenen Mutter galt. Umgehend übersandte er der Schreiberin sein kleines Buch „Der Brief meiner Mutter" mit deren ergreifenden Schilderungen über ihren Abschied von Königsberg. So gewinnt die Vergangenheit Konturen – wie so oft in unserer Ostpreußischen Familie, wo vieles abseits der großen Suchwünsche geschieht, was kaum an die Öffentlichkeit gelangt. Auch Erinnerungen können Schätze sein, die unerwartet gehoben werden.

Um so schmerzlicher ist es, wenn ihnen der Boden entzogen wird, nämlich dann, wenn alte treue Leserinnen und Leser glauben, ihr Abonnement abbestellen zu müssen – aus Kostengründen, wie sie schreiben. Das ist auch ein Argument von Neulesern, die an unserer Zeitung interessiert sind, sie aber nicht beziehen wollen oder können – es ist schon so, daß in vielen Familien und bei Alleinlebenden auch das kleinste Geldstück dreimal umgedreht werden muß, ehe es ausgegeben wird. (Wer spricht heute noch vom Groschen, geschweige denn vom Dittchen?) Wiederum gibt es viele Mitleser, die unsere *PAZ / Das Ostpreußenblatt* aus dritter oder fünfter Hand bekommen – das merke ich an den verspäteten Zuschriften auf manche aktuellen Fragen –, für die es finanziell kein Problem wäre, die Zeitung zu abonnieren. Ich glaube, jetzt ist es die richtige Zeit, um auch an dieser Stelle darüber zu sprechen, denn Weihnachten steht vor der Türe und in die Überlegungen, womit man Freude bereiten könnte, dürfte auch ein Patenschaftsabonnement in Erwägung gezogen werden. Man kann damit ein Stück Heimat verschenken, bewahrt, lebendig geblieben und weiter getragen in unserem *Ostpreußenblatt.* Kann damit verhindern, daß die Einsamkeit älterer, alleinlebender Menschen noch drückender wird, denn unsere Ostpreußische Familie gewährt ja einen engen Zusammenhalt. Kann Jüngeren aufzeigen, wie unsere Heimat war, authentisch erzählt von den dort Geborenen, welches Kulturgut wir weitertragen, kann viele Interessierte wunschgemäß an ihre Wurzeln zurückführen. Deshalb, Landslied, Familienfreunde, bitte ich Euch: Überlegt, ob Ihr nicht ein Patenschafts-Abonnement übernehmen könnt. Ihr würdet nicht nur Weihnachtsfreude bereiten, denn viele an unsere Ostpreußische Familie gerichteten Briefe beginnen mit den Worten: Ich freue mich in jeder Woche, wenn unsere geliebte Zeitung im Kasten liegt ... (Information und Bestellung: Telefon 0 40 / 41 40 08 42.)

Eure

Ruth Geede

MELDUNGEN

Innenstadt soll belebter werden

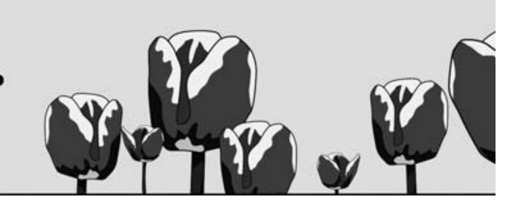
Sensburg – Die Stadtverwaltung erarbeitet derzeit ein Programm zur Belebung der Innenstadt. Seine Realisierung würde das erscheinungsbild des Stadtzentrums merklich verändern. Neue Straßenkreuzungen gehören ebenso dazu wie der Ausbau von Dachgeschossen zu Wohnungen. Auf dem Marktplatz sollen Überdachungen aufgestellt beziehungsweise eine große Halle gebaut werden. Entlang der Königsberger Straße und hinter dem Rathaus sollen neue Parkplätze entstehen. Bereits in einem Jahr soll man sich am Kleinen Magistrats-see ausruhen können – dank des Geldes der Europäischen Union entsteht dort ein Netz von Spazierwegen, die an beleuchteten Brunnen vorbeiführen.

400 Ehen mehr als im Vorjahr

Königsberg – In den ersten drei Quartalen dieses Jahres sind im königsberger Gebiet 400 Ehen mehr geschlossen worden als in denen des Vorjahres.



Wir gratulieren ...



ZUM 104. GEBURTSTAG

Schulze, Gertrud, aus Lyck, Yorkstraße 23, jetzt Mozartstraße 27, Chrischona-Heim, Zi. 203, 79539 Lörrach, am 30. November

ZUM 102. GEBURTSTAG

Kobuß, Frieda, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, jetzt am Lüsebrink 20, 49078 Osnabrück, am 3. Dezember

ZUM 97. GEBURTSTAG

Brandtner, Reinhold, aus Wikkenfeld, Kreis Ebenrode, jetzt Auf der Harf 2, 36304 Alsfeld, am 30. November

Degenhardt, Erich, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, jetzt Am Bleidenbach 33, 35789 Weilmünster, am 3. Dezember

Dembski, Wilhelm, aus Klein Lensk, Kreis Neidenburg, jetzt Am Daumoor 1, 23970 Wismar, am 27. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Janson, Annemarie, geb. Gruber, aus Goldbach, Kreis Wehlau, jetzt Hagedornstraße 18, 20149 Hamburg, am 28. November

Lasarz, Friedrich, aus Theerwisch, Kreis Ortelsburg, jetzt Sudhoffstraße 10, 40822 Mettmann, am 30. November

Legal, Helene, geb. Schiemanski, aus Salleschen, Kreis Neidenburg, jetzt Rheingoldstraße 26, 38112 Braunschweig, am 29. November

Seller, Paul, aus Mulden, Kreis Lyck, jetzt Conradsdorfer Weg 6, 09599 Freiberg, am 28. November

Zielasko-Dubies, Liesbeth, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 102, jetzt Mittelstraße 11, 33602 Bielefeld, am 27. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Oberhoff, Charlotte, geb. Erdmann, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 88, jetzt Humboldstraße 5, 72760 Reutlingen, am 1. Dezember

Rudnik, Hilda, geb. Rowlin, aus Lyck, jetzt Parkstraße 14, 23568 Lübeck, am 2. Dezember

ZUM 92. GEBURTSTAG

Ennulat, Erna, geb. Gurklies, aus Berkeln, Kreis Elchniederung, jetzt Hannoversche Straße 63, 31547 Rehburg-Loccum, am 29. November

Hoffmann, Elfriede, geb. Zimmermann, aus Königsberg und Danzig, Milchkannengasse, jetzt wohnhaft Bergstraße 35 c, Diakonie-Wohnstift, 49076 Osnabrück, am 28. November

Jegelka, Helene, geb. Petrick, aus Wolfsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Heinrich-Forke-Straße 3, 33609 Bielefeld, am 28. November

Scheffler, Erna, geb. Ehrenhardt, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, jetzt Johanniterstraße 5, 10961 Berlin, am 22. November

Schnabel, Ilse, geb. Nickel, aus Inse, Kreis Elchniederung, jetzt Diepenheimstraße 6, 48683 Ahaus, am 29. November

Spei, Luise, geb. Pyko, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, jetzt Skaerbaekvej 27, 25832 Tönning, am 3. Dezember

Woll, Anni, geb. Nowotzin, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Berthold-Brecht-Straße 19, 06502 Thale / Harz, am 1. Dezember

ZUM 91. GEBURTSTAG

Frohl, Alfred, aus Wachteldorf, Kreis Lyck, jetzt Asberger Straße 4, 47802 Krefeld, am 27. November

Nebjonat, Herbert, aus Karkeln, Kreis Elchniederung und Prosken, jetzt Brahmsstraße 14, 74369 Löchgau, am 29. November

Nickel, Gerhard, aus Ortelsburg, jetzt Lazarusstraße 8, 04347 Leipzig, am 26. November

Warnast, Siegfried, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, jetzt Oraniensteinerstraße 84, 65589 Diez, am 29. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Ehresmann, Hermine, geb. Wollenberg, aus Zeysen, Kreis Lyck, jetzt Schubertstraße 5, 14772 Brandenburg, am 3. Dezember

Hasenpusch, Gerhard, aus Pörschken, Kreis Heiligenbeil, jetzt Bahnhofstraße 2, 38464 Groß Twülpstedt, am 26. November

Hennemann-Ho, Dr. Friedrich, aus Hohenfried, Kreis Ebenrode, jetzt Haydnweg 3, 42579 Heiligenhaus, am 28. November

Lehmann, Bruno, aus Königsberg, jetzt Lingwitzer Straße 98, 09356 St. Egidien. am 25. November

Siegmund, Erna, geb. Schwermer, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, jetzt Römerstraße 12, 97475 Zeil, am 28. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Ahlen, Gerda, geb. Otto, aus Königsberg, jetzt Vahldiekstraße 2, 23701 Eutin, am 27. November

Dittrich Charlotte geb. Soboll, aus Eichensee, Kreis Lyck, jetzt Robert-Schumann-Straße 22 / I., 08380 Aue, am 3. Dezember

Fock, Christel, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Friedenstraße 47, 45964 Gladbeck, am 30. November

Gantz, Irmgard geb. Drummer, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Grönauer Baum 13, 23562 Lübeck, am 2. Dezember

Goetzie, Alfred, aus Seckenburg Kreis Elchniederung, jetzt Klingengarten 3, 29378 Wittingen, am 27. November

Jährling, Helma, geb. Grinsel, aus Goldbach, Kreis Wehlau, jetzt Schulstraße 20, 23774 Heiligenhafen, am 30. November

Klekottka, Helene-Martha, geb. Zacharias-Hagemann, aus Waldwerder, Kreis Lyck, Jetzt Hostenring 6, 25355 Barmstedt, am 29. November

Koch, Käte, geb. Schoeneck, aus Lissau, Kreis Lyck, jetzt Mittelberg 32, 37085 Göttingen, am 2. Dezember

Konopka, Irmgard, geb. Priebe, aus Osterode, jetzt Forsthausweg 3, 37154 Northeim, am 29. November

Martin, Grete, geb. Zimelka, aus Neidenburg-Schloßgut, Kreis Neidenburg, jetzt Gahlingspfad 62, 47803 Krefeld, am 28. November

Nischik, Hedwig, geb. Nowak, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Hauptstraße 127, 44651 Herne, am 27. November

Rzadkowski, Margarete, geb. Podscharly, aus Neuhof, Kreis Neidenburg, jetzt Goethestraße 12, 27322 Sulingen, am 29. November

Schassranski, Reinhard, aus Wolfshagen, Kreis Rastenburg, jetzt Eltringstraße 4, 46485 Wesel, am 21. November

Scharf, Helene, geb. Bettsteller, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, jetzt Asberger Straße 2, 47114 Moers, am 28. November

Schitteck, Anna, geb. Jahnert, aus Gutenborn, Kreis Lyck, jetzt Mechtenbergstraße 168, 45884 Gelsenkirchen, am 1. Dezember

Schulz, Ruth, geb. Wiesenberg, aus Schönwiese, Kreis Elchniederun, jetzt Aloysiusstraße 84, 48429 Rheine, am 28. November

Tietz, Lisbeth, geb. Reinthal, aus Taplacken, Kreis Wehlau, jetzt Talstraße 36, 97318 Kitzingen, am 2. Dezember

Zebrowski, Erich, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, jetzt Richard-Wagner-Straße 19 b, 38820 Halberstadt, am 28. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bertz, Helena, aus Heimfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Rosa-Luxemburg-Allee 17, 14772 Brandenburg, am 30. November

Buchholz, Margarete, geb. Gottheit, aus Pettkuhnen, Kreis Wehlau, jetzt Gumbinner Kehre 9 d, 22175 Hamburg, am 1. Dezember

Führer, Elli, aus Ludwigsort, Kreis Heiligenbeil, jetzt Rheinstraße 40, 38259 Salzgitter, am 3. Dezember

Götzenberger, Hedwig, geb. Schäfer, aus Rippen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Taunusstraße 67, 63067 Offenbach, am 6. Dezember

Haedge, Just, aus Kownatken, Kreis Neidenburg, jetzt Dorfstraße 45, 29331 Lachendorf, am 27. November

Hellwig, Christa, aus Kühnbruch, Kreis Wehlau, jetzt Gründerweg 2 E, 41468 Neuss, am 3. Dezember

Krämer, Hildegard, geb. Gleich, aus Rautenburg, Kreis Elchniederung, jetzt Bahnstraße 31, 55276 Dienheim, am 29. November

Küster, Annaliese, geb. Grabowski, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Tannenweg 7, 37586 Dassel, am 29. November

Littkus, Manfred, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, jetzt Bahnhofstraße 34, 24878 Lottorf, am 29. November

Priwall, Margarete, geb. Jaax, aus Frischenau, Stanillien, Kreis Wehlau, jetzt Akazienstraße 14, 53947 Nettersheim, am 3. Dezember

Reinhold, Ellengard, geb. Jendschek, aus Dippelsee, Kreis Lyck, jetzt Leharstraße 5, 33647 Bielefeld, am 2. Dezember

Ruppel, Ruth, geb. Schulz, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Bückeburger Straße 18 e, 32469 Petershagen, am 28. November

Voedisch, Helene, geb. Mallusch, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, jetzt Eschenweg 10, 09603 Großschirma, am 27. November

Wilkop, Gerhard, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Amselweg 4, 31855 Aerzen, am 30. November

ZUR GOLDENEN HOCHZEIT

Erdmann, Günter, aus Steinhof, Kreis Sensburg, und Ilse, geb. Greif, aus Köln, jetzt Pfennigäcker 17, 70619 Stuttgart, am 1. Dezember

Till, Horst, aus Steinort, Kreis Samland, und Ella, geb. Rink, aus Rinderort, Kreis Labiau, jezt Kollwerger Straße 10, 27574 Bremerhaven, am 17. November

Konzert

Hamburg – Ein Weihnachtskonzert gibt am Sonntag, 3. Dezember, 15 Uhr, der Ostpreußenchor Hamburg in der St. Gabriel Kirche, Hartzloh 17. Der Eintritt ist frei. Die Kirche kann mit dem HVV von Barmbek mit der Linie 172 oder 7 bis zur Station Hartzloh erreicht werden.

Heimatgottesdienst

Hamburg – Sonntag, 10. Dezember, 10 Uhr, ostpreußischer Heimatgottesdienst in der St. Johanniskirche, Bremer Straße 9, Hamburg-Harburg. Es spielt der Posaunenchor unter der Leitung von Heinz Korupp, die Solistin Frau Gassevitz und an der Orgel Frau Schmitz. Die Predigt hält Propst Jürgen F. Bollmann. Anschließend gemütliches Beisammensein im Gemeindesaal bei Kaffee, Tee und Gebäck. Nähere Informationen bei Kurt Wendland, Telefon (0 40) 60 28 31.

Märchenstunde

Braunschweig – Zu einer „Märchenstunde“ lädt der Ernst Wiechert Freundeskreis am Mittwoch, 6. Dezember, 16 Uhr, ins Stadtparkrestaurant, Jasperallee 42, ein. Heide Rose liest „Das gefrorene Glück“. Anschließend wird ein Jahresrückblick sowie eine Ausschau auf die Arbeit des Freundeskreises gehalten.

Vortragsveranstaltung

Berlin – Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Lange Schatten – Folgen der Erlebnisse bei Flucht und Vertreibung bis heute“ des Frauenverbandes im BdV findet am Montag, 27. November, 10.30 Uhr, eine „literarische Aufarbeitung von Flucht und Vertreibung“ im Martin-Gropius-Bau, Kinosaal, Niederkirchnerstraße 7, 10963 Berlin, statt. Referent ist unter anderem Arno Surminski. Anschließend gibt es einen kleinen Empfang mit Imbiß.

Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen

Hannover – Bei der Mitgliederversammlung der Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen wurden der geschäftsführende Vorstand und die sieben Beisitzer für weitere vier Jahre in ihren Ämtern bestätigt und zwei neue Beisitzer hinzugewählt. Den geschäftsführenden Vorstand bilden wie bisher: Propst i. R. Erhard Wolfram (Vorsitzender), Hudeplan 42 c, 30453 Hannover; Pfarrer i. R. Klaus Plorin (Stellvertreter und Schriftführer), Waldstraße 15, 90607 Rückersdorf; Hubertus Hilgendorff (Schatzmeister), Dorfstraße 22, 24317 Flehm; Hartmut Gassner (beratender Beisitzer des Vorstandes), Kantstraße 16, 53332 Bornheim. Beisitzer und damit Mitglieder des Gesamtvorstandes: Pfarrer i. R. Werner Ambrosy, Bussardstraße 26, 82008 Unterhaching; Pastor i. R. Klaus Bathke, Röse 18 A, 31832 Springe; Pastor i. R. Adolf Grau, Alter Postweg 55, 32549 Bad Oeynhausen; Ingrid Labuhn, Zwickauer Straße 288, 09116 Chemnitz; Pastor i. R. Martin Schenk, Fahreschweg 30, 32257 Bünde-Dünne; Pastor i. R. Fryderyk Tegler, Hauptstraße 18, 21379 Scharnbeck. Als Beisitzer hinzugewählt wurden: Heinz Hohmeister, Dr.-Jasper-Straße 69, 31073 Delligsen; Elfriede Rick, Senftenberger Straße 32, 01239 Dresden. Die nächste Sitzung des Gesamtvorstandes ist am Dienstag, 13. März 2007, Hannover.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben.



GERDAUEN

Kreisvertreter: Dirk Bannick, Telefon (01 71) 5 27 27 14. Gst.: Wiebke Hoffmann, Peiner Weg 23, 25421 Pinneberg, Telefon (0 41 01) 2 23 53, geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de

Nachruf auf Lothar Opitz – Am 5. November entschlief Lothar Opitz friedlich nach acht bewegten Lebensjahrzehnten. Er gehörte zu den Landsleuten, die sich nach Krieg, Vertreibung und Gefangenschaft hinsichtlich Ausbildung und Berufswahl neu orientieren mußten. Geboren wurde Lothar Opitz am 9. September 1926 in Lindenau als Sohn des Landwirts und Amtsvorstehers Gustav Opitz und seiner Frau Elise, geb. Werner. In der Heimat verbrachte er eine glückliche Kinder- und Jugendzeit. Nach dem Besuch der Oberschule in Gerdauen meldete Lothar Opitz sich im Januar 1944 freiwillig als Offiziersanwärter bei der Wehrmacht. 1945 wurde er in der Frontbewährung verwundet. Als Fahnenjunkerunteroffizier geriet er in englische Gefangenschaft und wurde als „Landarbeiter“ entlassen. Er trat in die Reihen der Hamburger Schutzpolizei ein, machte 1962 in der Polizeischule sein Fachabitur und gehörte zu den ersten Verkehrslehrern an den Schulen der Hansestadt. Zwischenzeitlich absolvierte er eine Ausbildung im Polizeiinstitut Hiltrup zum Dipl.-Verwaltungswirt und erklomm die Karriereleiter bei der Kripo bis zum 1. Kriminalhauptkommissar. Als Dienstellenleiter verschiedener Kommissariate – von der Brandermittlungskommission bis hin zu Staatsschutzdienststellen – wurde Lothar Opitz nach über 40 Jahren Polizeidienst (die letzten fünf Jahre baute er ein neues Einbruchdezernat für Hamburg auf) 1986 in den verdienten Ruhestand versetzt. 1952 heiratete er Elisabeth Christine Cohrs. Er und seine Frau haben vier Kinder. Neben der Familie und pflichttreuer Diensterfüllung mit preußischer Disziplin ließ es sich Lothar Opitz nicht nehmen, seiner Heimat Ostpreußen zu dienen. Der Kreisgemeinschaft Gerdauen gehörte er seit deren Gründung an, von 1968 bis 2000 war er Kirchspielvertreter von Momehnen, Gr. Schönau / Lindenau und Friedenberg. 18 Jahre lang fungierte er im Vorstand als Zweiter Vorsitzender und führte in schwierigen Zeiten ein halbes Jahr unsere Kreisgemeinschaft als stellvertretender Vorsitzender. Ab 1990 setzte er sich aktiv für das humanitäre Engagement der Kreisgemeinschaft in der ostpreußischen Heimat ein. Zahlreiche Besuchsfahrten für unsere Landsleute wurden unter seiner Mitwirkung durchgeführt. Für seine herausragenden Verdienste erhielt Lothar Opitz die Silberne Bismarck-Gedenkmedaille sowie im Jahr 2000 von der LO das Goldene Ehrenzeichen. Die Kreisgemeinschaft Gerdauen verlieh ihm 2001 für seine besonderen Leistungen als Ältestenratsmitglied die Silberne Ehrennadel. Sein ehrenamtlicher Einsatz galt auch der CDU. 20 Jahre lang war er 2. Vorsitzender der CDU im Hamburger Stadtteil Jenfeld und fünf Jahre deputierter der Hamburgischen Bürgerschaft. Der Vorstand und der Kreistag der Kreisgemeinschaft sowie die Redaktion des Heimatbriefes trauern um Lothar Opitz. Seine Leistungen, Beständigkeit und ruhige Gelassenheit bei der gemeinsamen Arbeit werden uns unvergessen bleiben.



GUMBINNEN

Kreisvertreter: Eckard Steiner, Schöne Aussicht 35, 65510 Idstein / Taunus, Telefon (0 61 26) 41 73, E-Mail: eck.steiner@pcvos.com, Internet: www.kreis-gumbinnen.de

Gesamtdeutsche Heimattreffen 2007 – Wie auch bisher finden im kommenden Jahr zwei gesamtdeutsche Heimattreffen des Regierungsbezirkes Gumbinnen in dem an der B 191 gelegenen Landhotel in Spornitz statt. Zu dem im Frühjahr vorgesehenen 29. Heimattreffen am Sonnabend, dem 5. Mai 2007, in der Zeit von 10 Uhr bis 17 Uhr laden wir alle Teilnehmer recht herzlich ein. Den Landsmann erwartet ein auf die Jahreszeit entsprechend ausgerichtetes kulturelles Programm. Das vorweihnachtliche 30. Heimattreffen wird am Sonnabend, 1. Dezember 2007, in der Zeit von 10 bis 15 Uhr im gleichen Hotel Spornitz, nahe Parchim, stattfinden. Auch hierzu sind alle Landsleute herzlich eingeladen. Wissenswertes über das weihnachtliche Ostpreußen vorgetragen und ein darauf abgestimmtes musikalisches Programm sowie ein Film über die Heimat werden die Vergangenheit zur Gegenwart werden lassen, so daß der Landsmann und auch der Nichtostpreuße hiervon beeindruckt, sicherlich gerne zu Nachfolgetreffen kommen wird. Das Hotel kann entweder mit dem Pkw über die Bundesautobahn 24 und nach deren Verlassen am Abzweig Neustadt-Glewe oder auch mit der Eisenbahn über den Eisenbahnknotenpunkt Ludwigslust erreicht werden. Kaffee und Mittagessen können im Hotel eingenommen werden. Das Hotel verfügt über ausreichend Parkplätze und bietet auch für den Weitgereisten zu Sonderkonditionen eine Unterkunft an. Eine Übernachtung sollte aber rechtzeitig mit Frau Ruck unter Telefon (03 87 26) 8 80 vereinbart werden. Auskunft erteilt Dr. Friedrich-Eberhard Hahn, John-Brinckman-Straße 14 b, 19370 Parchim, Telefon und Fax (0 38 71) 22 62 38, E-Mail: friedelhahn@arcor.de .



KÖNIGSBERG–STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Geschäftsstelle: Annelies Kelch, Luise-Hensel-Straße 50, 52066 Aachen. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (02 03) 2 83-21 51

Gruppe Süd – Auch in diesem Jahr gedenken wir unserer Toten in der Heimat und in der Heimatstadt Königsberg am Pregel. Sie liegen in heimatlicher Erde in Ostpreußen und warten. Wir gedenken ebenso unsrer Toten Ostpreußen und Freunde die auf der Flucht, Vertreibung, Verschleppung zu Lande und zu Wasser ohne Abschied ihr Leben jung und alt – unterwegs oder in Feindesland – lassen mußten. Wir vergessen auch nicht unsere tapferen Soldaten, die für uns Kinder, Mütter, Großeltern bis zuletzt kämpften. Wir denken auch an unsere Eltern und Verwandten, Du unsere Landsleute, die hier im einstigen Reich, fern der geliebten Heimat Ostpreußen zu Grabe getragen wurden. Sie lehrten uns Glauben. Und unser Glaube ist: Wir sind unseres Gottes Hand in Jesus Christus aus Gnaden geborgen. Wir erwarten ein Wiedersehen mit allen, die uns lieb und nah waren, im Ewigen Vaterhaus! Mein Bewahrer und du Hüter aller Menschen – es geschieht so vieles was ich nicht verstehe. Darum bitte ich dich: Bewahre mich davor zu sagen: Es hat alles keinen Sinn. Und in diesem gläubigen Sinne stehe ich weiter im Dienste für alle treuen Königsberger Preußen, für unsere Heimat Ostpreußen. Halten wir in Treue zusammen. Nähere Informationen bei Gerhard Thal, Stifterweg 38, 89075 Ulm, Telefon (07 31) 9 50 83 30.

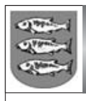


KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (0 21 61) 89 56 77, Fax (0 21 61) 8 77 24. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (05 71) 4 62 97, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Ostpreußen-Kalender 2007 – Liebe Landsleute, für unsere Heimatkreisgemeinschaft hat unser Landsmann Herbert Laubstein für das Jahr 2007 wieder einen Ostpreußen-Kalender mit ansprechenden Bild-Motiven aus unserer Heimat-Provinz erstellt. Dieser Kalender, den man ab sofort erwerben kann, ist auch ein schönes Geschenk und kann zum Sonderpreis von 11 EUR einschließlich Porto und Verpackung bei Herbert Laubstein, Amselstraße 29, 58285 Gevelsberg, Telefon und Fax (0 23 32) 8 05 77 bestellt werden. Obwohl die Arbeit der Kreisausschußmitglieder ehrenhalber erfolgt, sind wir dennoch für die weitere Ausstattung und Erhaltung unseres Samlandmuseums auf Spenden unserer Freunde und Gönner angewiesen. Da der finanzielle Erlös aus dem Verkauf der Kalender ausschließlich für unser Museum, das sich im Preußen-Museum in Minden befindet, verwendet wird, leisten auch Sie, liebe Landsleute, durch den Kauf eines Kalenders einen kleinen finanziellen Beitrag dazu.

Hinweis – Aus Anlaß der über 60jährigen Wiederkehr von Flucht und Vertreibung aus unserer Heimat empfehlen wir als Lektüre oder Geschenk für die nahenden Festtage: Die Kämpfe um Ostpreußen und das Samland, von Helmut Borkowski, 175 Seiten, DIN A 4 Format, zum Preis von 15 Euro einschließlich Versandkosten. Die textlichen Abhandlungen erstrecken sich inhaltlich über den Zeitraum vom Sommer 1944 bis zu den Endkämpfen im Frühjahr 1945. Die teilweise bis in die Details gehenden Darstellungen fesseln auch die nicht aus Ostpreußen stammenden Leser. In diesem Werk sind, in begrenztem Umfang auch Texte aus russischen Quellen wiedergegeben. Zu beziehen durch: Heimatkreisgemeinschaft Landkreis Königsberg, im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (05 71) 4 62 97, täglich 19 bis 21 Uhr.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Erhard Kawlath, Dorfstraße 48, 24536 Neumünster, Telefon (0 43 21) 52 90 27

Reise nach Lötzen – Vom 6. bis 15. Juli fährt das Ehepaar Kawlath wieder in die Heimat. Die Fahrt verspricht interessant zu werden, da wir vom Flughafen Lübeck bis Danzig in 50 Minuten da sind. Von dort aus geht die Fahrt per Bus weiter ins Hotel Wodnik nach Lötzen. Geplant sind Ausflüge per Schiff nach Angerburg, Heldenfriedhof Jägerhöhe, eine Masurenrundfahrt Treuburg-Goldap, ein Besuch im Bauernmuseum in Zondern und in der Begegnungsstätte des Deutschen Vereins. Auf der Rückreise fahren wir von Buchwalde bis Elbing mit dem Schiff auf dem Kanal und übernachten in Danzig. Wer die Reise mitmachen möchte, melde sich bitte telefonisch oder schriftlich bei der Kreisgemeinschaft Lötzen in der Patenstadt Neumünster, Dorfstraße 48, 24536 Neumünster, Telefon (0 43 21) 52 90 27. – Der „Lötzender Heimatbrief“ Nr. 100 ist soeben erschienen. Wer ihn noch nicht erhalten hat, melde sich bitte bei der Geschäftsstelle.



WEHLAU

Kreisvertreter (kom.): Hans Schlender, Telefon (0 4 0) 20 97 67 35, Fax (040) 20 97 30 80, Schellingstraße 100, 22089 Hamburg, E-Mail: hans.schlender @freenet.de

Heimatreise 2007 – Auch im kommenden Jahr fährt die Kreisgemeinschaft Wehlau wieder nach Ostpreußen (10 Tage / 9 Übernachtungen, Freitag 15. bis Sonntag 24. Juni 2007). Auf vielfachen Wunsch haben wir in Zusammenarbeit mit Greif Reisen wieder eine Reise in das nördliche Ostpreußen organisiert. Die Busreise beinhaltet auf der Hinreise eine Zwischenübernachtung in Schneidemühl und auf der Rückreise je eine Zwischenübernachtung in Danzig und Stettin sowie 6 Übernachtungen in Königsberg.

Folgendes Reiseprogramm ist geplant: Freitag, 15. Juni. – Abfahrt ab ZOB Bochum – ZOB Hannover – ZOB Hamburg – Bernau zum deutsch/polnischen Grenzübergang und weiter nach Schneidemühl. Abendessen und Übernachtung im Hotel „Gromada/Rodlo“. Sonnabend, 16. Juni – Weiterfahrt nach dem Frühstück über Schlochau, Preußisch Stargard, Marienburg, Elbing, Frauenburg zum polnisch / russischen Grenzübergang und weiter nach Königsberg. Einquartierung, Abendessen und Übernachtung im Hotel „Kaliningrad“. Sonntag, 17. Juni – Tagesausflug nach Wehlau mit der Möglichkeit der Teilnahme am großen Wehlauer Stadtfest, oder dem Besuch der Heimatorte der Mitreisenden. Bitte haben Sie Verständnis, wenn wir auf Grund der schlechten Straßenverhältnisse nicht jeden Heimatort mit dem Bus anfahren können. Montag, 18. Juni, – Nach dem Frühstück Ausflug über Friedland, Gerdauen, Nordenburg zum Gestüt der Familie von Zitzewitz in Weedern bei Angerapp, über Insterburg, Georgenburg und Wehlau zurück nach Königsberg. Dienstag, 19. Juni, – Tagesausflug über Zinten ans Frische Haff bei Balga. Über Tharau fahren wir zurück nach Königsberg. Mittwoch, 20. Juni, – Tag zur freien Verfügung. Der Busfahrer hat seinen gesetzlich vorgeschriebenen freien Tag. Donnerstag, 21. Juni, – Ausflug über Rauschen entlang der Samlandküste nach Palmnicken und Germau mit einem Besuch des deutschen Soldatenfriedhofs. Über Fischhausen und Großheidekrug fahren wir zurück nach Königsberg. Freitag, 22. Juni, – Nach dem Frühstück Abreise zur russisch / polnischen Grenze und weiter nach Frauenburg. Nach der Besichtigung der Burg Weiterreise über Tolkemit, Elbing und am Oberlandkanal vorbei nach Marienburg zur Burgbesichtigung. Weiterreise nach Danzig. Abendessen und Übernachtung im Hotel. Sonnabend, 23. Juni, – Nach dem Frühstück und dem Besuch der Kirche in Oliva Weiterreise durch das Lauenburger Land, Stolp und Köslin nach Stettin. Abendessen und Übernachtung im Hotel „Radisson“. Sonntag, 24. Juni, – Rückreise zum polnisch / deutschen Grenzübergang. Heimreise auf der Strecke der Hinreise. Programmänderungen sind möglich. Nach Absprache mit

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (07 11) 85 40 93, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (07 11) 6 33 69 80

Buchen – Freitag, 1. Dezember, 10 Uhr, „Ostdeutsche Weihnachtsstube“ in der Mehrzweckhalle, Buchen-Hainstadt. – Sonnabend, 9. Dezember, Fahrt mit dem Bus zum Weihnachtsmarkt im Hof des Klosters Schöntal mit Klosterführung. Abfahrtzeiten bitte erfragen unter Telefon (0 62 81) 81 37.

Heidelberg – Sonntag, 3. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Rega-Hotel. Unter der Leitung von Elisabeth Kallien heißt es: „Wir feiern Advent“.

Ludwigsburg – Montag, 4. Dezember, 14.30 Uhr, Vorweihnachtsfeier im „Krauthof“, Beihinger Straße 27.

Mannheim – Freitag, 1. Dezember, 15 Uhr, Advent- und Winterfeier im „Bürgerhaus“, Heddesheim. Mitwirkende sind der evangelische Posaunenchor und die Folkloregruppe „Gervele“ aus Memel.

Ulm / Neu-Ulm – Sonnabend, 9. Dezember, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Schabbernachmittag in den „Ulmer Stuben“.

Schwenningen – Donnerstag, 7. Dezember, 14.30 Uhr, Treffen der Senioren im Restaurant Thessaloniki. Es werden weihnachtliche Geschichten vorgetragen und anschließend ein Diafilm gezeigt.

BAYERN

Vors.: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (08 21) 51 78 26, Fax (08 21) 3 45 14 25, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de

Augsburg – Sonnabend, 25. November, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in den „Zierbelstuben“. Frau Priebe hält einen „Literarischen Blick auf die ost- und westpreußische Seenlandschaft“. Anschließend Grützwurstessen.

Erlangen – Sonnabend, 9. Dezember, 15 Uhr, Weihnachtsfeier der Gruppe im Jugendzentrum Frankenhof, Raum 20.

Fürstenfeldbruck – Freitag, 8. Dezember, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zur Weihnachtsfeier im Wirtshaus auf der Lände.

Kitzingen – Freitag, 8. Dezember, 14.30 Uhr, vorweihnachtliche Feier der Gruppe im „Deutschen Kaiser“, mit Gedichten, Geschichten und weihnachtlichen Weisen.

Landshut – Dienstag, 5. Dezember, Besuch des Christkindl Markt. Näheres wird noch bekannt gegeben.

Starnberg – Sonntag, 3. Dezember, Vorweihnachtsfeier der Gruppe.

Weiden – Sonntag, 3. Dezember, 14.30 Uhr, Vorweihnachtsfeier der Gruppe im „Heimgarten“. – Zum Heimatnachmittag begrüßte zunächst der 1. Vorsitzende Hans Poweleit die Anwesenden. Danach gab die Kassiererin Ingrid Uschald das „Geburtstagskind“ des Monats November bekannt. Anschließend berichtete der 2. Vorsitzende Norbert Uschald über die Schriftstellerin und Dichterin Agnes Miegel, die 1879 in Königsberg geboren wurde und sich mit ihrer schriftstellerischen Leistung vor allem im Bereich Ballade einen Bekanntheitsgrad erarbeitete, der weit über ihre Heimat hinaus reichte. Sie war geprägt durch ihre weltoffene Heimatstadt, durch die Geschichte ihrer Salzburger Vorfahren und durch ihre Eltern, die sie frühzeitig auch an anspruchsvolle Literatur heranführten. Die Begegnung mit Dichter und Verleger Börris v. Münchhausen, einem Nachfahren des Lügenbarons, 1898 war für ihre Karriere von entscheidender Bedeutung. Die Heimatliebe der Dichterin ist fast in jedem ihrer Werke erkennbar. Die Vertreibung, die Miegel nach den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges bereits voraussah, wurde für sie persönlich im Februar 1945 Wirklichkeit und war ein traumatisches Geschehen, das sie nach dem Krieg immer wieder in Werken zu verarbeiten versuchte. Uschald brachte einige Stücke der Höraufnahme von Miegels letzter öffentlichen Lesung (1958) zu Gehör. Sie starb 1964 in Bad Nenndorf, wo das Agnes-Miegel-Haus an ihr Leben und Werk erinnert.

BERLIN

Vors.: Hans-Joachim Wolf, Telefon (03 37 01) 5 76 56, Habichtweg 8, 14979 Großbeeren. Geschäftsführung: Telefon (0 30) 2 16 43 38, Großgörschenstraße 38, 10827 Berlin

HEIMATKREISGURPPEN

Sensburg – Sonntag, 3. Dezember, 15 Uhr, Haus des Sports, Arcostraße 11-19, 10687 Berlin, Adventsfeier. Anfragen: Andreas Maziul, Telefon 5 42 99 17.

Heilsberg / Rößel – Sonntag, 3. Dezember, 15 Uhr, Clubhaus Lankwitz, Gallwitzallee 53, Gemeindepark, Nikolausfeier. Anfragen Heilsberg: Benno Boese, Telefon 7 21 55 70; Anfragen Rößel: Ernst Michutta, Telefon (0 56 24) 66 00.

Angerburg / Darkehmen / Goldap – Donnerstag, 7. Dezember, 14 Uhr, Oase Amera, Borussiastraße 62, 12103 Berlin, Weihnachtsfeier. Anfragen: Marianne Becker, Telefon 7 71 23 54.

Johannisburg – Sonnabend, 9. Dezember, 13 Uhr, Ratsstuben JFK, am Rathaus 9, Berlin-Schöneberg, Weihnachtsfeier. Anfragen: Christel Koslowski, Telefon 8 61 38 87.

Bartenstein – Sonnabend, 9. Dezember, 14.30 Uhr, Rathaus Zehlendorf, Kirchstraße 1-3, Raum C 22 / 23, Weihnachtsfeier. Anfragen: Elfi Fortange, Telefon 4 94 44 04



BRANDENBURG

Landesvorsitzender: Horst Haut, Oranienburger Chaussee 7, 16515 Schmachtenhagen, Telefon und Fax (0 33 01) 80 35 27. Ehrenvorsitzender: Georg Vögerl, Buggestraße 6, 12163 Berlin, Telefon (0 30) 8 21 20 96, Fax (0 30) 8 21 20 99

Landesgruppe – Sonnabend, 9. Dezember, 14 Uhr, Weihnachtsfeier in der Gaststätte Niegisch in Schmachtenhagen. Dazu sind alle Mitglieder, verwandte und Freunde herzlich eingeladen. Es werden Kaffee und Kuchen sowie ein Abendessen (Gänsebraten oder Gulasch) gereicht. Für die musikalische Umrahmung sorgt der „Diskomann). Ferner tritt wie immer der gemischte Chor von Oranienburg auf. Frau Stache hat wieder die schönsten Weihnachtslieder eingeübt. Eine Anmeldung ist unbedingt erforderlich. Diese richten Sie bitte an Frau Haut, Telefon (0 33 01) 80 35 27, oder an Frau Epler, Telefon (0 33 01) 70 17 25, möglichst nach 19 Uhr.

Oberhavel – Sonnabend, 15 Uhr, veranstaltet die Kreisgruppe Heiligenbeil ihre Adventsfeier im Restaurant Sternstunde. Beim Singen von Weihnachtsliedern und bei Kaffee und Kuchen soll Weihnachtsstimmung aufkommen. Kostenbeitrag: 3,50 Euro.



BREMEN

Vors.: Helmut Gutzeit, Tel. (04 21) 25 09 29, Fax (04 21) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Bernhard Heitger, Telefon (04 21) 51 06 03, Heilbronner Straße 19, 28816 Stuhr

Bremen – Sonnabend, 9. Dezember, 10 Uhr, Ostdeutscher Weihnachtsmarkt im Domgemeindesaal, Sandstraße. – Sonntag, 10. Dezember, 15 Uhr, Ostpreußische Adventsfeier im Atlantic-Hotel Airport beim Flughafen. Die Andacht hält Pfarrer i. R. Wolfgang Krzizanowski. Die Gestaltung der musikalischen Umrahmung erfolgt durch Werner Urban. Die Kosten der Kaffeetafel betragen 10 Euro, für Mitglieder 9 Euro. Eine Teilnahme ist aus organisatorischen Gründen nur nach vorheriger Anmeldung möglich. Die Geschäftsstelle finden Sie in der Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (04 21) 3 46 97 18.

Bremerhaven – Über 60 Mitglieder waren gekommen, um die Gründung der Gruppe in Bremerhaven 1926 intern zu feiern. Die Vorsitzende Marita Jachens-Paul konnte auch das Ehrenmitglied Paul Bamgardt begrüßen, der genau im gleichen Monat wie der ursprüngliche „Verein heimattreuer Ostpreußen“, also im Oktober 1926, geboren wurde. Es war auch eine Delegation der Pommerschen Landsmannschaft gekommen sowie ein weiteres Ehrenmitglied, „Don“ Alfred Kruse, der es sich mit seinen 95 Jahren nicht nehmen ließ, unter Ukulele-Begleitung Ringelnatz zu zitieren und dafür großen Beifall erhielt. Für 30 Jahre Mitgliedschaft erhielt Edith Rydlewska ein Buch überreicht. Jachens-Paul selbst ging auch nicht leer aus, sie bekam für ihre unermüdliche, aufopfernde Arbeit Rosen überreicht. Höhepunkt des Nachmittags war natürlich der eigentlich viel zu kurze Vortrag von Herbert Tennigkeit, der mit vielen nachdenklichen, aber auch zum Schmunzeln verleitenden Gedichten das alte Ostpreußen wieder erstehen ließ. Unter dem Motto: „Typisch Ostpreußen“ hörte man vom bewegenden „Wer seine Heimat hat verloren“ über die lustige Geschichte vom Landstreicher mit den „Lausigen Zeiten“, diverse Witze bis hin zum alt bekannten „Flohchen“, dem auch Schauspielerisch exzellent vorgetragenen Höhepunkt seiner Darbietung, war alles vertreten, was Ostpreußen an Poesie hervorgebracht hat. Allen Anwesenden wird dieser Nachmittag mit Herbert Tennigkeit unvergeßlich bleiben. Auf ein erneutes Wiedersehen mit dem Künstler freuen sich die Mitglieder schon heute.



HAMBURG

Vors.: Hartmut Klingbeutel, Kippingstraße 13, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 44 49 93, Mobiltelefon (01 70) 3 10 28 15. Stellvertreter: Walter Bridszuhn, Friedrich-Ebert-Damm 10, 22049 Hamburg, Telefon / Fax (0 40) 6 93 35 20.

HEIMATKREISGRUPPEN

Elchniederung – Mittwoch, 6. Dezember, 15 Uhr, vorweihnachtlicher Nachmittag in den E. T. V. Stuben, Bundesstraße 96, Ecke Hohe Weide (U-Bahnstation Christuskirche). Mit Musik, Liedern zur Jahreszeit und Vorträgen soll der Advent gefeiert werden. Der Eintritt ist frei, aber bitte ein Päckchen für den Julklapp mitbringen. Freunde und Gäste sind willkommen.

Gumbinnen – Sonnabend, 9. Dezember, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat, Teilfeld 1. Zu erreichen mit der S-Bahn 1 bis Station Stadthausbrücke oder mit der U-Bahn bis Station Rödingsmarkt und einem Fußweg von rund acht Minuten. Man geht in Blickrichtung Michaeliskirche. Im Haus kann jetzt ein Fahrtsuhl benutzt werden. Es erwartet Sie ein vorweihnachtliches Programm bei Kaffee und Kuchen.

Heiligenbeil – Sonntag, 3. Dezember, 14 Uhr, Weihnachtsfest der Gruppe im Seniorentreff, Am Gojenboom, gegenüber Hausnummer 35. Gemeinsam sollen ein paar besinnliche Stunden mit Geschichten und Liedern zur Weihnachtszeit verbracht werden. Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen 3 Euro. Anmeldungen bis zum 1. Dezember beim Lm. Wien, Telefon (0 41 08) 49 08 60. Gäste sind herzlich willkommen.

Insterburg – Mittwoch, 6. Dezember, 14.30 Uhr, am Nikolaustag stimmt sich die Gruppe auf die Vorweihnachtszeit, mit Gedichten und Weihnachtsliedern, im Hotel Zeppelin, Frohmestraße 123-125, Hamburg ein.

Osterode – Sonnabend, 2. Dezember, 15 Uhr, Weihnachtsfeier im Restaurant Krohn, Fuhlsbüttler

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 20

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung

den Busreisenden besteht die Möglichkeit, die Ausflüge umzulegen. Der Reisepreis beinhaltet alle Übernachtungen im DZ mit Halbpension einschließlich der bis heute bekannten Gebühren (Straßenbenutzungsgebühr Polen, Einreisegebühr Polen, Visakosten Rußland, Gebühr Kurische Nehrung, russischer Teil), einschließlich eines Versicherung-Komplettschutz-Paketes. Die Gebühren berücksichtigen die zur Zeit gültigen Kosten. Erhöhungen und zusätzliche neue Gebühren für das Jahr 2007 sind nicht ausgeschlossen. Selbstverständlich sind alle oben aufgeführten Ausflüge im Reisepreis enthalten. Reisepreis pro Person im DZ / HP (bei mindestens 48 Personen) 825 Euro, Einzelzimmerzuschlag 155 Euro. Für Reisegäste, die mit der Deutschen Bahn zum Zustiegsort fahren, bieten wir stark ermäßigte Fahrkarten der DB an. Bis spätestens sechs Wochen vor Reisebeginn benötigen wir zur Beantragung des russischen Visums Ihren Original-Reisepaß sowie ein Lichtbild. Bitte beachten Sie, daß Ihr Reisepaß noch mindestens sechs Monate über das Reiseende hinaus gültig sein muß. Bitte geben Sie bei der Anmeldung Ihren gewünschten Zustiegsort an. Wir sind sicher, daß wir wieder eine abwechslungsreiche und interessante Reise vorbereitet haben, die allen Reiseteilnehmern viel Freude bereiten wird. ... und jetzt sofort den Termin eintragen, die nachstehende Kontaktadresse anschreiben oder anrufen und die Anmeldeformulare anfordern, damit der Reise in die Heimat nichts mehr im Wege steht. Informationen und Anmeldungen an Hans Schlender, Schellingstraße 100, 22089 Hamburg, Telefon (0 40) 20 97 67 35, Fax (0 40) 20 97 30 80, E-Mail: hans.schlender@freenet.de

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung

Straße 757, direkt Bahnhof Ohlsdorf. Es beginnt mit einer gemeinsamen Kaffeetafel, die Feier wird musikalisch umrahmt. Das Kaffeegedeck kostet 6 Euro. Julklapp-Päckchen können mitgebracht werden. Anmeldungen an Günter Stanke, Dorfstraße 40, 22889 Tangstedt, Telefon (0 41 09) 90 14.

Sensburg – Sonnabend, 9. Dezember, 15 Uhr, Adventsfeier im Polizeisportheim, Sternschanze 4. Anmeldung bis zum 2. Dezember erbeten an Kurt Budszuhn, Friedenstraße 70, 25421 Pinneberg, Telefon (0 41 01) 7 27 67.

BEZIRKSGRUPPEN

Billstedt – Dienstag, 5. Dezember, 15 Uhr, Treffen im Restaurant „Für'n Appel und 'n Ei", Möllner Landstr. 27, Billstedt (im Ärztehaus am Marktplatz). Die Treffen sind kultureller Natur (Heimatgeschichte, Literatur, Erlebniserzählungen, Plachandern, Ausflüge und anderes mehr). Gäste sind herzlich willkommen. Kontakt: Annelie Papiz, Telefon (0 40) 73 92 60 17.

Hamm / Horn – Sonntag, 17. Dezember, 14 Uhr, Weihnachtsfeier im Seniorentreff Horn, Am Gojenboom, gegenüber Hausnummer 35. Sie erreichen den Seniorentreff mit der U-Bahnlinie 3, Richtung Mümmelmannsberg bis Horner Rennbahn, Ausgang Gojenboom, dann über den Parkplatz. Am Ende ist der Seniorentreff. Nach der Kaffeetafel mit selbstgebackenem Kuchen wird die Mundharmonika-Gruppe Gojenboom für weihnachtliche Stimmung sorgen. Tischreservierung auf Wunsch bei Siegfried und Gisela, Telefon 6 93 27 24.

Harburg / Wilhelmsburg – Montag, 27. November, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld. Diavortrag von Heribert Strauch über seine Wanderungen in deutschen Mittelgebirgen. – Montag, 11. Dezember, 15 Uhr, vorweihnachtliche Feier nach ostpreußischer Art im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld.

SALZBURGER VEREIN

Sonnabend, 2. Dezember, 13 Uhr, Treffen im Hotel St. Raphael, Adenauer Allee 41, zwischen Hauptbahnhof und Bahnhof Berliner Tor. Es gibt eine Adventsfeier und Informationen für Berlin 2007.

WESTPREUSSEN

Freitag, 8. Dezember, 15 Uhr, kultureller Adventsnachmittag im Restaurant Krohn, Fuhlsbüttler Straße 755 (direkt am U- und S-Bahnhof Ohlsdorf). Im Programm: Wilhelm Wieben. Der Eintritt ist frei.

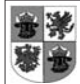


HESSEN

Vors.: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (0 60 51) 7 36 69

Darmstadt – Sonnabend, 9. Dezember, 15 Uhr, Kaffeetafel und vorweihnachtliche Feier der Gruppe im „Luise-Büchner-Haus" (Bürgerhaus am See). Zusammen sollen ein paar frohe und besinnliche Stunden verlebt werden. – Viel Applaus bekam Erwin Balduhn mit seinem humoristischen Gedicht „Dat Schwineschlachten". Die Vorsitzenden Gerhard Schröder und Dieter Leitner konnten zahlreiche Besucher zum Erntedankfest begrüßen, zu dem die Frauengruppe die Tische festlich geschmückt hatte. Schröder berichtete dann von der Ostpreußischen Kulturtagung, auf der der Film von einer Ostpreußenreise im Jahre 1937 gezeigt wurde. Propst i. R. Erhard Wolfram berichtete von seiner Arbeit in Königsberg und vom Bau und Einweihung der Auferstehungskirche. Weitere Vorträge hielten Ottmar Schmitz, Hans-Jürgen Schuch und die Landesfrauenleiterin Karla Weyland. Anni Oest begrüßte alle Geburtstagskinder mit dem Gedicht „Langsam kommst du in die Jahre ...". Man gedachte besonders des schwer erkrankten Hans Neydorff, der kürzlich seinen 85. Geburtstag begehen konnte. Gebannt lauschten die Zuhörer dem Vortrag von Herbert Schneider über das Leben der Honigbiene und vom Bau und seiner Arbeit als Imker. Zur Demonstration hatte er etliche Exponate wie Waben und einen Stock mitgebracht. Die Biene ist ein gesellig lebender Hautflügler. Ein Volk besteht aus bis zu 70 000 Arbeitsbienen mit meist nur einer Königin, die bis zur 2000 Eier pro Tag legen kann. Im Sommer kommen noch rund 500 bis 2000 Drohnen (Männchen) hinzu, die nach dem Begattungsflug aus dem Staat vertrieben werden. Ein Bienenvolk kann im Jahr 60 bis 100 Kilogramm Honig produzieren. Anschließend verschenkte Schneider, zur Freude aller, kleine Gläser mit Honig. Brigitte Klemm revanchierte sich mit einer Flasche „Bärenfang". Mit einem Gedicht von Gerhard Schröder endete das Erntedankfest.

Kassel – Wieder begann das monatliche Treffen im November mit dem beliebten Grützwurstessen. Der 2. Vorsitzende gedachte mit guten Wünschen der Geburtstagskinder des vergangenen Monats und trug ein November-Gedicht von Erich Kästner vor. Bei dem Vortrag von Ruth Barthel „So schön kann der November sein" mit gemeinsam gesungenen Liedern, Gedichten, lustigen und „nahrhaften" Berichten aus Ostpreußen, unter anderem von Alfred Lau und Margarete Kudnig, hob sich die allgemeine Stimmung, Gerhard Landau gab einen abschließenden Bericht über die Landeskulturtagung in Wiesbaden, an der er mit sechs anderen Mitgliedern der Gruppe teilgenommen und vielseitige interessante Vorträge erlebt hatte.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vors.: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (0 39 71) 24 56 88

Anklam – Der Kreisverband veranstaltet seine diesjährige Adventsfeier am Sonntag, dem 3. Dezember 2006, von 13 bis 17 Uhr in der Mehrzweckhalle „Volkshaus", Baustraße / Nähe Markt, Anklam. Eingeladen sind alle Landsleute aus Pommern, Ost- und Westpreußen, der Neumark, dem Sudetenland und Schlesien. Heimatfreunde und Gäste sind ebenfalls herzlich willkommen. Auf dem Programm stehen die Jahreshauptversammlung 2005 mit einem Jahresrückblick und den Vorhaben für 2007. Ein Ohrenschmaus wird das Weihnachtskonzert mit dem Anklamer Gesangverein und dem Pommerschen Bläserquartett. Vorbereitet ist eine gemütliche Kaffeetafel und ein breites Angebot an Königsberger Marzipan, Bärenfang und Heimatbüchern.



NIEDERSACHSEN

Vors.: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel. (0 41 31) 4 26 84. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstr. 30 b, 31275 Lehrte, Tel. (0 51 32) 49 20. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Str. 122, 29223 Celle, Tel. (0 51 41) 93 17 70. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel. (05 31) 2 50 93 77. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel. (0 59 01) 29 68. Bezirksgruppe Hannover: Christine Gawronski, Zilleweg 104, 31303 Burgdorf, Tel. (0 51 36) 43 84

Buxtehude – Freitag, 15. bis Sonntag, 17. Dezember, steht die „Ostpreußenhütte" auf dem Buxtehuder Weihnachtsmarkt am Westfleth. Außer Ostpreußischen Spezialitäten wird auch ein Interessantes Angebot an Kalendern und Büchern geboten.

Celle – Sonnabend, 2. Dezember 14.45 Uhr, Adventsfeier der Gruppe in den Räumen des St. Annen-Schulze-Stiftes, Blumlage 65, 29221 Celle. Die Worte zum Advent spricht Pfarrer Martin Schenk aus dem Kreis Gumbinnen. Elisabeth Krahn wird eine selbst verfaßte weihnachtliche Geschichte vorlesen".

Göttingen – Sonntag, 3. Dezember, 15 Uhr, Adventsfeier der Gruppe mit Kaffee und Kuchen im Schützenhaus Göttingen am Schützenanger. – Vom 10. bis 21. Juni 2007 führt die Gruppe eine zwölftägige Reise durch Südostpreußen, Litauen, Memelland, Danzig und Pommern mit verschiedenen Programmen und Stadtführungen durch. Anmeldungen (bis zum 30. Januar 2007) und Informationen bei: Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen, Telefon (05 51) 6 36 75, Fax (05 51) 6 33 71 33.

Osnabrück – Donnerstag, 30. November, 15 Uhr, Treffen des Literaturkreises in der Gaststätte Bürgerbräu. – Dienstag, 5. Dezember, 16.45 Uhr, Kegeln im Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152. – Sonnabend, 9. Dezember, 15.30 Uhr, Adventsfeier in der Stadthalle Osnabrück. Anmeldung bis zum 25. November bei Xenia Sensfuß, Telefon 43 07 51, oder Gertrud Franke, Telefon 6 74 79.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vors.: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (0 29 64) 10 37, Fax (0 29 64) 94 54 59

Bielefeld – Sonntag, 3. Dezember, 15 Uhr, Adventsfeier im Wohnstift Salzburg, Memeler Straße 35. – Montag, 4. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Donnerstag, 7. Dezember, 15 Uhr, Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Detmold – Mittwoch, 6. Dezember, 15 Uhr, Adventsveranstaltung der Gruppe im „Kleinen Festsaal" der Stadthalle in Detmold. Pfarrer i. R. Mörchel hält die Ansprache und Kurt Grindel einen Vortrag: „Im Herbst des Lebens."

Düren – Freitag, 8. Dezember, 17 Uhr, vorweihnachtliche Feier. Bitte bringen Sie Ihre Kinder und Enkel mit.

Düsseldorf – Montag, 4. Dezember, 19 Uhr, Literaturkreis: „Ein kleines Haus im Sturm der Zeit – Gerhart Pohl und Gerhart Hauptmann". Ein Vortrag von Günter Gerstmann im Konferenzraum (parterre), GHH. – Mittwoch, 6. Dezember, 14 Uhr, Königsberger Marzipanbacken mit dem Ehepaar Jürgen Pietsch im Zwischengeschoß, GHH. Anmeldung bis zum 24. November im GHH, Zimmer 411a. Kostenbeitrag 7 Euro. – Donnerstag, 7. Dezember, 14 Uhr, Königsberger Marzipanbacken mit dem Ehepaar Jürgen Pietsch im Zwischengeschoß, GHH. Anmeldung bis zum 24. November im GHH, Zimmer 411a. Kostenbeitrag 7 Euro. – Donnerstag, 7. Dezember, 19 Uhr, Offenes Singen mit Barbara Schoch, Raum 412 oder 413, GHH. – Freitag, 8. Dezember, 18 Uhr, Stammtisch im Restaurant Pils, Schlesische Straße 92. Erreichbar mit den Buslinien 721, 722, 724 bis Haltestelle Richardstraße.

Essen – Freitag, 8. Dezember, 15 Uhr, Advents- und Weihnachtsfeier in der „Stern Quelle", Schäferstraße 7, 45128 Essen, Nähe des RWE Turmes. Informationen unter Telefon (02 01) 62 62 71.

Köln – Dienstag, 5. Dezember, Treffen der Gruppe im Kolpinghaus International St.-Apern / Helenenstraße 32, Köln. Brauchtum zum Advent und Nikolaus. Es sind auch Überraschungen angedacht. Im Anschluß trifft sich der Vorstand. Anmeldung erbeten bei D. Taruttis, Telefon (02 21) 79 16 16. – Der letzte Heimatnachmittag stand unter dem Motto: „Heimat heute". In diesem Rahmen gab es einen Bericht über Urlaube, Nidden sowie Gerdauen. Die Berichte wurde sehr schön anrangiert vorgetragen und viel Applaus belohnt. Rezitiert wurde auch über die Feiertage: „Reformationsfest, Allerheiligen und Allerseelen". Die Geburtstagskinder wurden mit einem Ständchen geehrt.

Leverkusen – Sonnabend, 9. Dezember, 14.30 Uhr, Vorweihnachtsfest im großen Saal der Herz-Jesu Kirche, Marktplatz 1, Wiesdorf. Das heimatbezogene Programm gestalten: der Chor Heimatmelodie (Leitung Max Murawski), die Tanzgruppe (Leitung Christa Mehlmann), die Laiengruppe mit dem Krippenspiel, Hedwig Zentek und Else Huget mit einer Kindergruppe, der Weihnachtsmann (bringt für die Kinder und anderen Gäste eine Überraschung mit). Das kulturelle Programm beginnt um 15 Uhr. Eine Anmeldung ist aus organisatorischen Gründen unbedingt notwendig: Frau Pelka, Telefon (02 14) 9 57 63.

Mönchengladbach – Montag, 4. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der „Bügerklause".

Witten – Sonnabend, 9. Dezember, 15 Uhr, Adventsfeier.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim

Landau i. d. P. – Sonnabend, 9. Dezember, 15 Uhr, Adventsfeier im Gewölbekeller der Stiftskirche „Kreuz und Quer", Kronstraße 38. Es gibt Vorträge mit musikalischer Begleitung von Helmut Naab (Geige) und Ferdi Eichenlaub (Klavier).



SACHSEN

Vors.: Erwin Kühnappel, Hauptstraße 147 c, 09569 Gahlenz, Telefon (03 72 92) 2 20 35, Fax (03 72 92) 2 18 26. (Geschäftsstelle: Telefon und Fax (03 71) 5 21 24 83, Trützschlerstraße 8, 09117 Chemnitz. Sprechstunden Dienstag und Donnerstag, 9 bis 16 Uhr

Chemnitz – Sonnabend, 2. Dezember, 13 Uhr, lädt die Gruppe zum Jahreshöhepunkt ein. Ab 11 Uhr besteht die Möglichkeit, ein Mittagessen einzunehmen. Ein kleiner Weihnachtsmarkt wird von der Frauengruppe, mit ihrer neuen Leiterin Liesbet Krüßel, gestaltet. Weiterhin werden Bücher angeboten. Bevor um 13 Uhr das bunte Weihnachtsprogramm mit dem sächsischen Hornquartett beginnt, werden

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 22

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 25. November, 20.05 Uhr, N 24: Fahrt in den Tod – Das Ende der Hindenburg.

Sonntag, 26. November, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Dienstag, 28. November, 20.15 Uhr, ZDF: Die Kinder der Flucht

Dienstag, 28. November, 22.05 Uhr, N 24: Operation „Zitadelle" – Die größte Panzerschlacht aller Zeiten.

Mittwoch, 29. November, 20.40 Uhr, Arte: Benutzt und gesteuert – Künstler im Netz der CIA.

Mittwoch, 29. November, 23.15 Uhr, ARD: KGB in Deutschland (1).

Donnerstag, 30. November, 23.30 Uhr, ARD: Kampf um die Kinder – Taliban auf dem Vormarsch.

Anzeigen







STANSCHUS

Zum Gedenken an meine Eltern

Otto Stanschus

geb. 29. 11. 1913 in Schillgallen,
gefallen 26. 8. 1941 in Reval/Estland

Ida Stanschus

geb. Westphal

geb. 1. 11. 1913 in Stollbeck,
gest. 1. 8. 2005 in Waldkirch/Breisgau

Alfred Stanschus

Simonswälder Straße 83A, 79261 Gutach-Bleibach



Meine Seele spannte
weit ihre Flügel aus,
flog durch die stillen Lande,
als flöge sie nach Haus.

Mein lieber Bruder

Steueroberamtsrat

Gerhard Karl Reinhold Rimsa

∗ 4. 10. 1920 † 31. 10. 2006
Ebendorf, Kreis Ortelsburg Neuwied/Rheinland

ist in Frieden heimgegangen.

In stiller Trauer
Irene Rimsa

Tulpenweg 2, 56587 Straßenhaus

»Auch wenn es uns schmerzt ...«

Leicht gekürzter Lagebericht des Sprechers für die Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont / Ostheim

Das deutsch-polnische Verhältnis ist seit Beginn der Kaczynski-Regierungsära durch Warschauer Kraftmeierei belastet. Ohne Skrupel bedient sich die polnische Regierung antideutscher und antieuropäischer Stereotype. Antideutsch und antieuropäisch ausgerichtet ist auch die Programmatik der beiden kleinen Koalitionsparteien der derzeitigen Warschauer Regierungskoalition. Polen, Europa und Deutschland bekommen mehr und mehr Probleme mit dieser nationalistischen Regierung.

Die Berliner Regierung müßte mit Klugheit, Geschlossenheit und Festigkeit auf die Sticheleien aus Warschau reagieren. Doch dies ist ein unrealistischer Wunsch. Der deutsche Innenminister rät, für das polnische Gezeter Verständnis zu haben, die Polenlobby in der SPD ist groß und die Kanzlerin hat im Frühjahr 200 Millionen Euro aus Brüssel den Polen zusätzlich zugestanden. Das Geld war für die mitteldeutschen Bundesländer vorgesehen. Auch hat sie ihren Antrittsbesuch in Warschau lange vor dem ersten Besuch in Moskau absolviert und den Polen signalisiert, daß es mit den besonderen deutsch-russischen Beziehungen – Putin-Schröder – vorbei sei.

Die Warschauer Regierungskoalition sieht sich bestätigt. Sie hat allerdings nun auch die Franzosen verprellt, Polens über Jahrhunderte treueste Verbündete in Europa. Ein glücklicher Umstand für die Berliner Republik. Die Kraftmeierei aus Warschau muß vor dem Hintergrund der großen innenpolitischen Probleme Polens bewertet werden.

Das Gesundheitswesen und das Rentensystem sind chronisch unterfinanziert. Es fehlt an bezahlbarem Wohnraum und an sichtbaren Fortschritten beim Aufbau einer modernen Infrastruktur, wenn man vom Ausbau der Fernstraßen – EU-Mittel – absieht. An einem großen Teil der ländlichen Bevölkerung ist der wirtschaftliche Aufschwung in den Städten vorbeigegangen. Hunderttausende Polen verdingen sich zu Dumpinglöhnen auf dem europäischen Arbeitsmarkt und die eigentliche Belastungsprobe für das ländliche Polen ist erst noch zu bewältigen. Es ist der Strukturwandel in der Landwirtschaft, der Anpassungsprozeß der polnischen Bauern an das EU-Niveau. Zehntausende kleine Bauernhöfe werden auf der Strecke bleiben und zu einem sozialen Sprengsatz kollabieren, wenn das Land diesen Prozeß nicht sozialverträglich abfedert.

Eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Unrecht der Vertreibung, ja eine staatlich geförderte Forschung ist zumindest in Polen zum Erliegen gekommen. Sie paßte auch nicht ins politische Bild einer Koalition aus Nationalkonservativen, erzkatholischen Nationalisten und Populisten, zu deren Vokabular immer noch antideutsche Vorbehalte und Töne zählen.

Man hat den Eindruck, daß die Warschauer Koalitionäre für zukünftige politische Krisen schon mal vorsorglich Sündenböcke ausmachen.

Das polnische Störfeuer gegen das geplante Europäische Zentrum gegen Vertreibungen war erfolgreich und zeigt Wirkung. Der Sprecher hat wiederholt vor der OLV seine Befürchtung vorgetragen, daß die ostdeutsche Vertreibung – von der Dimension her, bisher einmalig – beim Zentrum zu einer Fußnote verniedlicht werde. Die erste Ausstellung der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“, am 10. August im Kronprinzenpalais in Berlin eröffnet, bestätigte diese Vermutung nicht ganz. Ich hoffe, Sie haben zu diesem Thema den Kommentar unseres Chefredakteurs vom 19. August gelesen.

Ich war recht frustriert als ich bei der Besichtigung der Ausstellung feststellen mußte, daß über die Tragödie Königsberg zwischen 1945 und 1947 mit 80 000 Verhungerten kein Hinweis zu finden war. Es hätte sich angeboten, Auszüge aus dem Buch „Frauen in Königsberg“ oder dem Tagebuch der Emma Kirchstein zu dokumentieren.

Gottfried Hufenbach hat für den Bundesvorstand am letzten Aprilwochenende eine Zusammenkunft mit den Vorsitzenden/Vorständen der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen geleitet. Es ging dabei vorrangig um die Zukunft der deutschen Volksgruppe im südlichen Ostpreußen. Dazu, aber auch zu den Überlegungen des Bundesvorstandes zur Fortsetzung des kommunalen Dialoges wird Sie Hufenbach zu einem späteren Zeitpunkt informieren.

Das Sommerfest der LO für die Deutschen Vereine fand am 22. / 23. Juli statt. Teilnehmerzahl und Atmosphäre der Veranstaltung entsprachen unserer Erwartung. Es ist wichtig, daß die LO immer wieder als Obhutorganisation für unsere heimatverbliebenen Landsleute auftritt. Die Bürgermeisterin von Lötzen und der Landrat des Kreises Lötzen waren Ehrengäste bei der Veranstaltung.

Die Zerstrittenheit der Deutschen Vereine, wie sie unter Eckhard Werner Gang und Gebe war, gehört der Vergangenheit an. Heinrich Hoch hat zweifellos in seinem Amt als Dachverbandsvorsitzender Statur gewonnen. Er wird von den Vereinsvorsitzenden anerkannt



Wilhelm v. Gottberg, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen. Foto: Archiv

Er rief mich am Mittwochabend an und berichtete über eine sehr erfolgreiche Zusammenkunft aller Vereinsvorsitzenden am letzten Wochenende. Ziel der Zusammenkunft war, alle Kräfte zu bündeln, damit bei der Kommunalwahl die Deutsche Volksgruppe einen Achtungserfolg erzielen kann. Hoch kandidiert für den Stadtrat von Osterode. Dies läßt leider seine Teilnahme an unserer heutigen Sitzung nicht zu. Er läßt Sie alle herzlich grüßen.

In Königsberg haben die Stadt Königsberg und die Städte im Gebiet in den letzten Jahren einen bemerkenswerten Aufschwung genommen. Leider beschränkt sich dieser Aufschwung auf die großen Städte, auf dem Land herrscht weiter Tristesse und Stagnation. Der flüchtige Beobachter darf sich bei seiner ersten Begegnung mit Königsberg und anderen Städten im nördlichen Ostpreußen nicht davon täuschen lassen, daß sich ihm ein relativ buntes und lebendiges Bild bietet. Nur eine Minderheit der Menschen hat an diesem Leben Anteil und bestimmt entsprechend ihrer Möglichkeiten das Erscheinungsbild.

Die Probleme der Region sind nach wie vor riesig: die Wohnverhältnisse breiter Bevölkerungsschichten, insbesondere auf dem Lande sind katastrophal.

Es gibt keine funktionierende Gesundheitsfürsorge; die Aidsinfektion breitet sich aus.

Eine funktionierende Landwirtschaft mit angeschlossener Veredelungswirtschaft ist nicht vorhanden.

Ein Umweltbewußtsein ist allenfalls in Ansätzen, aber nur bei einem kleinen Teil der Menschen vorhanden.

Die Mehrheit der Menschen ist arm, viele Tausend vegetieren unter der Armutsgrenze freudlos und perspektivlos dahin.

Wie in anderen Teilen Rußlands ist auch im Königsberger Gebiet die Kriminalität sehr hoch.

Die Schwäche der Staatsorgane leistet der Kriminalität großen Vorschub. Organisiertes Verbrechen, Menschenhandel, Handel mit Drogen und gestohlenen Fahrzeugen und illegale Einwanderung gehören dazu. Auch der Schmuggel – vor allem von Bernstein, Alkohol und Zigaretten – ist weit verbreitet. Das organisierte Verbrechen hat wie auch anderen Orts in Rußland eine äußerst negative Auswirkung auf Wirtschaft und das Investitionsklima. Die Kriminalität, die mit Korruption einhergeht, stellt eine ernsthafte Bedrohung der wirtschaftlichen Entwicklung und des Aufbaus eines von rechtsstaatlichen Grundsätzen bestimmten demokratischen Systems dar.

Rußland ist kein Rechtsstaat in unserem Sinne, wohl alle, die humanitär in der Region tätig waren oder noch sind, haben dies einmal oder mehrmals schmerzlich erfahren müssen. Die Verhältnisse auf dem Land in der Region sind häufig ähnlich den Verhältnissen eines Entwicklungslandes in Schwarzafrika.

Der Unterschied zwischen Stadt und Land im Königsberger Gebiet ist in den letzten Jahren noch erheblich größer geworden. Was in der Stadt als Hoffnung erkennbar ist, wird auf dem Lande weiter vernachlässigt. Vieles ist verwahrlost, unendliche Flächen liegen brach, eine große Armut herrscht unter den Menschen, ihre Not ist unübersehbar. Es fehlen Arbeitsplätze vor Ort. Es fehlen Investitionen in die Landwirtschaft, an Gebäuden und vor allem in die Straßen.

Es ist in höchstem Grade verantwortungslos, wie das Problem der Umweltverschmutzung ignoriert wird, mit der Konsequenz, daß den nachwachsenden Generationen drückende Altlasten aufgebürdet werden. Ein Umweltskandal erschütterte im August das Seebad Neukuren. Ungeklärtes Abwasser – menschliche Fäkalien – verschmutzen den Strand des Seebades. Einer russischen Pressenotiz war zu entnehmen, daß es eine Störung in der Neukurener Kläranlage gegeben habe. Ich schlußfolgere daraus, daß geklärtes Abwasser in die Ostsee bei Neukuren eingeleitet wird und daß die örtliche Kläranlage – für wie lange auch immer – ausgefallen war. Da hat man dann ungeklärt in die Ostsee entsorgt.

Im Königsberger Gebiet geht es mit der Russifizierung weiter voran. In Pillau steht jetzt an der Mole Zar Peter der Große anstelle des Großen Kurfürsten, und auch Zarin Elisabeth, die Gegnerin Friedrich des Großen, wurde neu aufgestellt. In Königsberg wird das Stadtbild in nicht geringer Weise von der neu erbauten riesigen Orthodoxen Erlöserkathedrale bestimmt.

Gelegentlich wird in unseren Reihen angeregt, zum 200. Jahrestag des Tilsiter Friedens im nächsten Jahr eine gemeinsame Veranstaltung mit Russen durchzuführen. Ich lehne dies ab. Wir würden großrussischer Geschichtsklitterung Vorschub leisten. Schon vor fünf Jahren plakatierten die Russen in Königsberg großflächig: Unser Land, hier waren wir, hier sind, hier bleiben wir. – Ja, sie waren in Königsberg drei Jahre als Besatzer während des siebenjährigen Krieges und dann noch einmal einige Monate als Verbündete während des Befreiungskrieges von 1813 und 1814.

Im übrigen war der Tilsiter Frieden ein Schanddiktat, von Napoleon oktroyiert, und nur dem russischen Zaren Alexander I. war es zu verdanken, daß Preußen bestehen blieb, wenn auch nur als Zwergstaat und seiner gesamten Gebiete westlich der Elbe beraubt.

Königsberg ist heute in den Augen der Russen sowie nach Auffassung der ganzen Welt ein Teil der russischen Föderation. Das müssen wir, auch wenn es uns schmerzt, zur Kenntnis nehmen. Die innerstaatliche Entwicklung Rußlands verläuft in Königsberg nicht anders als im gesamten riesigen Land, innerstaatliche Entwicklungen gelten von Pillau bis Wladiwostok und von Murmansk bis zur chinesischen Grenze.

Nach anfänglichen Demokratisierungstendenzen unter Präsident Jelzin entwickelt sich das Land nun wieder in Richtung eines totalitären Regimes. Zwar gibt es noch ein gewähltes Parlament, aber die Wahlen sind nicht frei im Sinne des westlichen Demokratieverständnisses. Die russische Justiz ist nicht unabhängig, die Eigentumsgarantie ist im Zweifel nichts wert, kritische Journalisten werden beseitigt und eine freie Presse ist nicht vorhanden. Resümee: es gibt keine Anzeichen, daß sich Rußland im nächsten Jahrzehnt zu einer Zivilgesellschaft im westlichen Sinne mit gesicherten Grundrechten entwickeln wird.

Damit diese Zustandsbeschreibung nicht nur ganz negativ bleibt will ich von einem kleinen Hoffnungslicht berichten. Horst Mertineit, der Stadtkreisvertreter der Stadtgemeinschaft Tilsit rief mich vorgestern an. Er meldete sich für die heutige Sitzung wegen einer noch nicht überstandenen Grippe ab. Mertineit berichtete, wie sehr er sich freue, daß nunmehr der

Lesen Sie weiter auf Seite 22

»Auch wenn es uns schmerzt ...«

Leicht gekürzter Lagebericht des Sprechers für die Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont / Ostheim

Tilsiter Waldfriedhof durch den Volksbund wieder fertiggestellt und eingeweiht sei. Die Anlage sei rundherum wunderschön und die Presse habe von der Einweihung durchweg sehr positiv berichtet.

Ferner berichtete Mertineit von seiner großen Freude, die unbegrenzt bei allen Mitgliedern der Tilsiter Stadtgemeinschaft vorhanden sei, daß der Elch der Stadt Tilsit wieder zurückgekommen sei. Dieser war 1945 nach Königsberg verbracht worden. Er habe wegen des Tilsiter Elches den Oberbürgermeister jahrelang in den Ohren gelegen und ihn gebeten, dieses Ziel zu verfolgen. Nun sei es realisiert. Der Oberbürgermeister erwarte allerdings, daß die Stadtgemeinschaft einen Teil der Umzugskosten für den Elch aufbringen wird. Da hat Mertineit noch einiges zu erledigen.

Das Memelland gerät nicht aus dem Blick. Über meine Reise nach Memel und Heydekrug und die erneute Zuwendung an die Wolfskinder habe ich Sie im April in einem *PAZ*-Artikel ausführlich informiert. Auch habe ich über meinen Besuch bei der sogenannten deutschen Schule in Memel berichtet, die in Wahrheit eine litauische Schule für die deutsche Minderheit ist.

Zum gesamten Komplex der Vertreibung der Deutschen aus den Ostprovinzen des früheren Deutschen Reiches und aus den südosteuropäischen Siedlungsgebieten hat die politische Klasse in unserer Republik eine sehr einseitige und eigenwillige Sichtweise entwickelt, und diese zur Staatsräson erhoben. Es ist die Sichtweise der Polen, daß nämlich aufgrund des mutwilligen Beginns des Krieges durch Deutschland und der unermeßlichen Verbrechen der Deutschen die Vertreibung gerechtfertigt sei. Die Deutschen haben also gewissermaßen eine gerechte Strafe bekommen. Insoweit müssen sie sich das Unrecht der Vertreibung selbst zurechnen. Die wirklichen Opfer sind die Menschen in den östlichen Nachbarstaaten, die zu Millionen zu Tode gebracht wurden, bzw. unter dem Naziterror leiden müssen. Liebe Landsleute, leider hat sich so undifferenziert der Bundespräsident beim Tag der Heimat am 2. September in Berlin geäußert. So oder ähnlich hört man es immer wieder von den Vertretern der Großen Koalition.

Zur LO und ihren nachgeordneten Organisationen: Dem Bundesvorstand ist es gelungen, nun endlich wieder einen engagierten und ausgewiesenen Fachmann für die Leitung der Redaktion zu gewinnen. Herr Klaus Voss ist der jüngste Chefredakteur, den unsere Wochenzeitung je hatte, gleichwohl ist er erfahren. Er wird über seinen Werdegang, aber auch über die zukünftige Entwicklung bei der *PAZ* Ihnen gleich berichten. Der Bundesvorstand hat mit ihm gemeinsam Schritte eingeleitet, die der Zukunftssicherung der *PAZ* dienen sollen. Wir müssen die bezahlte Auflage der *PAZ* stabilisieren. Liebe Landsleute, dazu ist auch Ihre Mithilfe erforderlich. Ist es unzumutbar, zu fordern, daß jedes Mitglied der OLV im nächsten Jahr drei neue Abonnenten wirbt? Herr Voss hat über seine Frau einen Bezug zu Ostpreußen. Für ihn ist klar – was außerhalb der Ostpreußenfamilie heute fast vergessen ist – das Dienen steht vor dem Verdienen -

»Dienen steht vor dem Verdienen«

Über die Situation hier im Hause, über das Ostheim habe ich Sie mit dürren Worten in meinem Brief vom 19. Oktober informiert. Noch hat das Ostheim mit seinem Seminar- und Freizeitangebot für den gesamten Verband eine enorme Bedeutung. Eine Aufgabe des Ostheims würde den Verband in nicht mehr zu korrigierender Weise schwächen. Aber ein verantwortungsbewußter Vorstand muß reagieren, wenn erkennbar wird, daß die Wirtschaftlichkeit des Ostheims nur mehr kurzfristig gegeben ist. Das Ostheim ist immer schon von der LO gesponsert worden, mit Ausnahme der Jahre 1996 – 2004. Ich habe darüber bei den Sitzungen der OLV in den vergangenen Jahren immer wieder berichtet. Aufgrund der guten Finanzausstattung der LO in früheren Jahrzehnten war das finanzielle Zuschießen kein großes Problem. Mit dem Wegbrechen der Leserschaft der *PAZ* ist die Finanzkraft der LO geschwunden. Am 19. September hat die Mitgliederversammlung von Ostheim getagt und die Übertragung des Ostheimanteils am Eigentum dieser Hausimmobilie auf die LO beschlossen. Im Gegenzug verzichtet die LO auf ihre bisher aufgelaufenen Forderungen an den Verein Ostheim. Die dazu erforderlichen notariellen Maßnahmen sind in Arbeit.

Der Verein Ostheim e.V. bleibt wie bisher Betreiber der Jugend-Freizeit- und Bildungsstätte Ostheim in Pyrmont. Die Mitgliederversammlung hat Dr. Thüne, Grigat und mich für die nächsten 2 Jahre zu Vorstandsmitgliedern bei Ostheim e.V. gewählt.

Der Bundesvorstand appelliert an dieser Stelle nochmals eindringlich an Sie alle: Liebe Landsleute, prüfen Sie ernstlich wie weit Sie im nächsten Jahr persönlich oder mit Ihren Vereinigungen zur besseren Auslastung des Ostheims beitragen können. Gemeinsam können wir es schaffen, dem Ostheim die Funktion zu erhalten, die das Haus seit 1958 für die LO wahrgenommen hat.

Das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg ist keine Einrichtung der LO. Aber der Verein „Ostpreußisches Jagd- und Landesmuseum e.V. Lüneburg“ – die maßgeblichen Personen dort sind Ostpreußen – und die LO sind Stifter der OKS. Daraus ergibt sich die moralische Verpflichtung für alle Ostpreußen, darüber zu wachen, daß im Museum ein unverfälschtes Bild des historischen Ostpreußens dargeboten wird. Die Ostpreußen haben im Laufe von 50 Jahren – 1957 begann das Vorläufermuseum des heutigen OL mit seiner Arbeit – viele hunderttausend DM gespendet.

Die OKS hat seit ihrer Gründung 1994 bis 2003 gut gearbeitet. Lediglich der ehemalige Museumsdirektor hat immer wieder versucht, einzelne ehrenamtlich Tätige aus dem Vorstand und Stiftungsrat gezielt zu diffamieren. Besonders war er auf den Sprecher in seiner Eigenschaft als Stiftungsratsvorsitzender der OKS fokussiert. Da es uns um die Sache ging, haben wir das ertragen.

Das Land Niedersachsen, auch Zuwendungsgeber bei der OKS, will im Ostpreußischen Landesmuseum ein baltisches Landesmuseum einrichten und insoweit den Einfluß Ostpreußens bei der OKS auf ein Minimum reduzieren. Die Balten wären nicht dagegen. Die Ostpreußen haben immer gesagt, und sagen das auch heute noch: die Balten sind uns mit einer baltischen Abteilung im Ostpreußischen Landesmuseum willkommen. Sie sollen auch einen Sitz im Stiftungsrat haben, aber an der Federführung der Ostpreußen in den Gremien lassen wir nicht rütteln. Es haben in den letzten eineinhalb Jahren unzählige Gespräche mit Niedersachsen, mit den Balten, auch zwei Gespräche mit Prof. Schäfer im Bundeskanzleramt stattgefunden. Es wurden Briefe geschrieben und Telefonate geführt. Alles wegen der Erweiterung der OKS und der Einrichtung der baltischen Abteilung. Die ganze Sache ist noch eine Hängepartie und es ist noch ungewiß, wie es letztlich ausgeht. Hilgendorff wird dazu morgen auch noch vortragen. Aber meine Damen und Herren, die Belastungen, die zeitliche und körperliche Belastung, die dieser Komplex mit sich mitbringt, ist ehrenamtlich nicht mehr zu leisten. Das ist unzumutbar geworden. Dies gilt für Hilgendorff in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Trägervereins Ostpreußisches Jagd- und Landesmuseum e.V. sowie als stellvertretender Stiftungsratsvorsitzender der OKS noch mehr als für mich.

Hilgendorff hat in einem sehr mutigen Schritt die an das Museum angrenzende Immobilien, Brauereimuseum, Kronendiele und angrenzende Grundstücke für knapp 2 Mio. Euro für den Verein Ostpreußisches Jagd- und Landesmuseum erwerben können. Damit ist es gelungen, das Hinterhofdasein des Ostpr. Landesmuseums zu beenden und den Zugang des Museums von der Hauptfußgängerzone zu ermöglichen. Das wird dem Zulauf des Museums guttun. Der Bundesvorstand hat die Unterstützung der LO für den Zukauf signalisiert und 50 000 Euro aus der Treuespende sowie 20 000 Euro aus dem LO-Plafond der Stiftung Ostpreußen für den Ankauf zur Verfügung gestellt. Inzwischen haben auch einige Kreisgemeinschaften Unterstützung signalisiert. Dafür danke ich im Namen des Bundesvorstandes.

Unterstützung für die Zukunft

Meine Damen und Herren, der Bundesvorstand hat insbesondere durch die Kontakte des Sprechers auch im vergangenen Jahr Verbindung zu maßgeblichen Vertretern der politischen Klasse gehalten. Diese Lobbyarbeit war erfolgreich. Sie soll auch auf Repräsentanten der Grünen Partei ausgeweitet werden.

Liebe Landsleute, die Mitglieder der OLV müssen jederzeit über den Gesamtzustand des Verbandes und seine innere Verfaßtheit Gewißheit haben. Dazu zählt auch die Frage, inwieweit wir nach außen ein Bild der Geschlossenheit abgeben und inwieweit die korporativen Mitglieder sowie die wenigen Einzelmitglieder zu den Zielen der LO und des Dachverbandes BdV stehen. Tendenzen zur Entsolidarisierung sind in der LO nicht zu übersehen, aber nur geschlossen und einig werden wir in der Zukunft als Gesprächspartner ernst genommen.

Der Sprecher arbeitet für Ostpreußen und die Ostpreußen, heute noch eben so hart wie 1990 oder 1998. Da hat es kein Nachlassen gegeben. Zahlreich sind die Bitten an den Sprecher, bei den Untergliederungen zu sprechen. Mein letztes freies Wochenende hatte ich am 20. / 21. August dieses Jahres, und das nächste freie Wochenende wird hoffentlich das 1. Adventwochenende sein. Zunehmend mehr bitten mich Kreise außerhalb der LO um Vorträge, bzw. um Ansprachen. Über meinen kürzlichen Einsatz in Budapest konnten Sie in der *PAZ* lesen. Meine Damen und Herren, ich fordere nie ein Honorar und ich bekomme auch keins. Es geht immer um Ostpreußen und ich ducke mich nie weg. Ich schreibe meine Reden und Artikel stets selbst. Nicht von ungefähr hat der Bundesvorstand entschieden, daß der Sprecher die Ansprache beim Sommerfest der LO in Lötzen halten soll.

In der nächsten Woche findet ein Gespräch auf europäischer Ebene statt, in dem ausgelotet werden soll, ob die Gründung eines europäischen Vertriebenenverbandes möglich ist.

Beim BdV-Präsidium waren im März Neuwahlen. Ich wurde dabei mit einem hervorragenden Ergebnis als Vizepräsident bestätigt. Mit einem guten Ergebnis wurde auch Dr. Wolfgang Thüne in das Präsidium gewählt.

Doch nun geht der Blick nach vorne. Der Bundesvorstand bittet Sie, einer Satzungsänderung zuzustimmen, die eine nochmalige Verkleinerung des Bundesvorstandes zum Ziel hat. Es hat sich im letzten Jahr auch bei der LO gezeigt, was schon immer gesicherte Erkenntnis war. Kleinere Gremien arbeiten effektiver und zügiger als große. Mit insgesamt acht Vorstandsmitgliedern ist der Bundesvorstand völlig ausreichend besetzt. Es wurde auch die Zahl sieben in Erwägung gezogen. Es ist aber wünschenswert, daß im Bundesvorstand jüngere und auch berufstätige Persönlichkeiten mitwirken. Von denen kann immer mal einer verhindert sein. Deswegen schlägt der Bundesvorstand für die Zukunft einen achtköpfigen Vorstand vor.

Es hat mir Freude gemacht, den reduzierten, aber zuverlässig arbeitenden Bundesvorstand an der Seite zu haben. Ich danke unseren beiden Damen im Vorstand für ihr gewissenhaftes Mitwirken. Frau Lüttich und Frau Stramm sind ein sehr positives Element im Vorstand. Beide sind erfahrene Führungspersönlichkeiten, das gilt für die Berufsphase wie für die ehrenamtliche Tätigkeit als Kreisvertreterin bzw. Landesgruppenvorsitzende. Frau Lüttich möchte ich an dieser Stelle noch einmal besonders danken. Trotz ihrer Belastung als Bundesvorsitzende der ostpreußischen Frauenkreise hat sie sich auch als Landesgruppenvorsitzende für Baden-Württemberg in die Pflicht nehmen lassen. Herr Böld ist immer ansprechbar und, wenn erforderlich, jederzeit zu einer Reise nach Hamburg bereit. Sein Rat im Vorstand war immer hilfreich. Mit Wolfgang Thüne verbindet mich viel, er steht mir von Beginn meiner Sprecherzeit an als Stellvertreter zur Seite. Gottfried Hufenbach hat sich seit seiner Wahl vor zwei Jahren stark und engagiert in die Vorstandsarbeit eingebracht. Er betreut das Gebiet südliches Ostpreußen und ist da genau an der richtigen Stelle. Außerdem arbeitet er mit Stolle und Grigat an dem Konzept Restrukturierung, um die LO zukunftsfähig zu machen. Er wird darüber noch berichten. Rüdiger Stolle danke ich für sein Mitwirken.

Gemeinsam für die eigene Sache

Ein besonderer Dank gilt Stephan Grigat, er hat sofort zugestimmt, als ich ihn bat, als kooptiertes Mitglied im Bundesvorstand mitzuwirken.

Zu meiner Person: Ich bin nun von allen Sprechern am längsten im Amt. Ich habe schon vor meiner Zeit als Sprecher gewußt, daß der Mensch des Menschen Wolf ist. Aber ich hätte nicht für möglich gehalten, im Sprecheramt zahlreichen Diffamierungskampagnen ausgesetzt zu sein. Ich habe nicht mit großem Dank gerechnet, wohl aber, daß man mich mit Gerechtigkeit beurteilt. Dies hat dankenswerterweise die große Mehrheit der Ostpreußischen Landesvertretung bisher auch immer getan.

Durch Gebet und den moralischen Zuspruch meiner Familie und wirklichen Freunden hier in der OLV, habe ich das leisten können, was ich für Ostpreußen und die Ostpreußen geleistet habe. Den Benediktiner-Wahlspruch „Arbeit mit Gebet verbunden, hat Gottes Segen stets gefunden“, habe ich erfahren. Und Luthers großartiges Wort ist mir Leitlinie geworden: „Ein Christ ist ein freier Herr aller Dinge und niemand untertan. Ein Christ ist ein dienstbarer Knecht aller Dinge und jedermann untertan.“ Der erste Satz gilt nur, wenn man den zweiten Satz persönlich praktiziert. Daraus erwächst Souveränität und Unabhängigkeit.

Mit einem Dank an die Mitarbeiter in der Bundesgeschäftsstelle und bei der Redaktion, will ich diesen Lagebericht beenden. Danke für Ihr geduldiges Zuhören.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung

Vertreter von Stadt und Land, sowie Ehrengäste Grußworte entrichten. Verdiente Mitarbeiter werden mit der Silbernen Ehrennadel geehrt. Anmeldungen bei Gertrud Altermann, Rosa-Luxemburg-Straße 1 a, 09126 Chemnitz.

Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 9. Dezember, 14 Uhr, Weihnachtsfeier der Gruppe im Industriemuseum der Stadt. Mit einem kleinen weihnachtlichen Programm soll an frohe und besinnliche Weihnachten in der Heimat erinnert werden. Es wird selbstgemachtes Weihnachtsgebäck und hausgemachte Wurst angeboten. Dazu sind alle Landsleute herzlich eingeladen.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (03 91) 7 33 11 29

Aschersleben – Mittwoch, 29. November, 14 Uhr, Handarbeits-Frauennachmittag im „Bestehornhaus“, Zimmer 6. – Mittwoch, 7. Dezember, 14 Uhr, Handarbeits-Frauennachmittag im „Bestehornhaus“, Zimmer 6.

Dessau – Montag, 4. Dezember, 14.30 Uhr, Treffen der Singgruppe in der Begegnungsstätte „H. Rühmann“.

Magdeburg – Freitag, 8. Dezember, 16 Uhr, Singproben im „TuS Neustadt“.

Schönebeck – Sonnabend, 2. Dezember, 14 Uhr, Adventsfeier der Gruppe im „Maxim“, Maxim-Gorki-Straße.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Tel. (04 31) 55 38 11, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel

Bad Oldesloe – Für die Treffen der Gruppe steht immer ein bestimmtes Thema auf dem Programm – bei der letzten Zusammenkunft war es der Heilige Martin. Nach einer kurzen Darstellung über Leben und Legende des Martin von Tours, der 316 n. Chr. im Gebiet des heutigen Ungarn geboren wurde, sprach Boris Makarowski über Sitten und Bräuche zum Martinstag in Ostpreußen. Zinsen und Abgaben wurden zu Martini fällig, wenn die Ernte eingebracht war, Dienstleute wechselten ihren Arbeitsplatz. Katharina Makarowski las eine humorvolle Geschichte vom Schlachten, welches auch in diese Jahreszeit gelegt wurde. Martin starb am 8. November 397 in Candes bei Tours in Frankreich. Dort war er von 372 bis zu seinem Tode der dritte Bischof. Er wurde einer der bekanntesten Heiligen der katholischen Kirche. Die Legende erzählt, daß er mit dem Schwert seinen Mantel mit einem Bettler teilte. In der folgenden Nacht soll ihm Christus erschienen sein, bekleidet mit dem Teil des Mantels, den er dem Bettler gegeben hatte. Nach einer weiteren Legende soll er sich im Jahr 371 in einem Gänsestall versteckt haben, als er in Tours zum Bischof ernannt werden sollte. Die schnatternden Gänse verrieten ihn in seinem Versteck. So mußte er das Bischofsamt annehmen, und das soll am 11. November gewesen sein.

Alle Jahre wieder ...

Weihnachtsfreizeit für Senioren im Ostheim

Bad Pyrmont – Vom 19. Dezember 2006 bis 2. Januar 2007 bietet das Ostheim wieder eine Weihnachtsfreizeit für Senioren an. Bei abwechslungsreichen Programmangeboten, vom morgendlichen Singen oder der Gymnastik nach dem Frühstück, über kleine Wanderungen, Diavorträgen, Basteln oder Lesungen, bis hin zur „Hausweihnacht“ am Heiligen Abend und dem gemeinsam begangenen Jahreswechsel, sowie natürlich echt ostpreußischer Küche und Festessen zu den Feiertagen, findet wohl jeder Gast etwas passendes zu seiner Unterhaltung und wenn es auch nur das Plachandern mit Landsleuten aus der alten Heimat ist. In der Hufeland-Therme können Sie die Meersalzgrotte genießen, in verschiedenen Saunen schwitzen oder das Wasser in verschiedenen Formen auf den Körper wirken lassen. Bad Pyrmont selbst lädt mit seinen Sehenswürdigkeiten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafés und Kulturangeboten zum Bummeln und Genießen ein.

Für diese 14tägige Weihnachtsfreizeit stehen noch einige Einzelzimmer zum Preis von 651 Euro und Doppelzimmer zum Preis von 560 Euro pro Person zur Verfügung. Die Inklusivpreise beinhalten Vollpension mit allen Festmenüs, die Gästebetreuung, eine Halbtagesfahrt und die Reise-Rücktrittskosten-Versicherung. Die Kurtaxe wird vom Staatsbad Bad Pyrmont separat erhoben. Anfragen und Anmeldungen, diese bitte nur schriftlich, richten Sie an: Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (0 52 81) 9 36 10, Fax: (0 52 81) 93 61 11, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

Vor 70 Jahren wurde die HJ Staatsjugend

Das Gesetz über die Hitlerjugend vom 1. Dezember 1936 verstaatlichte im Deutschen Reich das Jugendleben. Paragraph 1 lautete: „Die gesamte deutsche Jugend innerhalb des Reichsgebietes ist in der Hitlerjugend zusammengefaßt.“ Abweichler wurden so in die Illegalität gedrängt.

Reichsjugendführer Baldur von Schirach hatte schon 1933 zu erkennen gegeben, daß die Nationalsozialisten nichts anderes wollten als eine Einheitsorganisation der deutschen Jugend. Ein Dachverband der deutschen Jugend mit eigenen Säulen (HJ, evangelische Jugend, katholische Jugend, bündische Jugend, Sportjugend) oder beispielsweise eine korporative Überführung der katholischen Jugendverbände in die HJ (mit relativ eigenständigem Weiterleben) waren für die Nationalsozialisten abwegige Vorstellungen, überhaupt nicht mehr zeitgemäß. In der nationalen Euphorie des Jahres 1933 gliederten sich die evangelischen Jugendverbände in die HJ ein, auch große Teile der bündischen Jugend traten zur HJ über. Die marxistisch orientierte Arbeiterjugend war verboten und aufgelöst worden. Die katholischen Jugendverbände glaubten sich durch das Reichkonkordat des Sommers 1933 geschützt, mußten aber erleben, wie NSDAP und HJ systematisch auf die Zerstörung der organisierten katholischen Jugend hinarbeiteten.

Den Niedergang der katholischen Jugendverbände leitete eine preußische Polizeiverordnung vom 23. Juli 1935 ein, welche die bisherigen Repressivmaßnahmen und Verbote noch einmal verschärfte und schnell auf das ganze Reich ausgedehnt wurde. Das dann Ende

Ab 1939 von der Polizei zum Dienst gewungen

1936 folgende Gesetz über die Hitlerjugend war als Abrundung gedacht. Legal war katholische Jugendarbeit nach NS-Auffassung nun nur noch als Versammlung junger Betschwestern und frömmelnder Jungen und Jungmänner, aus der Öffentlichkeit verdrängt und beschränkt auf Kirche und Sakristei.

Am 25. März 1939 kam eine Durchführungsverordnung zum HJ-Gesetz heraus, wonach diejenigen, die ihren HJ-Dienstpflichten nicht nachkamen, von der Polizei zu diesem gesetzlichen Dienst gezwungen werden konnten. Die ganz Unentwegten, die noch außerhalb der HJ ein freies Jugendleben – sei es nach konfessionellen oder nichtkonfessionellen bündischen Traditionen – gestalten wollten, mußten dies nun heimlich tun und nahmen die Gefahr der Kriminalisierung auf sich, denn: „Jugend will sich frei gestalten, / Steht in Ehren für das Reich.“ (Georg Thurmair)

Dieser Minderheit standen die Millionen Altersgenossen gegenüber, die das Staatsmonopol auf Gestaltung des Jugendlebens hinnahmen oder sogar begrüßten, denn sie erlebten in der Hitlerjugend ja keineswegs nur Drill und ideologische Verführung. Sie konnten der Hitlerjugend positive Seiten abgewinnen, da diese zahlreiche beliebte Elemente der damaligen Jugendkultur – wenn auch gefiltert und oft abgewandelt – übernahm. So lautete etwa der Titel eines beliebten HJ-Liederbuches: „Uns geht die Sonne nicht unter“ (Refrain des aus der Wandervogel-Bewegung stammenden Liedes „Wilde Gesellen, vom Sturmwind durchweht“); besser ließe sich jugendlicher Optimismus kaum ausdrücken.

Manfred Müller

»Einer muß der Bluthund werden«

Vor 60 Jahren starb der einzige Reichswehrminister der SPD, Gustav Noske

Von Hans-Joachim von Leesen

Unsere Stellung zum Militärwesen ist gegeben durch unsere Auffassung des Nationalitätenprinzips. Wir fordern die Unabhängigkeit jeder Nation. Aber das bedingt, daß wir auch darauf Wert legen, daß die Unabhängigkeit des deutschen Volkes gewahrt wird. Wir sind selbstverständlich der Meinung, daß es unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit ist, dafür zu sorgen, daß das deutsche Volk nicht von irgend einem anderen Volk an die Wand gedrückt wird.“

Das waren 1907 im Deutschen Reichstag Äußerungen, die in der Öffentlichkeit Aufsehen erregten, denn sie stammten aus dem Munde des Sprechers der Sozialdemokratischen Fraktion für Militärfragen, des damals 39 Jahre alten Abgeordneten Gustav Noske. Das „Berliner Tageblatt“ meinte, aus der Reichstagsrede müsse man den Eindruck gewinnen, „daß Noske eine ganz andere Auffassung von Welt und Menschen hat, als sie sonst in der Sozialdemokratie herkömmlich war“. Es sei ein neuer Geist, der aus ihm spricht. Weder könne man ihn zu den Revisionisten zählen, noch zu den Vertretern der Gewerkschaftspolitik. „Vielleicht ist er nichts als eine Persönlichkeit.“

Wer sich hier, zwei Jahre nachdem er zum ersten Male in den Reichstag gewählt worden war, zu Wort meldete, war in der Tat eine herausragende Persönlichkeit, die noch eine entscheidende Rolle in der Geschichte spielen sollte. Geboren wurde Gustav Noske am 9. Juli 1868 in Brandenburg an der Havel in ärmlichen Verhältnissen. Dennoch besuchte er die Bürgerschule (heute etwa Realschule) und lernte in Abendkursen Englisch und Französisch. Während er das Korbmacherhandwerk erlernte, eignete er sich durch intensive Lektüre umfangreiche Kenntnisse der Geschichte an. Ferdinand Lassalles Schriften beeinflußten ihn. Neben der Berufsausübung schrieb er Artikel für sozialdemokratische Zeitungen, bis er Redakteur, später Chefredakteur von SPD-Zeitungen in Königsberg und Chemnitz wurde. Als er wegen Beleidigung des Hofpredigers Adolf Stöcker drei Monate lang im Gefängnis saß, studierte er Marx' „Kapital“. Später rühmte er sich, niemals Marx zitiert zu haben.



Gustav Noske: Nach seinem Ausscheiden aus der Reichsregierung wurde der gebürtige Brandenburger Oberpräsident der preußischen Provinz Hannover. Foto: DHM

1906 stellte ihn die Chemnitzer Parteibasis gegen den Willen der Partei- und Gewerkschaftsführung als Kandidaten für den Reichstag auf. Er wurde gewählt und spezialisierte sich in Fragen des Haushaltsrechts, des Militärwesens und der Kolonien. Hier entwickelte er sich zu einem Fachmann mit eigenständigem Urteil, der sich, wenn in seinen Augen notwendig, nicht an die Parteilinie hielt. Wurde er dann von der Parteilinken angegriffen, konnte er sicher sein, daß ihn der Parteivorsitzende August Bebel deckte. Der Erste Weltkrieg war in seinen Augen ein Verteidigungskrieg. Daher war es für ihn selbstverständlich, für den deutschen Sieg einzutreten.

> »Vielleicht ist er nichts als eine Persönlichkeit« (»Berliner Tageblatt« 1907 über Gustav Noske)

Als im Herbst 1918 die deutsche Front wie auch die Heimat erschöpft zusammenbrachen und linksextreme Gruppierungen aus der Meuterei von Matrosen der seit zwei Jahren tatenlos in den Häfen liegenden Großkampfschiffe eine Revolution zu machen sich bemühten, um nach dem Vorbild der Sowjetunion aus Deutschland eine Räterepublik zu machen, beriet der kurz vorher zum Reichskanzler berufene Sozialdemokrat Friedrich Ebert Noske als Militärfachmann in den Rat der Volksbeauftragten. „Verlaßt Euch drauf, ich bringe Euch Berlin in Ordnung“, war dessen berühmt gewordene Antwort. Wohl noch bekannter dürfte seine Reaktion auf die kurz danach erfolgte Ernennung zum Reichswehrminister sein: „Meinetwegen. Einer muß der Bluthund werden.“

Angesichts des Machtvakuums – der neuen Regierung standen kaum bewaffnete Kräfte zur Verfügung, da das aus dem Felde zurückkehrende Heer zerfiel – verbündete sich Reichskanzler Ebert mit der Obersten Heeresleitung. Man war sich einig in dem Ziel, Deutschland als Staat zu retten und seine Bolschewisierung zu verhindern. Es blieb kein anderer Ausweg, als aus Freiwilligen Einheiten aufzustellen, die unter Führung fronterfahrener Offiziere bereit waren, die Ordnung im Lande wieder herzustellen. So entstanden die Freikorps, die zunächst in Berlin die Aufstände nach Verhängung des Standrechts niederschlugen und eine Stadt nach der anderen den Linksextremen entrissen. Unter ihrem Schutz konnte im Februar 1919 in Weimar die gewählte Nationalversammlung zusammentreten und im Juli die neue Reichsverfassung beschließen, womit der Grund für die Demokratie gelegt war.

Aber nicht nur linksextreme Kräfte im Reich versuchten mit Waffengewalt die Macht zu erringen. An der Ostgrenze bedrohten sowjetische Truppen Ostpreußen. Die bisher zum Reich gehörenden Provinzen Westpreußen und Posen waren bereits in polnische Hand geraten, nachdem die dort stationierten deutschen Truppen, zersetzt durch kommunistische Propaganda, kampflos die Gebiete geräumt hatten. Jetzt drängte Polen nach Schlesien, um noch vor den im Versailler Friedensvertrag festgesetzten Volksabstimmungen vollendete Tatsachen zu schaffen. Ihnen warfen sich Freikorps entgegen, da die Siegermächte den in Aufstellung befindlichen regulären Verbänden der Reichswehr das Betreten dieser Gebiete verboten hatten. Es gelang, die Angriffe aus dem Osten zu stoppen. Während Polen sich bemühten, weitere Teile des Reiches zu okkupieren, riefen Linksextreme in Bayern die Räterepublik aus, zunächst geleitet von linken Literaten und anarchistischen Schwärmern. Nach deren Scheitern rissen Kommunisten, einige von ihnen aus der Sowjetunion entsandt, die Macht an sich. Damit, so eigene Verlautbarungen, sollte die „bairische Republik dem Beispiel der russischen und ungarischen Völker folgen“. (In Ungarn hatten kurz vorher Kommunisten die Macht übernommen und eine Räterepublik proklamiert.) Eine „Rote Armee“ schlug bei Dachau eine sozialdemokratische Truppe, die von der regulären nach Bamberg geflohenen Regierung entsandt worden war, in die Flucht. Endlich setzte Reichswehrminister Noske Freikorps in Marsch, die mit Unterstützung von Kampfflugzeugen und Panzerzügen München zunächst kriegsmäßig einschlossen und, als die Kommunisten begannen, bürgerliche und adelige Geiseln zu erschießen, zum Sturm antraten. Bezeichnend für die Härte der Kämpfe, die auf beiden Seiten eine große Anzahl von Opfern forderten, ist, daß eine Pionierkompanie unter Einsatz von Flammenwerfern das „Mathäserbräu“ räumen mußte. München wurde nach Verhängung des Standrechts genommen, die Führer des kommunistischen Aufstandes, soweit aufgegriffen, erschossen oder erschlagen, andere vor Standgerichte gestellt und zum Tode oder später zu Festungshaft verurteilt; andere flohen in die UdSSR. Die bayerische Räterepublik kostete 719 Menschen das Leben, unter ihnen 121 Soldaten der Regierungstruppen.

Nachdem im Reich einigermaßen Ruhe eingekehrt war, schritt die Aufstellung der regulären Reichswehr fort. Nach und nach wurden die Freikorps aufgelöst.

Im März 1920 verlangten Freikorps umgehend Reichstagsneuwahlen, da die bisherige Besetzung des Reichstages nicht mehr den Gegebenheiten entspreche, die Bildung eines Kabinetts aus Fachleuten sowie die Direktwahl des Reichspräsidenten. Sowohl Reichspräsident Ebert als auch Reichswehrminister Noske lehnten ab, sich von den Soldaten politische Forderungen stellen zu lassen, und setzten General Walther Freiherr von Lüttwitz, den Sprecher der Freikorps, als Kommandeur des Gruppenkommandos I Berlin ab. Daraufhin versuchten einige Freikorps, darunter die Brigade Ehrhardt, die kurz vor der Auflösung stand, die Regierung zu stürzen. Ihr politischer Kopf war der ehemalige Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp. Der Putsch brach zusammen, weil die große Mehrheit der Reichswehrführung und der Truppen sich ebenso verweigerte wie die Reichsbehörden. Kapp floh ins Ausland.

Die Gewerkschaften riefen zum Generalstreik auf, dem sich sofort die Kommunistische Partei anschloß, die sich seit ihrer Gründung am 1. Januar 1919 auf den bewaffneten Umsturz vorbereitet hatte und glaubte, jetzt sei die revolutionäre Situation gekommen. Schnell entstand im Ruhrgebiet eine etwa 80 000 Mann starke „Rote Armee“, die auch über schwere Waffen verfügte. In schweren Kämpfen, in denen auf Seiten der Reichsregierung auch Freikorps eingesetzt wurden, die eben noch gegen sie geputscht hatten, wurde der Aufstand zerschlagen.

Minister Noske war schweren Angriffen der Kommunisten wie auch seiner Partei ausgesetzt, die ihm vorwarf, durch das Vertrauen, das er in das Offizierskorps gesetzt hatte, den Putsch von Kapp und Lüttwitz mit verursacht zu haben. Er mußte als Minister zurücktreten und wurde Oberpräsident der größten preußischen Provinz Hannover, ein Amt, das er bis Anfang 1933 nach allgemeiner Meinung vorzüglich ausfüllte.

Der nationalsozialistische neue preußische Ministerpräsident Hermann Göring versuchte, Noske zu gewinnen. Der lehnte ab und ging in den einstweiligen Ruhestand. Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges erhielt er ein Drittel der Bezüge eines im Amt befindlichen Oberpräsidenten und litt daher keine Not.

> Hermann Göring versuchte als preußischer Ministerpräsident, Gustav Noske zu gewinnen

Nach dem 20. Juli 1944 wurde er in Berlin inhaftiert, weil man ihn verdächtigte, von dem Putschversuch gewußt zu haben, was nicht der Fall war. Als die Rote Armee Berlin einzuschließen drohte, wurde er mit anderen politischen Häftlingen entlassen. Es wäre sein sicherer Tod gewesen, hätte die Sowjetarmee ihn gefaßt. Noske konnte, obwohl erkrankt, nach Hannover fliehen. Es erschienen – zunächst in der Schweiz – seine Erinnerungen „Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie“, in der er herbe Kritik an seiner eigenen Partei übte.

Am 30. November 1946 starb er nach einem Schlaganfall. Er liegt auf dem Engesohdener Friedhof in Hannover begraben. Seine Partei verschweigt ihn, die Kommunisten verfluchen ihn, jenen sozialdemokratischen Reichswehrminister, durch dessen entschlossene Politik überhaupt erst die Gründung der Weimarer Demokratie möglich wurde.

Was Meier und Müller dürfen

Seinen Namen darf man in Deutschland nicht ohne Weiteres ändern. „Er steht grundsätzlich nicht zur freien Verfügung des Namensträgers“, erläutert Gabriele Hermani, stellvertretende Pressesprecherin des Bundesministeriums des Inneren. Für eine Änderung reiche es nicht aus, seinen Namen nicht mehr zu mögen oder sich einen anderen zu wünschen. Um seinen Vor- oder Familiennamen ändern zu dürfen, muß man zum Beispiel nachweisen, daß man stark unter ihm leidet. „Jeder Fall wird dabei einzeln geprüft“, sagt Karin Helms, zuständig für Namensänderungen beim Bürger- und Ordnungsamt der Stadt Kiel. Als Nachweis bedarf es beispielsweise einer psychologischen Stellungnahme. „Eine Namensänderung kann etwa in Fällen von Mißbrauch Teil der Therapie sein“, berichtet Helms.

Ein Name kann ebenfalls geändert werden, wenn er anstößig

Wie man seinen Namen ändern kann

oder lächerlich ist oder Anlaß zu Wortspielen gibt. Auch extrem komplizierte oder im Deutschen schwer auszusprechende Namen können gewechselt werden. „Einige Menschen ändern nach ihrer Einbürgerung ihren Namen“, sagt Helms. Auch typisch deutsche Sammelnamen – also etwa Meier, Müller oder Schulz – können abgelegt werden. Wer seinen Namen wechseln möchte, muß sich an die zuständige Namensänderungsbehörde wenden. Je nach Wohnort sind dies unterschiedliche Stellen bei der Stadt- oder Kreisverwaltung, beispielsweise das Ordnungsamt oder Standesamt. Antragsteller brauchen zum Beispiel Personenstandsurkunden oder ein psychologisches Gutachten. Auch ein polizeiliches Führungszeugnis und eine Schuldnerauskunft können nötig werden. „In der Regel ist eine Namensänderung, bei der ein Vor- oder Familienname stark oder komplett verändert wird, nur für Personen möglich, die keinen Eintrag im Führungszeugnis oder in der Schuldnerkartei aufweisen“, erläutert Helms.

Die Verwaltungskosten sind von Fall zu Fall verschieden. Sie können bei der Änderung des Vornamens bis zu 255 Euro betragen, der Wechsel des Familiennamens kann bis zu 1022 Euro kosten. *ddp*

Weihnachten am Nordkap

Die Hurtigruten bietet verzauberte Fjorde, schneebedeckte Berge und glitzernde Städte



Unvergleichliche Landschaft: Die Gäste können von ihrer behaglichen Schiffskabine auf die eisige Schönheit Norwegens blicken. Foto: Hurtigruten

Der Wind trieb die Graupelkörner geradezu waagerecht durch die Luft. Seltsamerweise war es gar nicht richtig kalt, vorausgesetzt man hatte an Deck eine geschützte Ecke erwischt. Das Wetter war nicht gerade das, was man unter einem idealen Urlaubswetter versteht. Den grandiosen Anblick aber konnte man sich doch nicht entgehen lassen. Unendlich hoch ragten die Felswände in den nächtlichen Himmel. Schneeflecken gaben ihnen seltsame Konturen. Langsam zog das hellerleuchtete Schiff seine Bahn entlang der nordnorwegischen Küste, die durch den Golfstrom auch zu dieser Jahreszeit eisfrei war. Ebenso schnell wie der Graupelschauer gekommen war, verschwand er auch wieder. Die Wolken hatten sich verzogen, und der Mond schien dem Schiff den Weg zu weisen. Auf dem nun wieder spiegelglatten Wasser wurde sein Licht reflektiert. Edelsteine hätten nicht verheißungsvoller glitzern können.

Ab und zu öffnete sich die Tür vom Zugang zum Deck und ein Passagier steckte neugierig den Kopf heraus. Schnell aber zogen sich die meisten wieder zurück, sie bevorzugten die behagliche Wärme in den Salons und Kabinen. Bald würde man wieder einen der kleinen Häfen anlaufen, wo die Menschen schon ungeduldig auf die Ankunft des Hurtigruten-Schiffes und auf Auslieferung ihrer Ware und Pakete warteten. Schließlich war es gerade in der Winterzeit eine wichtige Verbindung zur Außenwelt. Mit der Ruhe würde es dann wieder für kurze Zeit vorbei sein, neue Passagiere würden an Bord kommen. Norweger meist, die diese Linienverbindung gern nutzen. Aber auch Touristen, meist Deutsche, fahren seit Jahren mit den Schiffen der Hurtigruten-Linie, um die nordische Landschaft und den zuvorkommenden Service an Bord zu genießen.

Wer dem Trubel an den Festtagen entgehen will und Weihnachten und / oder Silvester fernab vom hektischen Alltag verbringen möchte, der läßt sich von der entspannenden Atmosphäre einer Postschiff-Reise durch den norwegischen Winter verzaubern. Hurtigruten präsentiert im Dezember 2006 drei festliche Reisearrangements rund um Weihnachten und Silvester, welche die Passagiere entlang der zauberhaft winterlichen Fjordküste Norwegens zwischen Bergen und Kirkenes führen. Drei verschiedene Reisen rund um die Feiertage stehen zur Auswahl.

Auf der zehntägigen Weihnachtsreise mit dem traditionellen Hurtigruten-Schiff MS „Lofoten“ genießen die Passagiere das ursprüngliche Hurtigruten-Oldtimer-Flair und die gemütliche Atmosphäre an Bord. Die Reise beginnt in Kiel mit der Fährüberfahrt auf der „Color Fantasy“ nach Oslo und führt von dort per Bergen-Bahn durch das winterliche Südnorwegen nach Bergen. Ein einmaliges Erlebnis! Von Bergen, der alten Hansestadt, geht es nach der Einschiffung auf MS „Lofoten“ nordwärts entlang der Fjordküste um das Nordkap bis nach Kirkenes, das am Morgen des 24. Dezembers erreicht wird. Dort wartet ein weihnachtlich-winterliches Landprogramm unter anderem mit Schlittenfahrten, Übernachtung im neuen Schneehotel, Weihnachtsgottesdienst und dem Genuß regionaler Weihnachtsspezialitäten. Die Weihnachtsreise vom 17. bis 26. Dezember 2006 ist ab 2730 Euro pro Person buchbar.

„Godt nyttår“, den norwegischen Neujahrsgruß, jubeln in der Silvesternacht diejenigen Reisenden, die sich mit MS „Midnatsol“ auf die 13tägige Reise „Silvester im hohen Norden“ begeben. Per Linienflug geht es am 26. Dezember ab Deutschland ins norwegische Bergen, wo das neueste Schiff der Hurtigruten-Flotte für die Reise entlang der winterlichen Fjordküste bis Kirkenes und wieder zurück bereitsteht. Hoch oben im Norden in der Nähe des Nordkaps heißen die Passagiere das neue Jahr bei einem festlichen Abendessen willkommen. Mit etwas Glück präsentiert sich ein Feuerwerk der Extraklasse – Aurora Borealis, das faszinierende Nordlicht. Die Reise vom 26. Dezember 2006 bis 7. Januar 2007 ist ab 2480 Euro pro Person buchbar. Wer die Feiertage auf Hurtigruten kombinieren möchte, bucht die 16tägige Weihnachts- und Silvesterreise auf MS „Finnmarken“, die mit festlichem Feiertagsprogramm an Bord von Bergen bis Kirkenes und zurück führt. Die An- und Abreise erfolgt ab / bis Kiel per „Color Line“-Fähre. Diese Reise ist ab 2630 Euro pro Person buchbar.

Alle Reisearrangements beinhalten je nach Programm die Anreise per „Color Line“ beziehungsweise Linienflug sowie Flughafensteuern und Sicherheitsgebühren, die Schiffspassage inklusive Vollpension, eine Reiserücktritts- und Reiseabbruch-Versicherung sowie den DuMont-Reiseführer „Hurtigruten“. *os / pm*

Informationen und Reservierung: Reisen mit Hurtigruten können in jedem guten Reisebüro und bei Hurtigruten GmbH, Kleine Johannisstraße 10, 20457 Hamburg, Telefon (040) 37 69 30 gebucht werden. Weitere Informationen unter Fax (040) 36 41 77, Email info@hurtigruten.de oder im Internet unter www.hurtigruten.de.

Über alle Grenzen und Mauern hinweg

Das ZDF zeigt neue Reihe zu Flucht und Vertreibung – Liebespaar findet nach fünf Jahrzehnten in Ostpreußen wieder zueinander

Es ist eine der Geschichten, die man nicht erfinden kann. Ein Liebespaar, eine Deutsche und ein Pole, wird in den Wirren der Nachkriegszeit getrennt und findet erst nach einer jahrzehntelangen Odyssee wieder zusammen – nachdem die Mauer gefallen ist.

Ein Kapitel von Flucht und Vertreibung, das glücklich endet. Nach fast 60 Jahren gaben sich Fortek und Elvira 2005 das Jawort.

Als die Rote Armee am 12. Januar 1945 ihre Großoffensive begann, war es für eine sichere Rettung der deutschen Zivilbevölkerung aus den grenznahen Gebieten zu spät. Viel wäre den Menschen erspart geblieben, hätte man sie rechtzeitig evakuiert. Doch sie durften ihre Dörfer und Städte nicht verlassen – wie die 20jährige Elvira Profé aus der ostbrandenburgischen Kleinstadt Bärwalde an der Oder. Den Sturm der Sowjets auf die Stadt überlebte sie in einem sicheren Versteck. Wie an anderen Orten kam es auch hier zu Übergriffen der Rotarmisten auf deutsche Zivilisten.

Elvira Profé wurde von ihren Eltern getrennt und zur Zwangsarbeit nach Sibirien verschleppt. Doch sie überlebte die neunmonatige Lagerzeit und kehrte Anfang 1946 in ihre Heimatstadt zurück, die inzwischen unter polnischer Verwaltung war und Mieszkowice genannt wurde. Nur wenige Deutsche mit wichtigen Funktionen wie Elviras Vater, ein Zollstockfabrikant, hatten in Bärwalde / Mieszkowice bleiben dürfen. Das Dorf wurde mit Polen besiedelt, die ihrerseits von den Sowjets aus dem Osten ihres Landes vertrieben worden waren.

Die neuen Nachbarn der Familie Profé waren Fortek Mackiewicz und seine Mutter. Der junge Pole und Elvira Profé, die nun Haus an Haus wohnten, lernten einander kennen und lieben. Das junge Glück war allerdings nur von kurzer Dauer. Die Ausweisung der Familie Profé im Juni 1946 bereitete der Beziehung ein jähes Ende.



Wahre Geschichte: Eine Deutsche verliebte sich nach dem Zweiten Weltkrieg in ihren polnischen Nachbarn, doch dann wurde sie aus ihrer ostdeutschen Heimat vertrieben. Foto: ZDF

„Das hat furchtbar weh getan“, beschreibt Fortek seine damaligen Gefühle, „aber das war unser Schicksal.“

Die Liebenden konnten einander nicht vergessen. Nach dem Fall der Mauer im November 1989 machte sich Elvira, die nie geheiratet hatte, auf die Suche nach Fortek – und fand ihn in Ostpreußen.

Mit großer Spannung, fast ängstlich ersehnten beide das erste Treffen. „Und dann sind wir uns um den Hals gefallen“, schildert Elvira Profé den Moment ihres Wiedersehens, „dann waren 50 Jahre weg. Als wenn alles nicht gewesen wäre. Das war ein Phänomen.“

Auch Fortek hatte das Gefühl, die Zeit sei stehengeblieben. „Wir haben uns umarmt, und bis heute sind wir zusammen. So halten wir uns gegenseitig fest.“

Im Herbst 2005, fast sechs Jahrzehnte nach dem erzwungenen Abschied, gaben sich die beiden schließlich doch das Jawort; das Happy End einer außergewöhnlichen Liebesbeziehung und zugleich ein ganz persönlicher Ausdruck deutsch-polnischer Versöhnung.

Die dramatische Geschichte von Elvira und Fortek, gespielt von deutschen und polnischen Schauspielern (unter anderem Maja Maranow), bildet den Auftakt der dreiteiligen Doku-Drama-Reihe „Die Kinder der Flucht“.

Es sind wahre Begebenheiten, die zum ersten Mal verfilmt wurden – mit Spielszenen an Originalschauplätzen, ergänzt durch authentische Archivaufnahmen und Aussagen der Zeitzeugen.

Es ist der Rückblick auf eine Zeit, die über das Schicksal von Millionen von Menschen in Europa entschied, die durch Flucht und Vertreibung entwurzelt wurden und ein neues Leben beginnen mußten. ZDF

Das ZDF zeigt „Eine Liebe an der Oder“ am Dienstag, 28. November, 20.15 Uhr.

Mal für was sein und nicht immer nur dagegen

Keiner Partei gelingt es, junge Leute in Massen für Politik zu begeistern, doch einzelne Unentwegte gibt es immer

Von Rebecca Bellano

Vier „junge“ Leute und ein Moderator diskutieren im Hamburger Regionalsender „Hamburg 1“ in der Sendung „Schalthoff“ über die Politik und die Ziele der vier etablierten westdeutschen Parteien in der Hansestadt. Die Befragten sind die jeweiligen Landesvorsitzenden der Jugendorganisationen „Junge Union“, „Jusos“, „Junge Liberale“ und „Grüne Jugend“.

Sollte sich ein jugendlicher Fernsehzuschauer beim Zappen auf diesen Sender verirrt haben, so dürfte der Anblick – zu Hören gibt

Typisches »Establishment«

es nur vereinzelt Verwertbares – der vier politischen Vertreter ihrer Altersgruppe kaum einen für ein politisches Engagement begeistern. Typisches „Establishment“ wird da von Seiten der CDU und SPD geboten. Nicht unbegründet weist der Moderator den „Juso“-Vorsitzenden darauf hin, daß die Hamburger SPD als noch konservativer gilt als die CDU. Die Jugendvertreter dieser beiden Parteien tragen

Kompetent geht anders

altbackene Jackets und wirken alles andere als „cool“. Der „junge Mann“ von der CDU sieht zudem ziemlich alt aus, das 30. Lebensjahr hat er mindestens überschritten, Sport scheint ihm ein Fremdwort zu sein, und auch sonst entspricht er dem im Trend liegenden Vorurteil, daß sich nur junge Leute für Politik interessieren, die niemanden anderen zum Spielen haben.

Das Mädel von der „Grünen Jugend“ dürfte da schon eher auf Jugendliche wirken, in ihrem pflaumenfarbenen Shirt mit V-Ausschnitt, ihren glatten braunen Haaren und ihrem scheuen Rehblick fällt die Identifikation mit ihr leichter. Bedauerlicherweise offenbart sie schnell, daß sie nur in einem kompetent ist: Fragen auszuweichen.

Am jugendlichsten ist der „junge Liberale“. Weite, grüne Hose, schwarzes Hemd, gegelte Haare und ein flotter Spruch auf den Lippen.

Nur wenig später: Wer in Hamburg ein Treffen der „Jungen Liberalen“ (Julis) besucht, wird nicht gerade wegen Massenandrangs keinen Sitzplatz finden. Es ist Montag, die Versammlung wurde erst fünf Tage vorher im Internet angekündigt, was ein Grund dafür sein dürfte, daß nur der Landesvorsitzende und sein Stellvertreter anwesend sind.

Die beiden lässig modern gekleideten jungen Männer, Jahrgang 1979 und 1982, machen sich trotzdem gleich an ihr Tagwerk, obwohl von vornherein klar ist, daß man Mangels Teilnehmern beschlußunfähig sein wird. Doch der Motivation ist ungebrochen.

„Ostdeutsche Ampelmännchen kostenneutral in Hamburg einführen“, fordert Robert Bläsing. Der Blick seines älteren Partei-Kollegen verrät Ablehnung, doch der Jüngere ist voll in seinem Element, streicht die Vorteile von ostdeutschen Ampelmännchen hervor wie bessere Kenntlichkeit für Farbenblinde und Hilfe zur „Integration von Zuwanderern mit mitteldeutschem Migrationshintergrund“ und meint damit auch sich selber. Er ist erst vor einigen Jahren aus den neuen Bundesländern nach Hamburg gezogen, bei den „Julis“ ist er erst seitdem die Mutterpartei, der er ebenfalls angehört, in



„Die Zukunft der Jugend hängt am seidenen Faden“: Eine Aktion der Julis Foto: pa

der Hamburger Bürgerschaft nach dem Skandal um den bundesweit bekannten Ronald Schill 2004 nichts mehr zu sagen hat. Trotzdem ist der junge Beamte sehr engagiert dabei, auch wenn sein Tun – selbst wenn an diesem Tag mehr Teilnehmer da wären – im Nichts verraucht.

Alles, was die Hamburger Julis beschließen, wird an die FDP weitergereicht, die darüber berät, ob sie es sich zu eigen macht oder nicht. Selbst wenn das der Fall ist, ändert sich nichts, da die FDP sich in Hamburg in der Opposition, sogar außerhalb der Bürgerschaft, befindet. Sie kann es sich nur vornehmen, durchzusetzen für den Fall, daß sie bei den nächsten Wahlen wieder mit dabei ist.

Vielleicht erlaubt sich Robert Bläsing gerade deswegen die Ampelmännchen, da es eh alles für die Tonne ist und man die bescheidene Lage ja irgendwie verarbeiten muß.

Während der eine noch über die Tatsache sinniert, daß wenn er sich jetzt nicht solche postpubertären Anwandlungen leiste, dann nie, blättert sein Landesvorsitzender in seinen Anträgen. „FDP Hamburg erneut zur Abschaffung des Kammerzwangs auffordern“, heißt es da oder „Apothekermarkt liberalisieren“. Tobias Nesemann spricht seiner Tätigkeit keineswegs den Spaßfaktor ab, doch er tendiert dazu, daß auch ernste Dinge Spaß machen können. Der ehemalige Polizist, der jetzt mit einem Stipendium Steuerrecht studiert, hängt lässig über zwei Stühle gelümmelt und erläutert den Hintergrund seiner Anliegen. Er ist in seinem Thema drin, von seinem An-

Politik kann auch Spaß machen

liegen absolut überzeugt und aufgeschoben ist für ihn nicht aufgehoben. Politik ist ein zähes und langwieriges Geschäft, und das Spiel ist er bereit, für seine Überzeugungen zu spielen.

Beim Entwurf für einen hamburgweit ausgeschriebenen Plakatwettbewerb unter dem Motto „Mir doch nicht egal – eine Initiative für uns“ ist Robert Bläsing wieder mit vollem Elan dabei. Schon die Formulierung läßt ahnen, daß die Hansestadt wieder so ein linkes „gegen alles böse“-Motiv wünscht. Das regt den 24jährigen auf. Er hat es satt, daß immer wenn es „gegen“ etwas geht, die Leute dabei sind, Lichterketten gegen rechte Gewalt oder Menschenketten „gegen“ Castor, doch wann gehen die Leute mal „für“ etwas auf die Straße? Die Antwort ist Schweigen.

Abgesehen von ihrem Engagement, der Tatsache, daß sie Visionen haben und ihrer liberalen politischen Orientierung scheint die beiden jungen Männer jedoch nicht viel zu einen. Tobias ist bekennender Europäer, glaubt daran, daß es eines Tages eine Weltspra-

Voller Leidenschaft und Visionen

che geben wird, Nationengrenzen verschwinden, Robert sieht sich als Preuße, war mit seiner Großmutter schon in deren masurischen Heimat.

Eigentlich bieten zumindest diese beiden Julis verschiedenen Jugendlichen Identifikationsmöglichkeiten, doch wer weiß überhaupt, daß es sie gibt, und wer hat Lust, seine Zeit statt mit Computerspielen, Fernsehen, Sport, Shoppen, Freunde treffen und Musik hören mit anstrengenden, aufreibenden Diskussionen zu verbringen, die in den häufigsten Fällen zu nichts führen?

Die Parteien sind »unterjüngt«

Eigentlich meiden Politiker Veränderungen, da sie die Wählergunst verlieren könnten, jetzt haben sie sie allerdings verloren, gerade weil sie nichts grundlegend geändert haben. Zahlreiche Meinungsforschungsinstitute verweisen darauf, daß die beiden einstigen Volksparteien CDU und SPD gerade einmal je 30 Prozent Zustimmung erhalten. Und auch die Zahl der Parteimitglieder wird immer übersichtlicher. Von einst gut einer Million Mitglieder gibt die SPD an, nur noch 567 925 zu haben; der CDU gehören 561 070 Personen an. Dies liegt allerdings nicht nur daran, daß sich immer mehr Menschen von den Parteien abwenden und austreten, sondern auch an der Tatsache, daß vor allem den großen Parteien die Mitglieder wegsterben und keine neuen nachkommen.

Die SPD sei „unterjüngt“, wie es Generalsekretär Hubertus Heil positiv auszudrücken versuchte. Das Durchschnittsalter bei den Unions- und SPD-Mitgliedern soll bei knapp 60 Jahren liegen, da ist es nur natürlich, daß von den älteren und vor allem über Jahrzehnte treuen Anhängern einige altersbedingt sterben. Alle Parteien haben zwar Nachwuchsorganisationen, doch keine kann die Jugend von heute übergreifend für sich einnehmen. Das Image von einem Parteiengagement schreckt selbst die wenigen politisch Interessierten ab, der Rest kümmert sich sowieso um ganz andere Dinge als um Demokratie und Politik. Zwar sind im Bundestag auch einige Abgeordnete unter 30 Jahren vertreten, doch meistens handelt es sich hier um „altgediente“ Mitglieder der Jugendorganisationen, die in dem eben wenig frequentierten Parteiensystem aufgrund eines Mangels an Konkurrenz schnell nach oben gerutscht sind. *Bel*

Sie wollen in der Politik mitmischen

Die Jugendorganisationen der vier großen bundesdeutschen Parteien stellen sich vor

Junge Liberale – www.julis.de – 10 000 Mitglieder



„Wir sind die liberale Jugendorganisation in Deutschland. Wir wollen Politik und Zeitgeschehen mitgestalten. Dabei sind Freiheit, Eigenverantwortung, Individualität und Toleranz Richtschnur für unser Handeln. Unser Leitbild ist der freie, selbst bestimmt handelnde Mensch, der für sich und andere Verantwortung übernimmt. Er vertraut in erster Linie auf seine eigene Kraft und nicht auf den Staat. Er lebt nach seinem eigenen Lebensentwurf und nicht nach den Vorgaben anderer.

Mit 10 000 Mitgliedern sind wir fast überall präsent. Jeder, der zwischen 14 und 35 Jahre alt ist, kann bei uns mitmachen. Auf geht's! Du bist gefragt.“

Johannes Vogel, Bundesvorsitzender

Junge Union – www.junge-union.de – 130 000 Mitglieder



„In der ‚Jungen Union‘ aktiv sein heißt: die eigene Zukunft in die Hand zu nehmen, weil wir lieber handeln als behandelt werden, weil es Spaß macht, mit Freundinnen und Freunden zusammenzuarbeiten, politische Ideen zu entwickeln und für ihre Durchsetzung zu streiten. Das ist Arbeit. Klar. Politische Bildung gehört dazu ... Wir haben Grundsätze, gehen von einem christlich geprägten Menschenbild aus, treten für den freiheitlichen Rechtsstaat ein, wollen die soziale und ökologische Marktwirtschaft. Und wir sind offen für Zukunftsfragen, suchen das Gespräch mit Andersdenkenden Die Politik der ‚Jungen Union‘ beruht auf der Achtung des Menschen als ... Persönlichkeit mit unantastbarer Würde.“

Philipp Mißfelder, Bundesvorsitzender

Jusos – www.jusos.de – 70 000

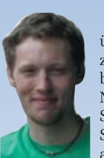
(alle SPD-Mitglieder unter 35 Jahren gelten auch als Jusos)

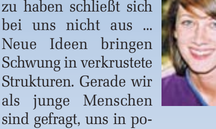


„Wir Jusos sind die Jugendorganisation der SPD. Damit haben wir nach dem Regierungswechsel im Jahr 1998 auch eine besondere Verantwortung. Für viele sind wir AnsprechpartnerInnen, wenn es darum geht, die Anliegen der jungen Generation an die Regierungspartei SPD heranzutragen ... Wir glauben nicht an die Allmacht der Parlamente und Regierungen. Wichtig sind der gesellschaftliche Druck und das gesellschaftliche Engagement in den Schulen, Hochschulen, den Betrieben und auf der Straße. Demokratie muß lebendig sein. Deshalb engagieren wir uns bei den Jusos ... Es gilt, unser Jahrhundert neu zu gestalten. Hierzu wollen wir als Jusos einen Beitrag leisten.“

Björn Böhning, Bundesvorsitzender

Grüne Jugend – www.gruene-jugend.de – 6500 Mitglieder





„Verantwortung zu übernehmen und Spaß zu haben schließt sich bei uns nicht aus ... Neue Ideen bringen Schwung in verkrustete Strukturen. Gerade wir als junge Menschen sind gefragt, uns in politische Prozesse einzubringen ... Politische Verhältnisse sind kein Betonklotz, an dem mensch nichts ändern kann! Rummeckern bringt nix, wir müssen selber was starten, wenn wir etwas verändern wollen! Politisches Engagement hat kein Mindestalter. Es liegt an uns, ob wir die Gestaltung unserer Zukunft grauen Eminenzen überlassen ... Wir sind ökologisch, sozial, globalisierungskritisch, basisdemokratisch, emanzipiert, antirassistisch, international und gewaltfrei.“

Paula Riester und Jan Philipp Albrecht, Sprecher

Schlag ins Gesicht gottgläubiger Christen

Betr.: „Gott Mutter im Himmel" (Nr. 45)

Nun zieht politische Korrektheit auch in die Bibel ein und hebt weitere Grundfesten unseres christlichen Glaubens aus den Angeln. Wer sich in dieser schamlosen Weise dem Zeitgeist unterwirft, handelt in meinen Augen blasphemisch.

Das Wort Gottes ist unantastbar, und Gott ist unteilbar. „Ich bin der Herr, Dein Gott ...", wie uns das erste Gebot lehrt. Diese weitere Werte zerstörende, von selbstgefälligen Ignoranten verfaßte Neuübersetzung der Bibel ist ein Schlag voller Hohn ins Gesicht gottgläubiger Christen.

Sie wird dazu führen, daß sich weitere Gläubige von dieser evangelischen Kirche abwenden werden, weil sie nicht mehr das Haus Gottes, unseres Vaters, ist.

Margrit Ruppenstein, Norderstedt

Choral zum Moscheenneubau anstimmen

Betr.: „Christen am meisten verfolgt" (Nr. 42)

Ich liege doch nicht falsch, wenn ich meine, daß Christen vor allem oder nur in islamischen Ländern verfolgt und nicht selten auch umgebracht werden. Währenddessen wachsen in Europa die Moscheen in den Himmel, in Deutschland haben wir schon über 2500.

Es stellt sich die Frage, ob wir zu unserem eigenen Untergang noch einen Choral anstimmen, für den Neubau von Moscheen die Steine heranschaffen oder wie Rüttgers (CDU) in NRW den Bau von Moscheen finanzieren helfen sollen.

Das kann doch so alles nicht stimmen und einfach nicht wahr sein. Aber es ist wahr. Ein Ende ist nicht in Sicht. Und deutsche Politiker wollen die Türkei in die EU holen. Der Irrsinn breitet sich aus.

Anton Volpini, Kolbermoor

Unrecht

Betr.: „Zentrum gegen Vertreibungen"

Wie lange müssen die deutschen Vertriebenen noch auf eine Wiedergutmachung für das erlittene Unrecht warten?

Heimat, Hab und Gut mußten sie auf grausamste Weise verlassen. Für viele war es der Tod.

Die von Polen verwalteten Ostgebiete sind nicht rechtmäßig übergeben, wurden aber seit über 60 Jahren ausgebeutet. Schließlich gibt es noch keinen Friedensvertrag mit Deutschland.

Man sollte auch nicht vergessen, daß gemäß Potsdamer Abkommen von 1945 dem deutschen Volk eine Wiedergutmachung auferlegt wurde, die von den Siegermächten sofort einkassiert wurde. Polen hatte seinen Teil damals aus dem russischen Anteil bekommen.

Man denke daran, was Papst Johannes-Paul II. einmal sagte: „Kein Friede ohne Gerechtigkeit!"

Hans Kewitsch, Winnipeg, Kanada



Volkstrauertag: Viele Städte und Gemeinden veranstalten offizielle Feierstunden. Foto: Gemeinde Körle

Und die Leipziger?

Betr.: „Deutschland verdankt Polen, was es ist" (Nr. 43)

„Die deutsche Wiedervereinigung (exakt formuliert: Die deutsche „Teilvereinigung") hat in Polen begonnen." Mit diesen Worten dankte der bundesdeutsche Innenminister Wolfgang Schäuble, ein gebürtiger Baden-Württemberger, in Allenstein den Polen für die Verleihung der Ehrendoktorwürde.

Am 22. Oktober 2006, fast zeitgleich mit Schäubles Dank an Polen, dankte der selbsternannte Geschichtslehrer der Nation, Guido Knopp, in seinem Magazin – bezeichnenderweise „History" genannt – den Ungarn für ihren Aufstand als Wegweisung zur deutschen Wiedervereinigung.

Nicht die tapferen Leipziger, nein die Polen und die Ungarn setzen sich für unsere Teilvereinigung ein.

Welch ein Blödsinn in höchster Potenz!

Friedrich Kurreck, Offenbach / M.

Ärger mit alten Grabsteinen – Wie ein Symbol die Trauer um die Gefallenen verdrängt

Betr.: Politisch korrekte Totenehrung

In einer *PAZ*-Ausgabe berichtete ein Leserbriefschreiber, daß er jedes Jahr einige Monate in Argentinien verbringe, wobei er dann am Volkstrauertag im November auch immer auf den deutschen Friedhof in Buenos Aires gehe, um dort an der Ehrung der Kriegstoten teilzunehmen. Der deutsche Botschafter sowie ein Attaché legten an den Gräbern stets einen Kranz nieder, hätten allerdings schon vor Jahren das Grab des ebenfalls dort bestatteten einstigen Kommandanten des Panzerkreuzers „Admiral Graf Spee", Kapitän zur See Hans Langsdorf, gemieden, weil dessen Grabstein noch ein Hakenkreuz aufwies. Tatsächlich hat man dann vor einigen Jahren wohl der dem Zeitgeist entsprechenden politischen Korrektheit nachgegeben und das Hakenkreuz entfernt, so daß nun der Grabstein auch wieder in die jährliche Zeremonie einbezogen werden darf. Viele ausländische Gäste, die regelmäßig an der Ehrenbezeugung für die Kriegstoten teilnahmen, hätten, so der Autor weiter, den Schritt seinerzeit nicht nachvollziehen können und sich einfach nur über solche deutschen Befindlichkeiten gewundert.

Doch was der Berichterstatter da über seine Erlebnisse aus Buenos Aires schrieb, das „widerfuhr" hierzulande wie auf ein Signal in vielen Kommunen schon vor rund 20 Jahren etlichen Grabeigentümern: Sofern auf Grabsteinen die Namen Gefallener mit einem Eisernen Kreuz versehen waren, in dem noch das Hakenkreuz prangte, wurden die Angehörigen aufgefordert, dieses binnen einer bestimmten Frist entfernen zu lassen, andernfalls man amtlicherseits tätig werde. Ich weiß von vielen mir bekannten Grabsteinen, die daraufhin schleunigst „entnazifiziert" wurden, was auf Soldatenfriedhöfen sehr bald nach dem Zweiten Weltkrieg geschehen war. Insbesondere in größeren Städten wird man deshalb inzwischen kaum noch Grabsteine finden, die ein verirrtes Hakenkreuz aufweisen.

Anders stellt sich die Situation gelegentlich auf dem Lande dar, wo man entweder nicht so genau hinschaute, es vielleicht auch nicht so genau damit nahm und wo solche Grabsteine, weil zu sehr abseits gelegen, auch noch nicht von selbsternannten Nazijägern ausgemacht wurden. So entdeckte ich erst vor kurzem mehr oder weniger zufällig in einer kleinen Ortschaft irgendwo in Deutschland ein gut gepflegtes Grab, auf dem nach wie vor für den dort bestatteten gefallenen Familienangehörigen das Eiserne Kreuz mit dem darin enthaltenen Hakenkreuz zu sehen ist.

Interessant ist in diesem Zusammenhang sicherlich auch ein Erlebnis, das ich als junger Offiziersanwärter 1967 im Rahmen eines gesellschaftlichen Ereignisses im Nato-Hauptquartier hatte: Offiziere unseres Nato-Partners Italien, die während des Zweiten Weltkrieges an der Seite ihres damaligen Verbündeten, des Großdeutschen Reiches, gekämpft und von diesem Orden verliehen bekommen hatten, trugen diese selbstverständlich im Original, also mit Hakenkreuz, während unsere Bundeswehr-Offiziere ihre Weltkriegsorden ja nur in Neuanfertigung anlegen durften, wobei das Hakenkreuz durch das Eichenlaubblatt von 1813 ersetzt worden war. Auf die Frage der italienischen Kameraden, warum denn die Deutschen nicht ihre Original-Orden trügen, wurden sie dahingehend aufgeklärt, daß dies im neuen Deutschland verboten sei, weil das Hakenkreuz als verfassungsfeindliches Kennzeichen in der Öffentlichkeit nicht gezeigt werden dürfe. Da nutzte auch der Einwand der Italiener nichts, zur Zeit der Ordensverleihung sei das Hakenkreuz doch nun mal ein staatliches Symbol gewesen, gleichgültig wie es zu beurteilen sei. So sehr die offizielle deutsche Haltung dazu den italienischen Nato-Verbündeten unverständlich blieb, so sehr stieß deshalb andererseits die Einstellung mancher unserer kriegsgedienten vorgesetzten Offiziere auf Verständnis, die sich weigerten, die neuen Fassungen ihrer Orden anzulegen und sich statt dessen auf den Standpunkt stellten: Entweder ich trage diejenigen Orden, die ich tatsächlich verliehen bekommen habe, oder aber gar keine. Diese konsequente Vorgehensweise wurde übrigens von vielen Offizieren anderer Nato-Staaten, insbesondere von Briten und Amerikanern, durchaus respektvoll gewürdigt, wie ich in Gesprächen immer wieder feststellen durfte.

Wolfgang Reith, Neuss

Gerechte Strafe

Betr.: „Wider die Fremdherrschaft" (Nr. 43)

Vielleicht ist es für manchen interessant zu erfahren, daß Imre Nagy während der russischen Revolution dem Mordkommando angehörte, das am 18. Juli 1918 in Jekatharinenburg die Zarenfamilie ermordete, siehe Elisabeth Heresch: „Nikolaus II". Wenn er nach dem Ungarn-Aufstand 1956 von seinen ehemaligen Freunden, den Sowjets, hingerichtet wurde, so erhielt er seine verdiente Strafe.

Theodor Preuss, Immenstaad

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwahrend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Schüler nach ihren Möglichkeiten fördern – Geld hat schon vor Jahren gefehlt

Betr.: „Tanzen in der Terrorschule“ (Nr 45)

Die Rütli-Schule ist nicht „die“ Berliner Schule, auch in Berlin gibt es viele reizende, fleißige und liebe Kinder / Schüler, aber es gibt daneben auch andere, die uns entweder jetzt viel Geld oder später als möglicherweise Langzeitarbeitslose oder auch Kriminelle noch viel mehr Geld kosten werden.

Ich habe als Rektor einer Berliner Grundschule immer die Meinung vertreten, daß wir den aus dem Ausland zu uns kommenden Kindern sozusagen mit offenen Armen gegenübertreten und ihnen die notwendige Zuneigung und Hilfe zukommen lassen sollten, die sie brauchen. Wie sonst sollen sie ihrer neuen Heimat Sympathie entgegenbringen können.

Das hat häufig nicht funktioniert, weil zu viele Ausländer in unsere Stadt geströmt sind, sich nicht integriert haben und auch ihre Kinder nicht im Schulbesuch in notwendiger Weise unterstützt haben. Auch hatte die Berliner Schule nie das benötigte Geld, um Sprachförderung in ausreichendem Maße zu betreiben.

Und natürlich gibt es neben unerzogenen oder sozial geschädigten Kindern aus dem Ausland auch deutsche, die uns Sorgen und Kummer bereiten. Auch für sie haben wir keine ausreichenden Mittel. Und natürlich haben wir auch schwach Begabte.

Sie alle in einer Klasse zusammenzufassen, halte ich für falsch. Als auch ehemaliger Leiter einer Beobachtungsklasse für erziehungsschwierige Schüler habe ich immer wieder erlebt, daß mir Schüler zugewiesen wurden, die in eine Klasse gekommen waren, deren Leidensfähigkeit im Ertragen aggressiver Schüler mit ihrem Zugang überschwappte. Die Kollegen kapitulierten und mußten sich von den Schülern befreien, die den anderen den Unterricht zerstörten und sie auch öfter terrorisierten.

Wir müssen darum auch in Zukunft differenzieren und den Schülern, die einer besonderen Förderung bedürfen, in Kleingruppen und mit zusätzlichen Hilfen die Chance geben, sich sozial einzufügen und zu einem Schulabschluß zu bekommen.

Alle Schüler haben das Recht, in ihren Möglichkeiten gefördert zu werden, und können erwarten, daß ihnen in den Schulen des Staates kein Schaden zugefügt wird.

Dieter Pfeiffer, Berlin

Schweinestall auf Friedhof gebaut

Betr.: „Mein Leben im Lager 141“ (Nr. 40)

Auch ich war als elfjähriger Junge zusammen mit meiner Mutter und einer älteren Cousine von Ende Mai 1945 bis Ende März 1946 Insasse des Lagers Nr. 141 in Brakupönen, Kr. Gumbinnen. Deshalb habe ich den Artikel mit besonderem Interesse gelesen. Mein Vater befand sich zu der Zeit als Volkssturmmann in dem berüchtigten Lager Nr. 533 in Preußisch Eylau. Nach dem Artikel hatte es Landsmann Helmut Spies im Lager Nr. 141, zumindest streckenweise, nicht schlecht gehabt. Ich habe den Aufenthalt in Brakupönen in vielfach schlechterer Erinnerung. Wir erhielten überhaupt keine Verpflegung. Im Sommer 1945 lebten wir davon, was wir in den Gärten und auf den Feldern vorfanden; und wenn es nur Melde oder Brennnesseln waren, aus denen wir „Spinat“ kochten. Das Leben im Winter 1945/46 war grausam. Wir ernährten uns von den Küchenabfällen der russischen Soldaten oder vom Stehlen eingemieteter Kartoffeln, was oft mit Lebensgefahr verbunden war. Von etwa 1500 Personen sind etwa die Hälfte an Hungerkrankheiten verstorben. Darunter am 2. Dezember 1945 auch meine Cousine Hedwig Brejora geb. Bandilla. Die Verstorbenen wurden ohne Sarg auf dem Friedhof beerdigt. Im Jahre 1996 war ich nach 50 Jahren wieder in Brakupönen. Ich suchte auch den Friedhof und mußte feststellen, daß die Russen auf dem Friedhofsgelände eine große Schweinestall-Anlage gebaut haben, obwohl rundherum an anderer Stelle genügend Platz dafür gewesen wäre. Bis heute frage ich mich, weshalb die Russen ausgerechnet auf dem Friedhof den Schweinestall errichtet haben.

Gerd Bandilla, Erftstadt



Schulbesuch auch zur Selbstdarstellung: Der niedersächsische Kultusminister Bernd Busemann (CDU) besucht eine 4. Integrationsklasse in einer Oldenburger Grundschule. Foto: pa

Beleidigung

Betr.: Alfred Biolek

In einem Interview, abgedruckt in der Zeitschrift „Funkuhr“, macht der durch seine „Kochkünste“ bekannte Journalist Alfred Biolek die ungeheuerliche Aussage, daß ein „Großteil der Vertriebenen nie ein so gutes Leben gehabt hätte, wenn sie in der alten Heimat geblieben wären“? Ja, warum sind sie denn nicht?

Es ist nicht nur eine furchtbare Beleidigung der noch lebenden Vertriebenen und ihrer Nachkommen, sondern auch eine Verhöhnung der zwei Millionen Kinder, Frauen und alten Menschen, die damals geschändet, erschossen, erschlagen wurden, ertrunken oder verhungert sind.

Herr Biolek stellt sich mit einem solchen Zitat selbst ins politische Abseits.

Werner Tetzlaff, Lauenburg

Man muß nur Sieger sein

Betr.: „Sanktionen ohne Biß“ (Nr. 42)

Das Gerangel um die Weiterverbreitung von Kernwaffen hat ein langes Vorspiel, man muß es kennen, will man auch Nordkorea Gerechtigkeit widerfahren lassen. Vor wenigen Tagen gedachten die Massenmedien des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses vor 60 Jahren. Die USA haben aus diesem Prozeß den unheilvollen Schluß gezogen, daß jedes Kriegsverbrechen – egal mit welchen Waffen und Mitteln ausgeführt – erlaubt ist und belohnt wird – man muß nur der Sieger sein. Sieger bleiben wollten die USA nun auch im Kalten Krieg. Dazu mußte die UdSSR totgerüstet., der „Technologische Krieg“ gewonnen werden. Man ließ sich das Abenteuer vier Trillionen Dollar kosten. In diesen Jahren scheffelte die US-Monopolbourgeoisie in der Rüstungsindustrie märchenhafte Profite. Wer Waffen verkaufen will, der muß einen Feind vorzeigen können – bis dahin war es die hochgerüstete Sowjetunion einschließlich ihrer Satellitenstaaten im Warschauer Pakt. Mit dem Zusammenbruch der UdSSR 1990 war der Gegner plötzlich verschwunden. Doch die gigantische amerikanische Rüstungsindustrie blieb und brauchte dringend Absatz. Es mußte schnell ein neuer Feind her. So erfand G. W. Bush den „internationalen Terrorismus“. Das war seine Gegenleistung als Dank für die Rüstungslobby, denn die hatte seine Wahl mit beträchtlichen finanziellen Mitteln erst möglich gemacht. Terroristen sind jetzt alle, die sich den imperialistischen Weltmachtansprüchen der USA nicht unterordnen wollen. Die Irak-Aggression konnte im Verbrauch an Rüstungsgütern aller Art nur ein Tropfen auf den heißen Stein der Absatzsorgen der Rüstungsbosse sein. Bush mußte nachsetzen. Skrupellos erklärte er den Iran, Syrien und Nordkorea zu Schurkenstaaten, mit denen er noch abrechnen wolle.

Die von Bush und seiner Clique derart in die Barbarei geführte Außenpolitik ist der Grund, warum die in höchster Gefahr befindlichen Staaten atomar aufrüsten.

Die Uno hat das Vertrauen der Völker längst verloren. Dieses Steuern fressende Monstrum der Tatenlosigkeit hat noch nie einen im amerikanischen Interesse liegenden Krieg verhindert, sondern war den USA stets wohlgefällig, wenn es um die Durchsetzung von massenmordenden Wirtschafts- und Hungerblockaden ging. Der Irak und Kuba sind dafür die schrecklichsten Beispiele. Die im Fadenkreuz der USA liegenden Völker haben um den Preis ihres Überlebens endlich begriffen: Hilf dir selbst, so hilft der Gott.

Dieter Bock, Burgstall

Eine Frage der Leitung

Betr.: Flüchtlinge in Dänemark

Den Leserbrief über die Genfer Konvention habe ich geschrieben, weil während unserer dreimonatigen Zeit im Stadion von Kopenhagen nicht danach gehandelt wurde.

Alle noch geretteten Wertsachen wurden uns abgenommen. Das sind Fakten, die auch von anderen Flüchtlingen belegbar sind.

Während dieser Zeit wurden wir zum Beispiel nach der Kapitulation in das Außenstadion getrieben, „die Freiheitskämpfer“ erschienen mit Gewehren und machten vor uns Übungen soweit bis „Gewehr angelegt“. Wir rechneten mit der Erschießung!

Es ist sicher, daß jedes Lager von seiner Leitung abhängig war, nur so kann ich die positiven Berichterstattungen werten.

Das letzte Buch von Herrn Gammelgaard „Auf Führerbefehl in Dänemark“ ist aus der Sicht eines Dänen geschrieben. Der Hinweis sei erlaubt, daß Heinz Schön ein Buch „Flucht aus Ostpreußen 1945“ (Menschenjagd der Roten Armee) veröffentlicht hat mit vielen Beiträgen von Flüchtlingen, die in Dänemark interniert waren. Das sind historische Fakten. Es ist schon erstaunlich, daß wir uns für das, was wir erlitten haben, rechtfertigen müssen. Danken müssen wir der Marine, die uns gerettet hat.

Margot Spitzeder, Oberursel

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Klaus D. Voss
(V. i. S. d. P.)

Chef vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Panorama, Preußen/Berlin:** Hans Heckel; **Kultur, Unterhaltung, Leben heute:** Silke Osman; **Geschichte, Landeskunde, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, Aktuelles:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilfried Böhm, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Joachim von Leesen, Jürgen Liminski.

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Knut Bantow.

Anschrift für alle: Parkallee 84/86, 20144 Hamburg. Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Parkallee 86, 20144 Hamburg. Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen. – Ab 1. 1. 2006 Bezugspreis Inland 8,30 € monatlich einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 € monatlich, Luftpost 14,50 € monatlich. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten. Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb); Konto-Nr. 907 00-207 (für Anzeigen).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Rücksendung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt. Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 28,. Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH, Fehmarn Str. 1, 24782 Büdelsdorf . – ISSN 0947-9597. Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* werden mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementspreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon (040) 41 40 08-0
Telefon Redaktion (040) 41 40 08-32
Fax Redaktion (040) 41 40 08-50
Telefon Anzeigen (040) 41 40 08-41
Telefon Vertrieb (040) 41 40 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 41 40 08-51
http://www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
http://www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Dieser Ausgabe liegt ein Überweisungsträger der Treuespende bei.

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **1212**

Stimmung in Spanien wird schlechter

Betr.: Leserbrief „Mit Zugeständnissen erlangt man keinen Respekt“ (Nr. 42)

Erfahrungen, wie sie Frau Kümpel gemacht hat, können wir jetzt auch aus Spanien berichten.

Wir leben seit 2001 in Spanien. Davon fast fünf Jahre in dem rund 25 000 Einwohner zählenden Ort in Andalusien, 20 Kilometer von der portugiesischen Grenze entfernt.

Wir haben den Entschluß gefaßt, uns jetzt hier mit einem eigenen Geschäft selbständig zu machen. Deshalb waren wir am 16. Oktober bei dem für uns zuständigen Steueramt, um eine dafür benötigte Urkunde ausstellen zu lassen.

Dort wurde ich schikaniert und belogen, nur um mir dieses Dokument nicht ausstellen zu müssen.

Dabei gibt es seit März 2003 ein Gesetz, daß Bürger eines Landes der Europäischen Union keine Aufenthaltsgenehmigung mehr benötigen, wenn sie in ein anderes EU-Mitgliedsland überwechseln.

Und anders als wir Deutschen, die es gewagt haben, Geld nach Deutschland zu überweisen, um unsere Käufe zu bezahlen, überweisen viele Afrikaner, Rumänen und so weiter Geldbeträge von tausenden Euro pro Monat in ihre Länder. Geldbeträge, die man durch Arbeit in den Obstplantagen nicht verdienen kann (der Tageslohn beträgt hier 31 Euro).

Die Situation in Spanien hat sich drastisch verändert. Dadurch, daß die spanische Regierung im vorigen Jahr 800 000 Illegale hauptsächlich aus Afrika, aber auch aus Osteuropa mit spanischen Papieren versorgt hat, herrscht jetzt Enge auf dem Arbeitsmarkt. Denn jetzt gibt es auf einen Schlag 800 000 mehr Mitwettbewerber auf dem Arbeitsmarkt (und Hunderttausende Moslems mehr in Europa).

Von diesen werden diejenigen, die hier keine Arbeit finden, sich über die restlichen Länder Europas ergießen.

Die andere Ursache für zunehmende Deutschfeindlichkeit sehe ich in der von Amerikanern und Engländern, mit teilweiser deutscher Unterstützung, durchgeführten antideutschen Propaganda im Fernsehen.

Deshalb werden durch tägliche Sendungen im Fernsehen über die Zeit des Dritten Reiches, über Konzentrationslager und so weiter und so fort die Greuelmärchen vom bösen Deutschen wachgehalten.

Manche antideutschen Beiträge laufen seit Jahren im hiesigen Kabelfernsehen direkt als Dauersendungen.

Und das ist dann das Bild, das man sich im Ausland über die Deutschen macht.

Und wie soll sich ein Durchschnittsspanier ein besseres Bild von Deutschland machen? Er kennt Deutschland persönlich nicht. Und eine Urlaubsreise nach Deutschland ist kaum drin.

Auch wenn zum Beispiel die Arbeiter hier auf dem Bau Verträge bekommen, in denen steht, daß sie nur 40 Stunden die Woche zu arbeiten brauchen, daß ihnen 30 Tage Urlaub im Jahr zustehen und Urlaubs- und / oder Weihnachtsgeld, so steht das nur auf dem Papier.

Hier im Ort wird auf dem Bau in der Regel von montags bis freitags von 8 bis 19 Uhr gearbeitet. Die mehr geleisteten Stunden werden nicht bezahlt.

Urlaub wird, wenn überhaupt, nur eine Woche im Jahr gewährt. Urlaubs- und Weihnachtsgeld nicht gezahlt, Arbeitsschutzkleidung nicht oder nur sehr spärlich gewährt.

Niemand wehrt sich dagegen, weil Arbeit immer knapper wird. Weil Politiker in ganz Europa, die gut abgeschirmt von allem und gut versorgt sind, die nicht um ihre tägliche Arbeit, ihre Existenz kämpfen müssen, immer mehr Ausländer, sprich hauptsächlich aus Afrika und in der Mehrheit Moslems, nach Europa hereinholen. Und so die bestehenden Probleme immer mehr vergrößern.

Daniela Behrendt, Lepe, Spanien

Nach oben gespült

Betr.: „Schröder hatte Angst“ (Nr. 44)

Dieser Bericht gibt uns ein Beispiel dafür, wie nationale Interessen von Politikern bedenkenlos vergessen oder geopfert werden, wenn es um das Wohl der eigenen Person geht. Schröder ist da sicher keine Ausnahme, von Frau Merkel würde ich nichts anderes erwarten.

Die Demokratie hat eben nicht nur gute Seiten. In ihr wird mal nach oben gespült, wer zwar Durchsetzungsvermögen im eigenen Interesse besitzt, es versteht, Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen, auch über Intelligenz verfügt, aber das macht ihn noch lange nicht zu einem Bundeskanzler. Wir hatten mit Schröder Pech, nun nicht auch mit Merkel.

Aber denken wir auch daran, daß Schröder unseren Soldaten den Irak erspart hat. Auch schwache Bundeskanzler bekommen uns weitaus besser als Stalin, Hitler oder Mao. **Hans-Gert Rühlmann, Soltau**

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwahrend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

MELDUNGEN

Briten wollen konsequenter abschieben

London – Um illegale Einwanderer konsequent abschieben zu können, hat die britische Regierung das dafür vorgesehene Budget auf umgerechnet 450 Millionen Euro verdoppelt sowie ein Bürgertelefon freigegeben – die Briten sollen anonym verdächtige Ausländer melden. In Großbritannien leben zirka 500 000 illegale Einwanderer, allein 400 000 Zuwanderer sind 2005 auf die Insel gekommen. Die neue Politik bedeutet einen radikalen Kurswechsel der Labour-Regierung.

Hamburg-Hymne strafbar?

Hamburg – Wegen Singens des Hamburgliedes, der offiziellen Landeshymne der Hansestadt, hat der Staatsschutz ein Strafermittlungsverfahren gegen die Burschenschaft „Germania Hamburg“ eingeleitet. Wegen linker Störer vor dem Haus der Verbindung aufgezogene Polizisten deuteten den Refrain der Hymne, „Heil über dir, Hammonia!“, als verfassungsfeindliche Äußerung.

ZUR PERSON

Fritz Walters Gegenspieler



Dank des großen Jubiläumstrubels vor zwei Jahren dürfte inzwischen selbst Deutschlands Nachgeborenen das „Wunder von Bern“ ein Begriff sein. Doch wo viel Licht ist, da ist auch viel Schatten, und so wunderbar der Ausgang des Finales der Fußballweltmeisterschaft 1954 für die Deutschen war, so enttäuschend war er für die Ungarn. Die Favoritenrolle der sogenannten „Goldenen Elf“ war eindeutig, und das nicht zuletzt wegen deren Kapitän, **Ferenc Puskás**.

Der Budapester kam 1927 als Sohn eines Fußballspielers und -Trainers zur Welt. Sein Vater erkannte sein Talent und förderte es. Bereits wenige Monate nach Ende des Zweiten Weltkrieges begann er für die ungarische Nationalmannschaft zu spielen. Ab dem 14. Mai 1950 blieben die von ihm geführten Nationalkicker in 32 Pflichtspielen ungeschlagen. Sie gewannen 1952 olympisches Gold und bei der WM 1954 in der ersten Begegnung mit den Deutschen 8:3. Auch das Finale ließ sich mit einer 2:0-Führung – das erste Tor schoß Puskás – gut an. Dann kam die Dusche aus drei Gegentoren, welche die Niederlage brachte.

So gefeiert die Deutschen von ihrem Staat wurden, so verdammt die Ungarn. Insofern wundert es nicht, daß Puskás wie andere Spieler der 1954er Elf nach dem Ungarnaufstand 1956 im Ausland ihr Glück suchten. Er fand es in Spanien, dessen Bürger er 1961 wurde. Mit Real Madrid feierte er viele sportliche Erfolge, bis er 1963 als aktiver Spieler aufhörte. Es folgte eine kaum weniger erfolgreiche Trainerkarriere. Nach dem Ende des Sowjetkommunismus erfuhr er auch seitens des offiziellen Ungarn die Achtung und Anerkennung, die er international schon längst genoß. Diesen Monat erlag der Sportler in seiner ungarischen Heimat einer schweren Lungenentzündung. *Manuel Ruoff*



Zeichnung: Mohr

Bloß keine Bilanz!

Warum wir »ein Jahr Merkel« nicht resümieren, warum den Angelsachsen die Preußen so fehlen, und was Motassadeq zum Lachen bringt / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Endlich Herbst, mit allem Drum und Dran! Der wollte ja erst nicht so richtig. Als wenn es gewußt hätte, wie strahlend schön es einst war mit seiner WM, klammerte sich das Jahr 2006 an seine Sommerlichkeit wie eine alternde Diva an ihre längst verwelkte Jugend. Schluß damit – die naßkalte Wahrheit ließ sich nicht länger hinauszögern.

Wie jeden Herbst sind wir geneigt, besinnliche Rückschau zu halten. Da trifft es sich im Grunde gut, daß sich nicht bloß 2006 neigt, sondern diese Woche auch das erste Jahr Merkel. Zeit, „Bilanz zu ziehen“. Aber haben wir eigentlich Lust dazu? Lohnt sich das Bilanzziehen überhaupt? Was gäbe es denn zu betrachten über das Merkeljahr? Wahllügen, Stoibers „ja, äääh, nein, ääh vielleicht, ääh, doch nicht“ zu seinem Eintritt-Nichteintritt ins Kabinett Merkel, Steuern, Gesundheit, Libanon – wollen wir wirklich den ganzen Krempel nochmal hochwürgen und das Gekröse nach „Historischem“ durchstöbern? Lieber nicht, sonst geht es uns am Ende wie manchen Journalisten, die die Merkelzeit andächtig zur „Ära“ aufbliesen und sich damit der Lächerlichkeit auslieferten.

Blicken wir lieber in die weite Welt, auf die großen Strömungen, die das Leben im Innersten bewegen. Da hat sich nämlich allerhand getan. Es ist nicht lange her, daß Experten die „Virtualisierung“ aller Bereiche unseres Daseins diagnostizierten. Wo Menschen sich oft nur noch per Internet kennten, an „Telearbeitsplätzen“ vereinsamten und in der Freizeit in digitale Scheinwelten flüchteten, da gehe alles Wirkliche nach und nach verloren. Als erste würden die fanatischen Computerkinder von der „Virtualisierung“ aus der natürlichen Realität gerissen. Bald würden wir uns aber alle elektronische Hüte aufsetzen, die in unseren Hirnen die gewünschten Gefühle auslösten und damit alle Erfahrungen simulieren könnten.

In dem Film „Matrix“ wurde die Zukunftsvision einer vollends virtuellen Welt auf die Spitze getrieben: Dort ist die Erde eine Trümmerwüste, aber die Menschen haben einen Knopf im Kopf, der sie glauben macht, alles sei in wunderbarer Ordnung.

Gruselig, nicht wahr? Aber wie es mit Zukunftsvisionen nunmal ist, sie sind – bestenfalls intelligente – Spinnereien. Das richtige Leben bricht sich seine Bahn schon selber. So erkannten wir dieser Tage, daß das Leben der Teenager gar nicht in die „virtuelle Welt“ entschwunden ist, sondern daß manche von ihnen dort nur mal vorbeischauen, um sich neue Vorbilder und Handlungsanweisungen zu holen, die sie dann in der Wirklichkeit ihrer Schule ausleben: Einer lief nun Amok und schockte uns ziemlich. So hatten wir uns das nicht gedacht. Alle waren sich einig: Es muß etwas geschehen!

> Die »virtuelle Welt« verändert unser Leben – nur irgendwie anders, als gedacht

Gut, daß kurz vor Jahresende die Steuermittel für Projekte gegen Rechtsradikalismus noch einmal aufgestockt worden sind und ihr weiterer Abfluß dauerhaft gesichert wurde. Das hat zwar mit der Gewaltwelle, die aus dem Rechner schwappt, rein gar nichts zu tun. Aber immerhin: „Es wird etwas getan!“

Die Behauptung, solch Computermüll verderbe die Jugend, ist ohnehin problematisch. Wäre das so, träfe dies ja auch auf gewalt- und kriminalitätsverherrlichende Musik zu wie den „Gangsta-Rap“. Das ist diese Stammelmusik, in der tätowierte Muskelmänner mit Unterschicht-Aura ihre ganz eigene Meinung vom staatlichen Gewaltmonopol kundtun. Für Linke sind sie die Stimme der „sozial Benachteiligten“ und daher von jedem Verdacht frei, die Jugend zu verwerflichen Taten zu animieren. Wer sie zensieren will, „der verdrängt die soziale Wirklichkeit“, in der „Gewalt nunmal zum Alltag gehört“. Und daran ist die Gesellschaft schuld und nicht das brutale Computerspiel oder der gewaltbesingende Rapper. Also muß die Gesellschaft das auch ausbaden, so das scharfe Urteil der „sozial Sensibilisierten“.

Allerdings haben die Sensibilisierten keine Lust aufs Mitbaden, ein ärgerlicher Widerspruch, an dem sich gemeine Kritiker von rechts immer wieder gern hochziehen. Nichts ist schmerzhafter als die Erfahrung, daß einem die eigenen Widersprüche auf die Füße fallen.

Briten und Amerikaner müssen da gerade durch. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben sie den Deutschen mit aller pädagogischen Macht des Befreiers jedwede Neigung zum Kriegführen propagandistisch aus dem Hirn gewaschen. Quell des deutschen Militärgeistes war Preußen, das deshalb gerechterweise weg mußte mit allem, was geistig dranhängt, so Briten und Amis damals. Heute beklagen sie sich jeden Tag lauter über die entsetzlich lang anhaltende Wirkung dieser pazifistischen Läuterung. Bis zum Hals im südafghanischen Desaster rufen Briten, Amerikaner und Kanadier verzweifelt nach den Preußen und bekommen statt dessen Franz Josef Jung, der ihnen mit schleimweichen Erklärungen jedesmal durch die blutigen Finger glitscht.

Die deutsche Linke weist solche Hilferufe mit dem Hinweis zurück, daß wir aus der Geschichte gelernt hätten (was man uns gelehrt hat), deshalb keine Militaristen mehr seien und unsere Mission daher darin sähen, die Mädchenschule von Masar-i-Scharif zu renovieren.

Geschichtsbewußte Deutsche breiten derweil genüßlich die jahrzehntelange Preußenhatz der Angelsachsen aus – erst Preußen, das Rückgrat und das Schwert Deutschlands, austilgen und sich dann wundern, daß den Deutschen beides fehlt! Und dann wird unter teuflischem Grinsen aufgezählt: Daß das heutige, angelsächsisch dominierte Kanada von den Preußen in Schlesien erkämpft wurde, daß die US-Armee von einem Preußen und nach preußischen Vorbild aufgebaut wurde und daß der große Wellington ins belgische Gras gebissen hätte ohne die Preußen. Also beklagt euch nicht, daß ihr in Kandahar jetzt so allein seid. So wäre es schon viel früher gekommen, wenn eure Vor-Vorfahren genauso bescheuert gewesen wären wie eure Vorfahren. Ein billiger Triumph, zugegeben. Aber gehaltvoller waren die anglo-amerikanischen Argumente gegen den „preußisch-deutschen Militarismus“ auch nicht.

Kenner der Materie erwarten allerdings, daß Berlin seine Weigerung nicht lange durchhalten wird. Also dürften deutsche Truppen irgendwann doch noch in den Krieg mit den Taliban Südafghanistans ziehen müssen. Bis dahin sollten sie die Erfahrungen früherer deutscher Generale mit dem Zweifrontenkrieg büffeln, die werden sie nötig haben: Auf der einen Seite die Taliban, die fanatisch und mit allen Tricks auf die Deutschen losgehen werden.

Auf der anderen die noch grausamere, perfidere Macht, die bei erster Gelegenheit mit tatarischer Härte über die Soldaten kommen wird: Wir, die deutschen Medien und unsere Bundestagsschwätzer. Während der Schädelaffäre haben wir bereits alle unsere Macheten geschärft und wollen Blut sehen.

Sobald das erste Kind, die erste Frau oder sonstwer, der nicht mit Vornamen „Talib“ heißt, ins Schußfeld der Bundeswehr geraten ist, schlagen wir los: „Deutsche Soldaten töten unschuldige Zivilisten!“, johlen wir dann von Verzückung geschüttelt, und im Bundestag werden sich alle, denen ihre Karriere am Herzen liegt, von den „unerträglichen Bildern“ distanzieren und „schonungslose Aufklärung“ verlangen. Danach ist Nacht der langen Messer in den Offiziersstäben in Afghanistan. Die Köpfe werden plumpsen wie im Paris der 1790er Jahre. Es wird ein Fest! Vielleicht lassen sich auch noch ein paar Begleitskandale auftreiben in der Preisklasse „Rommel-Palme an KSK-Autotür“. Reicht ja schon ein Rekrut, der im Zelt heimlich Marschmusik hört oder das Bild eines preußischen Generals versteckt (Kriegsverherrlichung!). Wir sind mit allem zufrieden.

Daß wir Erfolg haben werden, scheint nach den jüngsten Erfahrungen sicher. Vielleicht ist es das, was dem braven Mounir al-Motassadeq immer so ein mildes Lächeln aufs Gesicht zaubert: Er kennt seine Deutschen.

ZITATE

Ralf Dahrendorf, deutsch-britischer Sozialforscher und Mitglied des Britischen Oberhauses, ***wundert sich*** *in der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 16. November über den* ***Umgang*** *der Deutschen mit ihrer* ***Geschichte****:*

„Manchmal könnte es scheinen, als würde das Naziregime doch noch zum Tausendjährigen Reich. Mittlerweile sind seit dem katastrophalen Ende des ‚Dritten Reiches‘ im Mai 1945 mehr als fünfmal soviele Jahre vergangen, wie Hitlers Herrschaft gedauert hat, doch ist kein Ende des öffentlichen Interesses an jener Zeit abzusehen ... Was bei alledem zu kurz kommt, ist der Reichtum der deutschen Geschichte. Darf man davon in Deutschland nicht reden?“

Berlins Ex-Kultursenator ***Thomas Flierl*** *resümiert* ***seine Entlassung*** *durch den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit in der „Berliner Zeitung“ vom 15. November:*

„Ich habe das Amt auch als Experiment am eigenen Leib erlebt. Leute wie mich hält das politische System offenbar nur eine Legislaturperiode lang aus. Mir war schon irgendwie klar, was passiert, aber ich wollte mir auch ansehen: Wie machen sie es denn? Wie läuft der Prozeß ab, in dessen Folge ich gehen muß? Das ist doch interessant, so als Experiment.“

Die „Süddeutsche Zeitung“ vom 21. November sieht hinter den Klagen über die angeblich mangelnde Solidarität der ***Deutschen in Afghanistan*** *eine gefährliche* ***Propagandafinte der Alliierten****:*

„Die Stimmungsmache gegen die Deutschen hat wenig mit deren Bündnistreue, aber umso mehr mit der wachsenden Angst der Nato zu tun, sich in Afghanistan übernommen zu haben. So sehen die gereizten Angriffe auf Berlin verdächtig nach der Vorbereitung einer Dolchstoßlegende aus.“

Von Gipfeln und Höhepunkten

Voll Hoffnung reisten, toi-toi-toi,
die Staatenlenker nach Hanoi –
pazifisch nennt man diesen Raum,
denn pazifistisch ist er kaum.

Es sollte um die Wirtschaft gehn,
doch schien es dann sich mehr zu drehn
um Kim-Il-Schurk und sein Atom,
schon fast ein zweites Golf-Syndrom.

Na immerhin gab Schorsch dabei
den Weg für Freund Wladimir frei:
Der darf jetzt in die We-Te-Oh
und ist darüber herzlich froh.

Zum Abschluß traten zwecks Applaus
noch alle auf den Laufsteg raus –
im Viet-Einheits-Nachthemd gar,
was ungemein verbindend war.

Die Damen trugen Viet-Hut,
seit alter Zeit bewährt und gut
zur Unterscheidung des Geschlechts
selbst in der Hitze des Gefechts.

Und Onkel Ho – vor Publikum
im Mausoleum steif und stumm –
hat insgeheim sich krumm gelacht,
denn sowas hätt' er nie gedacht!

Pannonicus